

Liebe Leser!

Weil wir den SKOLAST aus Gründen notorischen Geldmangels so selten herausbringen können und gleichzeitig den Anspruch auf gründlich dokumentierte Information nicht aufgeben wollen, sind wir leider nicht immer imstande, auf zeitungsgemäße Aufmachung die nötige Rücksicht zu nehmen. Dieses Manko, das sich vor allem in der überdurchschnittlichen Länge der Beiträge niederschlägt, möge Ihnen nicht die Lektüre einiger Artikel dieser Nummer verleiden. Wir sind uns bewußt, daß sich einige davon wahrscheinlich schlecht für Bettlektüre eignen werden und bitten Sie, sie nicht aus diesem Grunde zu vernachlässigen.

Die Redaktion

Mitarbeiter dieser Nummer:

Christian AICHNER
39042 Brixen, Clesstraße 5

Thomas BENEDIKTER
39057 Frangart/Eppan, Weinstraße 60

Hansjörg GUTWENIGER
39012 Meran, 30.-April-Straße 5

Elisabeth HÖGLINGER
39046 St. Ulrich, Stufanweg 5

Norbert C. KASER
39031 Bruneck, Romstraße 4

Florian KRONBICHLER
39100 Bozen, Penegalstraße 10

Evi LAIMER
39012 Meran, 30.-April-Straße 5

Hans MAYR
39054 Klobenstein/Ritten, Nr. 183

Thomas MENGHIN
39044 Neumarkt, Bahnhofstraße 7

Josef PERKMANN
39011 Lana, Treibgasse 2

Günther PITSCHIEDER
39028 Schlanders, Hauptplatz 92

Leopold STEURER
39012 Meran, Schafferstraße 20

Pepi TINKHAUSER
39031 Bruneck, Tennisweg 3

Otto VINATZER
39100 Bozen, Defreggerstraße 2/D

Gunther WAIBL
39031 Bruneck, Alpinstraße 6

INHALT

- | | | |
|----|---|-------------------------------------|
| 1 | Südtirol unter dem Faschismus | Leopold Steurer |
| 7 | N. C. Kasers Stadtstiche - Innsbruck | N. C. Kaser |
| 8 | Volkskultur in Südtirol | Pepi Tinkhauser |
| 12 | Dilettantismus im Deutschunterricht | Elisabeth Höglinger |
| 15 | Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf in Südtirol | Josef Perkmann |
| 19 | Berufsverbote in der BRD — Linke Demagogie oder rechte Praxis? | Christian Aichner |
| 23 | Universitätsfrage und Bildungsautonomie | Hans Mayr |
| 24 | Dolomiten und SH-Resolutionen | |
| 25 | Vor der Universitätsreform — behüte uns! | Florian Kronbichler |
| 27 | Studententagung 1977 — Jugend in Südtirol | Gunther Waibl/Günther Pitscheider |
| 29 | Verkehr und Fremdenverkehr | Hansjörg Gutweniger/ Evi Laimer |
| 30 | Südtiroler im Ausland | Thomas Menghin |
| 32 | Sorgen ha'm die Leut . . . | Otto Vinatzer |
| 33 | SH-Interna: Fortschrittliche Linie angekratzt? SH 77: brav und fesch? | Thomas Menghin Thomas Benedikter |
| 35 | Promotionen | |

Südtirol unter dem Faschismus

Geschichtsschreibung zwischen Ideologie und Wissenschaft

Diesen Beitrag unseres Kollegen Leopold Steurer sollten alle lesen, die sich über die immer noch schlecht durchleuchtete Zeit des Faschismus in Südtirol ein genaueres Bild machen wollen und denen bei der Lektüre bisheriger hochgehabelter Publikationen noch einige Fragen offen geblieben oder einige Zweifel aufgekommen sind. Leopold Steurer hat mit seiner Dissertation „Südtirol zwischen Berlin und Rom 1919 bis 1939“ Unruhe in die Südtiroler Faschismus-Diskussion und vor allem unter die noch lebenden Vertreter der Epoche gebracht. Sein umfangreiches Werk wird unter wichtigen Fischen herausgerichtet, und an seiner weiteren Verbreitung ist Jensei nicht gelegen, die ihre Vergangenheit heute nicht mehr unbedingt bemüht sehen wollen.

„In der deutschen Literatur über Südtirol ist das Geschehen nach 1918 eine eher jarmoyante Heldenepopöe. In nuancenloser Schwarzweißzeichnung wird ein Land im Laid dargestellt, mehr schmerzlich als dramatisch. Es läßt sich gleichwohl die Frage nicht unterdrücken, wieso es dagegen keine echte Auffassung gegeben hat.“¹⁾ Dieses Urteil C. Gatterers über die deutsche Geschichtsschreibung über „Südtirol unter dem Faschismus“, ausgesprochen 1968, hat bis heute nichts von seiner Berechtigung eingebüßt. Seine Richtigkeit wurde gerade in letzter Zeit durch eine Reihe pseudowissenschaftlicher bzw. den Anspruch von Wissenschaftlichkeit erhebenden Publikationen erneut bestätigt. Jahr für Jahr erweitert sich die Reihe jener, reaktionär bis nostalgisch in die Form von Heimat-, Berg-, Soldaten- oder Kriegsromane gekleideten Publikationen, zumeist verfaßt von ehemaligen „Volkstumpolitikern“ (F. H. Riedl) aus der Zeit vor 1945 bzw. Ex-Nazis wie Karl Springenschmid oder Graf Anton Bossi-Fedrigotti, K. Paulin usw.²⁾ die das „tragische“ Geschehen um Südtirol vom Ersten Weltkrieg über die Annexion an Italien und die Zeit der „italienischen Fremdherrschaft“ bis heute behandeln. Sie sind das melodramatische Gegenstück zu den inzwischen Legion gewordenen historischen Darstellungen über die „glorreiche“ Vergangenheit Tirols vor 1918 mit dem „Heldentum“ Arno Neun sowie den Kämpfen an der Italienfront des Ersten Weltkrieges als Höhepunkt. Sekundiert werden diese Traktate durch die entsprechenden Reden von Politikern und Vereinsfunktionären bei den verschiedensten folkloristischen Veranstaltungen von Schützen-, Musik- bzw. Brauchtumsvereinen sowie bei allen Gedenkfeiern zur Tiroler Geschichte. Je nach Verein bewegen sich die Reden mehr im „kulturellen“ oder offen im „politischen“ Bereich, ihr Inhalt ist im wesentlichen immer derselbe: der Aufruf zum Kampf für die „Bewahrung Tirols“, für seine „geistige Einheit“, für die Erhaltung seiner „Tradition und Gesinnung“ gegen alle ver-

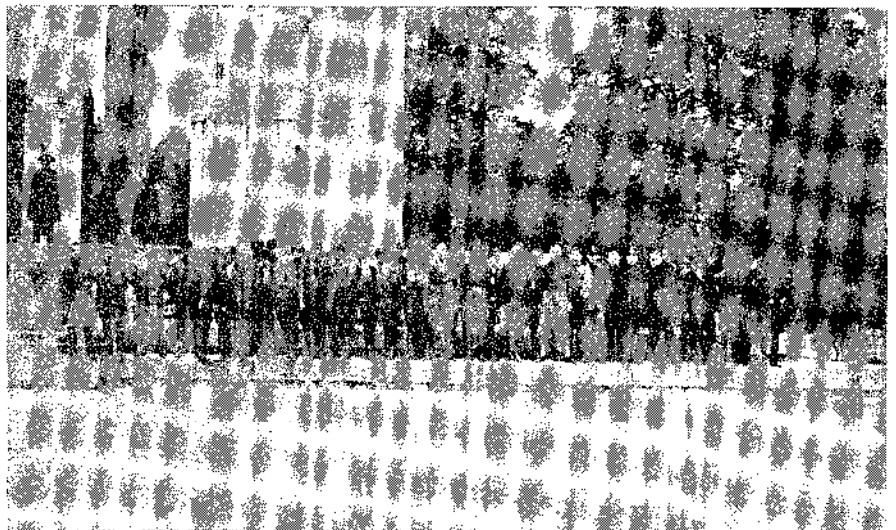
„Wer vom Faschismus spricht, darf über den Kapitalismus nicht schweigen“
(Max Horkheimer)

derblichen Einflüsse von außen, in der heutigen Situation vor allem aus dem Süden. Ist es da nicht beruhigend zu wissen, daß die Salurner Klausur „der südliche Eckpfeiler unseres Heimatgebäudes“, endlich wieder von einer neu gegründeten Schützenkompanie „beschützt, ja beschützt wird“, wie es Bundesmajor Hoser erst kürzlich formuliert?³⁾

Auch das Bismarck-Reich ist in die Geschichte eingegangen ob seines Kampfes gegen den „undeutschen Geist“, gegen das „undeutsche Wesen“, das damals den preußisch-deutschen Obrigkeits- und Militärstaat vor allem aus dem Westen mit den Ideen von 1789 bedrohte — ein Kampf, der sich allerdings bald emporsteigerte zu den

bedacht übernommenen „linken Seligkeiten“⁴⁾, die uns auf dem Präsentierteller des Herdentriebes angeboten werden und die uns weismachen wollen, daß das einzig Lebens- und Erstrebenswerte der Überbau der äußeren Lebensumstände und des wirtschaftlichen Wohlergehens ist — gleich auf weicher völkischen Grundlage.⁵⁾ Die Argumente dieser Ideologie, die Abwertung des „rein Materiellen“ gegenüber den „inneren“ und „völkischen“ Werten sind uns aus der Geschichte wohlbekannt: „Armut ist ein starker Glanz von innen“ hat es R. M. Rilke einmal literarisch formuliert, „Volksgemeinschaft“ bzw. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ hieß dies etwas später und radikaler.

Bestimmte Termini und Redewendungen sind heute allerdings nicht mehr so angebracht. Im Jahre 1945, in der letzten Nummer des nationalsozialistischen Jahreskalenders „Alpenheimat“ äußerte sich der damalige Musikreferent im Standschützenverband des Reichsgaues Tirol-Vorarlberg (und bis heute führende Mann des Tiroler Musik-Kapellenwesens), Sepp Tanzer, noch folgendermaßen über die Rolle der Blasmusik: „Der Wehrwille und die Wehrhaftigkeit unserer Heimat drücken sich nicht nur in der Waffenbeherrschung und im Schießwesen aus, sondern auch in der Pflege der Blasmusik. Seit dem frühesten Mittelalter hat sich die Blasmusik im Rahmen der Wehrhaftigkeit langsam zu seiner heldisch tönenden Harmonie entwickelt, wie sie in den klangvollen Kapellen der heutigen Zeit Ausdruck findet... in Hunderten von Beispielen (könnte



28. Oktober 1932 — Faschisten und Nazis in gemeinsamer Parade vor dem Siegesdenkmal in Bozen aus Anlaß der Zehnjahresfeier der faschistischen Machtergreifung

berühmt-berichtigten Dichterworten E. Ceibels, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen werde. Wogegen ist heute unser „Abwehrkampf“ gegen alle äußeren „außertörolischen“ Einflüsse gerichtet? Gegen jedes „Nachgeben gegenüber modisch geprägten Tendenzen der Kollektivierung und gegenüber unkritisch und un-

man) nachweisen, daß die Blasmusik vor allem eine soldatische Musik ist, also eine mit der Wehrhaftigkeit eines Volkes aufs engste verbundene Kunst darstellt. Aus dieser, die soldatische Lebensgemeinschaft zum Ausdruck bringenden Kampfmusik entstand in Friedenszeiten die sogenannte Marsch- und Konzertmusik, wie sie gerade in

unserem Gau ganz besonders gepflegt wird.“⁵⁾

Der Ablauf der historischen Gedächtnisrede ist immer wieder derselbe: zuerst die Erinnerung an die stolze, die demokratische, die heldenreiche Vergangenheit Tirols bis 1918, die Periode der uneingeschränkten Selbstbeweihräucherung — nachher die Darstellung der „tragischen“ Epoche, die Darstellung des an den Südtirolern vom „Weltgewissen“ begangenen Unrechts von 1918 bis heute (zu dem die Südtiroler gekommen sind wie die Jungfrau zum Kind). So etwa erst kürzlich wieder der Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer in seiner Rede anlässlich der 30-Jahresfeier des Gesamtverbandes der Südtiroler in Österreich: „Der Landeshauptmann erinnerte... daß dieses Land neben England zur ältesten Demokratie Europas zählt, die schon aus dem 13. Jahrhundert stammt und wo sich selber alle Städte mit den Problemen des Landes befaßt haben, noch lauge, die man in anderen Teilen Europas so weit war...“. Und da sollten wir Tiroler uns von jemand belehren lassen, was Demokratie ist? Wallnöfer erinnerte weiters, so heißt es in dem Zeitungsbericht, an die „Ruhmestaten“ von 1763, 1809 und der Jahre 1915 bis 1918 (daß das Bauernkriegsjahr 1525 in derartigen Geschichtsinterpretationen keinen Platz haben kann, ist nicht weiter verwunderlich — wie ließe es sich auch in die ungebrochene demokratische Vergangenheit integrieren?), um dann wörtlich fortzufahren: „Daß trotz dieses Heldentums des Land zerrissen worden ist, ist nicht unsere Schuld, das hat das Weltgewissen zu verantworten, bis herauf in unsere Zeit. Weinen (!) könnte man, daß nach faschistischer Unterdrückung so etwas wie die Umsiedlung einem Volk widerfahren mußte, einem Volk mit so stolzer Vergangenheit...“⁶⁾

Die Auswahl und Interpretation von Ereignissen aus der Tiroler Geschichte hat Methode: was sich für die Zeit vor 1918 zusammenfassen läßt in der Tabuisierung Michael Gaismaiers und der Mythologisierung Andreas Hofers gilt im wesentlichen auch für nachher; auf der einen Seite die nationalen Märtyrer bzw. Heroen Innerhofer-Noldin-Gamper, auf der anderen die fast unbekannteren Gestalten eines Mayr-Nusse oder Hans Egarter; hier die „Guten“, die in erster Linie gegen die „fremde“, die „andersnationalen“ Unterdrückung kämpfen, dort die „Bösen“, die es wagen, auch gegen die aus dem „eigenen Volk“ kommende Unterdrückung aufzutreten. Eine Umfrage unter den Südtiroler Jugendlichen und Studenten könnte diesen Sachverhalt vermutlich bloß erhärten.

Nun sind über die Periode der faschistischen Herrschaft in Südtirol in letzter Zeit drei Publikationen erschienen, die es wegen ihrer ideologischen Linie bzw. ihrer Massenverbreitung verdienen, einer etwas näheren Untersuchung unterzogen zu werden, um Ideologie von Wissenschaft zu trennen. Es

sind dies das Büchlein von A. Gruber „Südtirol unter dem Faschismus“ (bereits in 2. Auflage beim Athesia-Verlag) sowie die beiden aus Anlaß der 30-Jahresfeier der Befreiung vom Faschismus und Nationalismus im Frühjahr 1975 vom Regionalrat in Trient bzw. vom Landtag in Bozen herausgegebenen Broschüren mit den Reden von S. Nicolodi, K. Oberhauser, K. Vaja und D. Mognoni. Mehr oder weniger gemeinsam ist allen Reden die mit der moralischen Verurteilung des Nazifaschismus verbundene Warnung vor einem heute angeblich drohenden „linken Faschismus“, also der Ausgangspunkt von der im Zeichen des Kalten Krieges nach 1945 entstandenen Totalitarismustheorie, deren Zweck es war, den wissenschaftlich unhaltbaren und heute längst als überholt angesehenen Versuch einer Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus zu unternehmen. Was uns hier aber mehr interessiert, ist die auffällige Tatsache, daß sich in den Reden der italienischen Politiker Nicolodi und Mognoni der antifaschistische Widerstand vor allem auf die Jahre des Weltkrieges, und hier wiederum speziell auf die Jahre 1943—45 der nationalsozialistischen Besetzung Südtirols und des Trentino konzentriert bzw. beschränkt, während es sich in den Reden der SVP-Politiker Vaja und Oberhauser genau umgekehrt verhält: hier liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung der faschistischen Etnationalisierungsmaßnahmen 1932—39, auf der ausdrücklichen Erwähnung des „Opferlandes“ von Innerhofer, Noldin und Nikoletti, während von jenen über 300 in den Gefängnissen bzw. Konzentrationslagern des Dritten Reiches eingekerkerten und jenen 21 von den Nazis hingerichteten Südtirolern nicht ein Name erwähnt ist.

Alles Zufall? Wohl kaum, wenn man bedenkt, daß man immer noch die alte und abgedroschene Phrase von dem „kleineren Übel“, das der Nationalsozialismus zum Unterschied vom italienischen Faschismus angeblich für die Südtiroler gewesen sein soll, gebraucht.⁷⁾

Diese These soll wohl auch durch das in der Regionalratsbroschüre verwendete Bildmaterial glaubhaft gemacht werden: die Ereignisse um den Mord an Innerhofer sind gleich durch sechs (!) Bilder dokumentiert — über die gesamten Opfer der nationalsozialistischen Okkupation Südtirols vom September 1943 bis Mai 1945 ist hingegen nicht eines enthalten. Der Kommentar zu den ausgewählten Fotos ist zudem oft mehr makaber als seriös: „Die Söhne von optierenden Familien werden ins Deutsche Reich gebracht, wo sie die Mittelschule besuchen können“, so der Kommentar zu einem abfahrenden Zug von jugendlichen Umsiedlern aus Bozen. Oder: „Tag für Tag müssen unter Aufsicht der faschistischen Behörden Auswanderer in Richtung Innsbruck abfahren.“⁸⁾ Die Intention ist gleichermaßen falsch wie klar: die Umsiedlung als reines Machwerk

der bösen (italienischen) Faschisten (zu dem die Nazis offenbar gar nicht beteiligt waren) — das Dritte Reich, das in großzügiger Weise den Südtiroler Jugendlichen jene deutsche Schule zur Verfügung stellt, die ihnen der italienische Faschismus zeit zwanzig Jahren verwehrt hat (daß sie nunmehr neben deutsch auch nationalsozialistisch war, ist wohl nebensächlich). Ob hier nicht doch auch ein Bild über das Elend und die Not jener 70.000 Südtiroler Auswanderer in den Baracken- und Umsiedlerlagern besser am Platz gewesen wäre? Unterstrichen und hervorgehoben wird weiters in den Reden von Vaja und Oberhauser die angebliche Überlegenheit und Größe des rein „passiven Widerstandes“ der Südtiroler gegen den Faschismus: „Da gab es nicht bewaffnete Aktionen durch die Südtiroler, sondern lediglich einen erbitterten, kulturellen, geistigen Abwehrkampf, der nur das völkische Überleben zum Ziele hatte.“⁹⁾ Diese Feststellung stimmt tatsächlich. Daß aber damit gerade die Beschränktheit des gesamten Südtiroler Widerstandes eingestanden wird (und wohl auch der Unterschied zum „gewaltsamen“ Widerstand der italienischen Partisanen betont werden soll), scheint den Autoren wohl nicht bewußt geworden zu sein. Die Frage, wie die faschistische Terrorherrschaft durch einen bloß „geistigen“ Abwehrkampf (und nicht durch die revolutionäre Gegengewalt der resistenza) hätte beseitigt werden können, bleibt allerdings ebenfalls unbeantwortet.

Im wesentlichen aber enthalten die Reden Vajas und Oberhausers nichts anderes als die oft wörtliche Übernahme der Thesen des Buches ihres Parteifreundes A. Gruber. Wenden wir uns daher einer näheren Analyse dieses Werkes zu.

Angekündigt wurde die Publikation Grubers von Presse und Rundfunk sowie den beiden als „Mäzene“ bzw. Herausgeber fungierenden Institutionen, nämlich Verlagsanstalt Athesia und Südtiroler Kulturinstitut, als das Standardwerk, die epochenmachende Studie, die es jedem zeitgeschichtlich Interessierten ermöglichen, sich endlich gründlich und „objektiv“ über diesen Zeitschnitt unserer Geschichte zu informieren, während man „bisher häufig mit einem blassen, verallgemeinernden Klischee vorliebnehmen mußte.“¹⁰⁾

Das ORF-Studio Tirol verstieg sich sogar zur Feststellung, es sei „auf dem Büchermarkt der vergangenen Jahrzehnte(!) keine so wichtige historische Publikation über Südtirol erschienen wie Grubers ‚Südtiroler unter dem Faschismus‘.“¹¹⁾ Der Dank der Heimat dürfte damit unserem Autor wohl für alle Zeiten sicher sein. Versuchen wir aber nun das viele Lob an den — es sei vorweggenommen — mehr als mageren Tatsachen zu messen.

Die Publikation Grubers geht bekanntlich zurück auf seine von ihm bereits 1967 beim Innsbrucker Historiker und Südtirol-Experten, Prof. Huber, verfaßte Dissertation und stellte in

wesentlichen eine Kompilation der bis damals erschienenen historischen Literatur zur Südtirolfrage dar, angeleitet durch einige neue Kontakte aus dem Archivio Tolomeis bzw. einiger österreichischer Zeitungen der zwanziger und dreißiger Jahre. So weit, so gut. Im Jahre 1974 wurde diese Dissertation von ihm, buchstäblich ohne einen Streich der Veränderung und unter wahrlich „souveränen“ Mitwirkung aller inzwischen erschienenen Forschungsgebäude, bei Adressa verlegt und hat inzwischen bereits die 2. Auflage erreicht. Das Schicksal eines Historikers also. Nun sollten wir allerdings seit dem spektakulären Auftritt und ebenso überraschend schnellen Übergang des Superstars der Redekunst, Hubert Ploock, einigermaßen skeptisch geworden sein gegenüber allem, was der öffentlichen (genauer: veröffentlichten) Meinung in Südtirol wohlgefällt. Die Vermutung, daß das epochenmachende Werk Grubers einem ähnlich grausamen Zugriff des Schicksals zum Opfer fallen könnte, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Würden in die Neuauflage von 1975 bereits einige wenige neue Titel ins Literaturverzeichnis aufgenommen (so hat Gruber inzwischen auch Gatterers „Im Kampf gegen Rom“ entdeckt – in der Erstauflage von 1974 noch nicht, da es ja erst seit 1968 auf dem Markt war), so kann von einer Überarbeitung dieser Literatur in den ganzen Argumentationsgang des Buches bzw. zumindest einer kritischen Auseinandersetzung mit deren Thesen (die im übrigen fast alle den Behauptungen Grubers widersprechen) jedoch keine Rede sein. Bürgerliche Wissenschaft à la Gruber scheint eben auch schon auf die minimalsten Anforderungen von Wissenschaftlichkeit verzichten zu haben.

Kompensiert wird dieses Manko allerdings durch eine ideologisch „korrekte“ Sichtweise, die – die Verworfene liegt zumindest nahe – für Athesia und Kulturinstitut weit ausschlaggebender war für die Aufnahme dieser Arbeit in die „Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstituts“, die ins Leben gerufen wurde, um „jungen Tiroler Autoren die Möglichkeit (zu) geben, wissenschaftliche Arbeiten zur Landeskunde zu veröffentlichen.“¹⁹ Jedenfalls steht das Fazit, das Gruber aus seiner Arbeit zieht, in auffälliger Übereinstimmung mit der seit eh und je vertretenen Ansicht der (Süd)Tiroler Historiker und Politikergarde, daß „die 86 Prozent der Südtiroler, die sich nach der Berliner Umsiedlungsvereinbarung (von 1939) zur Option für das Dritte Reich entschlossen, nicht aus ideologischer Solidarität mit dem Nationalsozialismus ihre Heimat verließen, sondern daß sie – durch fünfzehn Jahre faschistischer Gewaltpolitik müde gemacht – den Fängen Mussolinis, Tokinis und ihrer Gestattungsgenossen entriessen wollten.“²⁰ Gruber erhebt bei dieser Feststellung allerdings für sich das nicht geringe Verdienst, durch die „Rolle des verarbeiteten Materials“ (der erstarrte

Leser fragt sich bloß, wo sich dieses befindet) diese These „neuerlich“ (zu beweisen zu haben.)²¹ Folgende Behauptungen, die einmal aufgestellt wurden aufgrund politischer Vorurteilsgleichheit oder mangelhafter Quellenkenntnis, werden aber bekanntlich allein durch oftmaliges Wiederholen noch nicht wahr.

Aber gehen wir in medias res. Der erste Eindruck, den das Buch vermittelt, ist, als ob der Faschismus in Italien überhaupt nur an die Macht gekommen sei, um die Südtiroler unterdrücken und ornamentalisieren zu können. Mit einer begrifflich korrekten Befassung des Phänomens Faschismus scheint unser Autor besondere Schwierigkeiten gehabt zu haben: daß der Faschismus in erster Linie die Funktion der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, ihrer Parteien und Erziehungseinrichtungen seit 1918 gehabt haben könnte, scheint ihm nie in den Sinn gekommen zu sein. Gibt es aber keine Klarheit darüber, wer dem Faschismus zur Macht verholfen hat, welche sozialen und ökonomischen Interessen durch sein Herrscheregime abgestichert und verletzt wurden, so kann es natürlich auch keine Klarheit geben, durch wen der Faschismus wieder beseitigt werden konnte. Als Ersatz dafür sieht sich Gruber allerdings ausgiebig in einer moralisierend-psychologisierenden Verurteilung der faschistischen Politik gegenüber den Südtirolern: „nationalistischer Ungeist“, „reaktische Macht“, „nationale Hybris“, „Janakischer Angriffslust“, „grausame Ideologisierung“, „kulturverbrecherisches Täuschspiel“, „hemmungslos rachsüchtig“ etc., dies sind nur die wichtigsten Termini, die Gruber zur Beschreibung der faschistischen Südtirolpolitik gebraucht. Phrasen und abstrakte Tabuwörter ersetzen jegliche kritische Begriffsbestimmung, jedes Wort ergreift Partei – und dies bei einem ansonsten so vehementen Verfechter einer „objektiven“ und „verfreien“ Geschichtsschreibung, die „Parteilichkeit“ bloß immer den „linken“, marxistischen Historikern vorwerft. Warum die Bankiers, die Industriellen und Großgrundbesitzer, ja selbst der Vatikan im Jahre 1922 dieses diktatorisch-diktatorischen Herrschaftssystem bei der Machtgreifung unterstützten, bleibt völlig unverständlich. Der Faschismus, dargestellt als teuflisch-irrationales System, gegen das man offenbar besser mit dem Mittel des Exorzismus anstatt mit dem organisierten Widerstandskampf der Arbeiterbewegung vorzugehen hat. Es ist die Sprache des Bürgerlichen, des „billigen Antifaschismus“ (W. F. Haug), die rein moralische Verurteilung des Faschismus wird niemals ersetzt durch die Frage: cui bono? Wem hat das ganze wohl genutzt?

Überhaupt bleibt die Sprache Grubers einem längst überholten und überwunden geglaubten „völkischen“ Denken verhaftet: durch die „grausame Italisierung“ sollten „dem lallenden Kind bereits die Keime der Fremdspra-

che in die Seele gepflanzt werden“²²), der Völkische Kampf der Südtiroler hingegen, die Organisation der illegalen Südtiroler Nationalsozialisten, war schlicht und einfach eine „schlagkräftige Selbstschutz- und Kampforganisation“²³ und generell haben die Südtiroler während der zwanzig Jahre faschistischer Herrschaft „zu treuen Bekenntnis zum angestammten Volkstum die Ideale der Freiheit verteidigt“²⁴.)

Waren die Südtiroler in toto antifaschistisch?

So einfach ist das also durch das Bekenntnis zum angestammten Volkstum verteidigte man die Ideale der Freiheit. Diese Argumentation, die dem rader oder weniger zugrunde liegende Gleichsetzung von „deutscher“ und „frei“, ist dem Historiker allerdings nur allzu bekannt: sie stammt nämlich aus der öfters am allerdeutschen-nationalen, völkischen und rechtsextremsten Kreise der Zwischenkriegszeit (bzw. auch der Gegenwart). Auch der damalige Südtiroler Abgeordnete E. Raut-Nicolassi gebrauchte bei seiner Abschiedsrede im Wiener Parlament vom 6.9.1919 diese Redewendung: „Wenn wir jetzt in die finstere Zukunft (der „jüdischen Fremdherrschaft“) hineingehen, so soll das unser einziger Trost sein, daß wir Landleute und Volksgenossen besitzen, die uns in der Stunde der Not nicht vergessen... ich erinnere daran, daß Jakob Grimm vor 71 Jahren in der Frankfurter Nationalversammlung als 1. Artikel der Deutschen Verfassung die Worte vorgeschlagen hat: alle Deutschen sind frei und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Und selbst der Fremde und Unfreie, der ihn beulit, ist frei. Dies ist nun die Zukunftsfrage: entweder wird aus dem Angesicht der Menschheit jene häßliche Fäule des Hasses und der Rachsücht schwinden und das Recht neu geboren oder es muß zu einem deutschen Sklavenaufstand kommen, damit wieder wahr wird, daß alle Deutschen frei und deutscher Boden keine Knechtschaft kennt.“²⁵ Für Raut-Nicolassi (und seine politischen Freunde des Deutschen Verbandes) war eine Verwirklichung der „Südtiroler Freiheit“ auch in einem parlamentarisch-liberalen Italien niemals denkbar, sondern einzig und allein durch eine Grenzrevision. Auf die Beseitigung der Brennergrenze und nicht auf den Sturz des faschistischen Systems in Italien war daher der Südtiroler Widerstand ausgerichtet, auf den Anschluß an Österreich bzw. ein künftiges „Groß-Deutschland“. Waren diese irredentistischen Bestrebungen der Südtiroler bis 1933 durchaus legitim und noch in Übereinstimmung mit einer konsequent antifaschistischen Position, so zeigte sich ab diesem Zeitpunkt, als sowohl in Deutschland wie in Österreich die parlamentarische Demokratie durch faschistische Herrschaftssysteme abgelöst wurde, notwendigerweise die

große Beschränktheit der rein „national“ motivierten Ablehnung des Faschismus (eben weil er „italienisch“ war und eine Entnationalisierungspolitik betrieb) durch die politische Führung der Südtiroler. Wollte man also der Argumentation Grubers folgen und seine Behauptung gelten lassen, die Südtiroler hätten allein schon durch ihre Ablehnung der faschistischen Entnationalisierungspolitik „im treuen Bekenntnis zum angestimmten Volkstum die Ideale der Freiheit vorbildlich“, wären also in toto als Antifaschisten zu bezeichnen, so würde man — horribile dictu — zur ebenso notwendigen wie absurden Schlussfolgerung kommen, daß die illegalen Südtiroler Nationalsozialisten damals die konsequentesten Verteidiger der Freiheit gewesen sind. Denn es läßt sich nämlich nicht leugnen, daß etwa ein Großteil der in den dreißiger Jahren ins faschistische „confino“ verbannten Südtiroler Anhänger des Völkischen Kampfringes waren und daß dieser ebenso großen (wenn nicht größeren) Wert auf die „Erhaltung des Volkstums“ legte wie die aus den Kreisen des wohlhabenden Bürgertums entstammenden Vertreter des Deutschen Verbandes (denen oft ihre „materiellen Interessen“ weit wichtiger waren als „volkstumspolitische“ Belange).

„In den bürgerlichen Lagern Österreichs, Deutschlands, aber auch Großbritannien und Frankreichs betrachtete man die faschistische Diktatur als Segen für das italienische Volk und bedauerte nur, daß sie gegen die Südtiroler in derart widerlicher Weise verfuhr.“¹⁹⁾ Diese Feststellung Gaitters trifft in vollem Umfang auch auf den „Antifaschismus“ des Südtiroler Bürgertums zu: wie in ganz Italien so atmete dieses auch in Südtirol wieder auf, als nach dem „Chaos“ und der politischen Krise der Jahre 1919–22 (für die man damals wie heute die Arbeiterbewegung verantwortlich machte), die „starke“ Regierung Mussolini die „Ruhe und Ordnung“ (sprich: den sozialen Frieden) mit Gewalt wiederherstellte. Ja selbst der Mord an Lehrer Innerhofer im April 1921, nachdem also die Südtiroler den faschistischen Terror zugesagt zum ersten Mal auch am eigenen Leib zu verspüren bekommen hätten, änderte nichts daran, daß das Südtiroler Bürgertum eine insgesamt positive Einschätzung der faschistischen Bewegung als politischen und sozialen Stabilisierungsfaktor beibehielt. Und obwohl Mussolini sofort und persönlich die Verantwortung für diesen Mord übernahm, entschüpfte damals dem Südtiroler Abgeordneten und Großgrundbesitzer Graf Toggenburg in einem Interview mit dem „Corriere della sera“ der — heute bestimmten Kreisen im Lande und bürgerlichen Faschismusforschern à la Gruber wohl peinliche — Satz: „se fossi italiano, probabilmente sarei fascista!“²⁰⁾

Wird man also den „Antifaschismus“ der Südtiroler (genauer: ihrer politischen Führung) nicht so undifferen-

ziert sehen dürfen, wie dies Gruber tut, so ließe sich diese unsere These durch eine Reihe weiterer historischer Fakten bestätigen. War es angesichts der politischen und ideologischen Ausrichtung der Südtiroler und ihrer Parteien bis 1915 von vornherein sehr unwahrscheinlich, daß sie den Kontakt mit dem in Italien in der Illegalität operierenden kommunistischen Widerstand suchen würden, so ist es aber umso verwunderlicher, daß sie selbst jegliche Zusammenarbeit mit der unter sozialdemokratischer Führung stehenden und in Frankreich und Österreich operierenden „concentrazione antifascista“ stets strikt abgelehnt hat. Als es im Sommer 1929 von seiten dieser italienischen, antifaschistischen Emigranten zum Angebot einer Zusammenarbeit mit der (unter der Führung von Reut-Nicolussi und Ernst Mumelter stehenden) politischen Emigration der Südtiroler in Innsbruck kam, wurde der von den Italienern vorgelegte Vertragsentwurf — der im übrigen nichts anderes vorsah als eine weitgehende autonome Provinz Bozen in einem von Faschismus befreiten und wieder demokratisch regierten Italien! — von den Südtirolern energisch zurückgewiesen. „Nationale Fremdherrschaft“ blieb für sie eben immer gleich schlecht — ob in einer faschistischen oder demokratischen Italien!

Einem fast völlig fehlenden Kontakt zur politischen Linken in Österreich und Deutschland stand hingegen seit Anfang der zwanziger Jahre eine umso engere Zusammenarbeit mit Organisationen und Parteien von der politischen Mitte bis rechts gegenüber: auf diese glaubten damals die Südtiroler bzw. ihre Emigration all ihre Hoffnungen stützen zu können und zu müssen für die „Freiheit“ ihres Landes. Von einem wirklichen Antifaschismus dieser Kreise konnte natürlich keine Rede sein, im Gegenteil, man war sogar peinlichst bemüht, die eigene Parteinarbeit für Südtirol bloß nicht mit einem gleichzeitigen Kampf gegen die faschistische Herrschaft in Italien überhaupt zu verbinden — was von der politischen Linken hingegen konsequenterweise stets gefordert wurde. Die katholische Zentrumspartei, die ideologische Schwesterorganisation des Partito Popolare und des Deutschen Verbandes, hat denn diesen Sachverhalt einmal recht deutlich dargelegt: „Alle weltanschaulichen und politischen Gegner nicht Italiens, sondern des faschistischen Systems, setzen alles daran, damit der Südtirolkonflikt ihnen als Bindeglied ihrer Feindschaft dazwischen offen bleibt“, schrieb das offizielle Organ dieser Partei im Juli 1928: „man erlebt das merkwürdige Schauspiel, daß sozialistische, liberale, ja selbst pazifistische Elemente eine weitaus schärfere Tonart (in ihrer Parteinarbeit für Südtirol) anschlagen, als die nationalsozialistischen Gruppen und Zeitungen... Mussolini darf niemals von Deutschen die gefährliche Handhabe geliefert erhalten, daß er den vor aller Welt in seinen Beweg-

gründen eindringlichen und klaren Kampf der Deutschen für ihre Südtiroler Brüder als einen Kampf gegen den Faschismus undeuten (!) kann... Weder was gewisse internationale liberale Kreise gegen Mussolini auf dem Herzen haben... noch der Kampf der sozialistischen Internationale gegen den Faschismus... dürfen den Ton bestimmen, wenn Mussolini (wegen seiner Südtirolpolitik) durch einen Chor der Entrüstung gewarnt werden soll. Hier ist Vielstimmigkeit keine Stärkung, sondern nur eine Schwächung; nichts darf den einzigen richtigen Grundton verfälschen. Es ist nicht unwichtig, diesen Sachverhalt einmal ganz deutlich zu umschreiben.“²¹⁾ Ein Kommentar zu diesem faschistenfreundlichen Artikel ist wohl überflüssig — jedenfalls war schon einige Jahre später von diesem „vielstimmigen Chor der Entrüstung“ nur mehr die politische Linke übrig geblieben: das rechtsradikale Heimwehrlager Österreich war das erste, das seine Parteinahme für Südtirol den Waffen- und Geldgeschäften mit Mussolini unterordnete, bald war man auch bei den Nazis soweit.

Südtirol und der Nationalsozialismus

Eine weitere zentrale These der Publikation Grubers ist die Behauptung, daß es falsch wäre, von einer nationalsozialistischen Ausrichtung der Südtiroler in den dreißiger Jahren zu sprechen und eine solche Tatsache eventuell als einen Erklärungsgrund für das hohe Optimumergebnis von 1939 anzusehen.²²⁾ Nun ist die genau entgegengesetzte, von italienischen Politikern und Historikern (in der Mehrzahl Ex-Faschisten wie M. Toscano, R. Cajoli oder A. Zieger) oft vertretene These von einer angebliebenen fast hundertprozentigen nationalsozialistischen Orientierung der Südtiroler nicht minder falsch, wie die leichtfertige Generalabsolution Grubers; was jedoch mehr auffällt und uns hier interessiert ist, daß das Thema „Südtirol und Nationalsozialismus“ in der deutschsprachigen Literatur meist auf eine recht eigenartige Art und Weise abgehandelt wird: sie erweckt nämlich allzu leicht den Eindruck, man gehe nach dem Schema vor, daß nicht sein kann was nicht sein darf (nämlich daß es auch in Südtirol damals begeisterte Anhänger des Nationalsozialismus gegeben haben könnte); eine bekanntlich der wissenschaftlichen Forschung nicht gerade förderliche Argumentation. Gruber im speziellen verfällt in diesen Punkt genau jener, von ihm bzw. der gesamten bürgerlichen Historiographie immer wieder fälschlicherweise der marxistischen Geschichtsschreibung zum Vorwurf gemachten Fehler: nämlich eine „monokausale“ Erklärung des Ganzen zu geben. Für Gruber ist unbestritten, daß einzig und allein die Tatsache, daß die Südtiroler nach jahrelanger faschistischer Unter-

drückung den Fängen Mussolinis und Tolomeis erinnern wollten, die Erklärung für das Optionsergebnis von 1939 ist. Alles andere — etwa auch eine gewisse „ideologische Solidarität“ oder „Affinität“ zumindest von einigen Teilen der Südtiroler Bevölkerung dabei in Rechnung zu stellen — hieße, so Gruber, „den historischen Sachverhalt verfälschen“.²³⁾ Wer hätte jemals bestritten, daß die Erfahrungen der faschistischen Unterdrückung als ein sehr wichtiges Motiv für das Optionsergebnis anzusehen sind? Aber als einzige Erklärungsursache reicht dies eben nicht aus wenn man weiß, daß die Option im Herbst/Winter 1939 nicht bloß unter dem moralischen und physischen Terror von Faschisten und Nationalsozialisten vor sich ging, sondern auch unter der organisatorischen und politischen Leitung des Völkischen Kampfringes stand, der, seit 1933 in Südtirol aufgebaut nach dem Programm, der Ideologie und der Struktur der NSDAP, bis 1939 durch ein straff organisiertes Netz von Ortsgruppen und Vertrauensleuten bereits den Großteil der Südtiroler Bevölkerung unter seinen politischen Einfluß gebracht hatte und nunmehr die Option für das Dritte Reich propagierte.

Besonders einfach in der Einschätzung einer eventuellen nationalsozialistischen Orientierung der Südtiroler machte es sich der Innsbrucker Historiker und Doktorvater Grubers, Professor F. Huter (dessen Thesen Gruber im wesentlichen nachreferiert), wenn er einmal schreibt: „Ein so konservatives und innerlich frommes Volk (wie die Südtiroler) sollte gegen eine solche Verdächtigung (!) gefeit sein.“²⁴⁾ Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, ob derartige, den Ansprüchen von Wissenschaft jedenfalls nicht mehr genügende Aussagen, auf bewußte Fehlinterpretation, mangelnde Sachkenntnis oder unbewußte subjektive Voreingenommenheit zurückzuführen sind. Allein schon der Hinweis auf die politische Entwicklung Nordtirols während der dreißiger Jahre müßte jedem unvoreingenommenen Beobachter instande sein vor Augen zu führen, wie problematisch und zweifelhaft ein derartiges Urteil ist; in der, zweifellos ebenso „konservativen“ wie „innerlich frommen“ Bevölkerung Nordtirols erreichte nämlich der Nationalsozialismus bereits lange vor dem Anschluß des Jahres 1938 (mit dem österreichischen Durchschnitt verglichen) eine überaus hohe Zahl von Anhängern (z. B. bei den Gemeindevahlen vom April 1933 in Innsbruck bereits 41%). Ausgerechnet in Südtirol sollte dies genau umgekehrt verlaufen sein? In diesem Zusammenhang einmal auf die ansonsten gerade von diesen Kreisen immer wieder betonte „geistige Einheit GesamtTirols“ hinzuweisen, würde wohl unter das Verdikt „Landesverrat“ fallen.

Diese an einigen Beispielen dargestellte, in der deutschen Literatur zu Südtirol grassierende Verharmlosung des Nationalsozialismus in Südtirol wird

aber vor allem an der historischen Abhandlung des Problems der Umsiedlung der Südtiroler deutlich.

Woher der Plan der Umsiedlung?

Die dabei mehr oder weniger von allen Darstellungen zum unbefragten Ausgangspunkt genommene Annahme ist die — wie es stellvertretend für viele der Südtirol-Freund und ehemaligen österreichische Unterrichtsminister Piffi-Percevic einmal formulierte — Einstellung, daß es einfach „bedrückend“ sei anzunehmen bzw. zuzugeben, daß dieses „selbstmörderische Geschehen“ den Südtirolern nicht bloß von den Italienern allein „aufgezwungen“ wurde sondern, daß dabei „auch Menschen deutscher Zunge (sprich: die Nazis) mitgehalten haben“.²⁵⁾ Eine mit einem rein „völkischen“ und „national“ verstandenen Freiheitsbegriff (wie oben dargestellt) zugegebenermaßen schwer zu vereinbarnde Annahme. Die These vom „kleineren Übel“ wird im Falle der Umsiedlungsproblematik zumeist ergänzt durch den Versuch nachzuweisen, es führe eine direkte Linie von den ersten Umsiedlungsplänen Tolomeis aus dem Jahre 1915 bis zu ihrer Verwirklichung im Jahre 1939, die die Faschisten in Rom durch eine entsprechende Druckausübung auf Berlin erreichten.²⁶⁾ Nun ist es unfeugbar, daß das faschistische Italien in den zwanziger und dreißiger Jahren mehrmals mit dem Gedanken einer Umsiedlung der Südtiroler gespielt und diese Absicht im Frühjahr 1938 auch direkt in Berlin zur Sprache gebracht hat. Ein Monopole Tolomeis und seiner Kreise ist diese Idee indessen bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs geblieben und eines entsprechenden Drucks hat es 1939 wahrlich nicht mehr bedurft, um die Nazis zur Zustimmung zur Umsiedlung zu bewegen.

Hätte allein schon die Tatsache, daß gleichzeitig mit dem Beginn der Umsiedlung der Südtiroler von den Nazis auch die Umsiedlung von Hunderttausenden von „Volksdeutschen“ aus Jugoslawien, Rumänien, Estland, Ungarn usw. begonnen wurde, genügend Anlaß zu einer etwas kritischeren Überprüfung vom angeblichen ausschlaggebenden „faschistischen Druck“ geben müssen, so ist es umso erstaunlicher, daß selbst jene Hinweise in publizierten (!) deutschen Aktenbeständen, die eindeutig einer derartigen Argumentation entgegenstehen, einfach „übersehen“ wurden. Die glorreiche Idee, die Südtirolfrage durch Umsiedlung zu lösen, hat es während des Ersten Weltkrieges allerdings nicht bloß von Seiten des Herrn Tolomeis gegeben — sondern auch in umgekehrter Richtung. Mit „Südtirol“ bezeichnete man bekanntlich bis 1918 das heutige Trentino, also den damals italienischsprachigen Teil des Kronlandes Tirol. Die damaligen radikalsten deutschnationalen Elemente in Tirol (vor allem um den Tiroler Volksbund), deren allerdings nie mehr

verwirklichter Traum die Idee von einem deutschsprachigen Trentino und einer „deutschen Vorherrschaft über die Adria“ war, glaubten während des Krieges dem italienischen Irredentismus ebenfalls mittels Ausbürgerungen, Umsiedlungen, Vermögens- und Grundbeschlagnahmungen beikommen zu können; die italienischsprachige, irredentistisch eingestellte Bevölkerung sollte durch die Ansiedlung von „national zuverlässigen“ deutschen Bauern ersetzt werden.

Die Vorschläge Tolomeis zur Umsiedlung der Südtiroler Bauern nach Sizilien bzw. Arabien sind im wesentlichen bekannt, weniger bekannt hingegen sind die spätestens seit 1937 auch in führenden Kreisen der deutschen Außen- und Volkstumpolitik angestellten Überlegungen zur Bereinigung der Südtirolfrage mittels Umsiedlung. Reichsmarschall Göring äußerte bereits im Januar des Jahres 1937 gegenüber dem deutschen Botschafter in Rom, L. v. Haesell, es werde unumgänglich sein, daß die Südtiroler früher oder später aus außenpolitischen Erwägungen Berlin — nämlich wegen des anstrebenden Ausbaus der Achse Rom-Berlin, „geopfert“ werden müßten; wollten sie ihr „Volkstum“ erhalten, so bliebe ihnen nichts anderes übrig als sich im Reich anzusiedeln. Hier Südtiroler Delegation (bestehend aus Vertretern des Deutschen Verbandes und des Völkischen Kampfringes) wurden diese Überlegungen noch im Februar desselben Jahres von Göring persönlich in Berlin zur Kenntnis gebracht.

Das außenpolitische Interesse, den ewigen Streitpunkt Südtirol als einen für die gesamte Achsenpolitik gefährlichen Konfliktherd endlich einmal endgültig zu regeln, bestand für Berlin wie Rom seit Mitte der dreißiger Jahre, der Anschluß Österreichs vom März 1938 mußte dies aufgrund seiner unmittelbaren Auswirkungen (Verschärfung der politischen Spannung in Südtirol, zunehmende Angst der militärischen und politischen Kreise in Rom über einen „Verlust“ Südtirols usw.) noch weiters erhöhen. Daß diese endgültige Regelung aber in der Form der Umsiedlung erfolgte, dafür waren eine Reihe ökonomischer Motive ausschlaggebend, für das Dritte Reich im speziellen lassen sie sich kurz folgendermaßen umschreiben: die forcierte Rüstungspolitik für den geplanten Krieg hatte einerseits zu einer enormen Auslandsverschuldung und Devisenknappheit und andererseits zu einer Art Scheinkonjunktur der Wirtschaft verbunden mit großem Arbeitskräftemangel, vor allem in der Landwirtschaft, geführt. Seit dem Anlaufen des 2. Vierjahresplanes von Ende 1936 (der bekanntlich die Kriegsbereitschaft von Wirtschaft und Armee innerhalb von vier Jahren zu garantieren hatte) war man daher gezwungen, durch die Herannahung von ausländischen Gastarbeitern diesem Arbeitskräftemangel abzuwehren; Auslandsverschuldung und Devisenknappheit wurden dadurch aber bloß noch

vergrößert. In einer geheimen Anzei-
 chung des Reichswirtschaftsministe-
 riums von Ende 1938 heißt es zu diesen
 wirtschaftlichen Problemen: „Bei einer
 Auslandsverschuldung von zur Zeit
 noch acht bis neun Milliarden Reichs-
 mark und einem Gesamtjudenvermö-
 gen von etwa sieben Milliarden Reichs-
 mark kommt der Verwendung der auf-
 grund der Devisenvorschriften gesperr-
 ten Forderungen und Guthaben von
 Ausländern bzw. Auswanderern in
 volkswirtschaftlicher, devisenwirt-
 schaftlicher und Kapitalmarktpoliti-
 scher Hinsicht größte Bedeutung zu...
 Die Auswanderung deutschblütiger Per-
 sonen kommt bei der ansteigenden
 Wirtschaftslege und dem großen Be-
 darf an Arbeitskräften im Inland nur
 ganz vereinzelt vor und ist ohne allge-
 meine Bedeutung... Die Einwande-
 rung hat im Laufe des Jahres 1938 vo-
 genommen... Hauptsächlich wandern
 gering benützte Auslands- und Volks-
 deutsche ein, während die kapitalkräfti-
 gen noch im Ausland bleiben. Gleich-
 wohl ist der Anfall an Einwanderer-
 devisa bei der augenblicklichen Devisen-
 lage (des Reiches) erheblich...“²⁷⁾
 Die Juden und die außerhalb der Gren-
 zen des Reiches lebenden Deutschen
 als Devisenquelle und Arbeitskräftepo-
 tential nicht zuletzt unter diesem Ge-
 sichtspunkt sind die seit 1938 alle von
 den Nazis unternommenen Aktionen
 gegen die Juden (nach der berüchtig-
 ten „Reichskristallnacht“ vom Novem-
 ber 1938 mußten die Opfer dieser be-
 trüblichen Ausschreitungen, die Juden,
 bekanntlich eine Milliarde Reichsmark
 als „Schmelzleistung“ zahlen) und alle
 Pläne zur „Rückwanderung“ (so hieß
 der NS-Terminus) aller im Ausland le-
 benden „Volksgenossen“ zu sehen.

Im Januar 1939 legte SS-Oberführer
 U. Greiftelt, der Amtschef der Dienst-
 stelle „Vierjahresplan“ im Persönlichen
 Stab des Reichsführers SS, seinem
 „Chef“ H. Himmler eine Denkschrift
 vor, in der die wirtschaftspolitischen
 Interessen des Reiches an einer „Rück-
 siedlung“ des gesamten Auslands-
 deutschums noch einmal in aller Of-
 fenheit und Klarheit ausgesprochen
 wurden. Wiewohl dieses, zum Verständ-
 nis der gesamten nationalsozialisti-
 schen Volkstumspolitik unmittelbar
 vor Kriegsausbruch entscheidende Do-
 kument, bereits als Anklagedokument
 beim Internationalen Militärtribunal in
 Nürnberg gegen die Nazikriegsverbre-
 cher vorgelegt, hat es bis heute in der
 gesamten Forschung über Option und
 Umsiedlung der Südtiroler überhaupt
 keine Beachtung gefunden. Greiftelt, der
 im Sommer 1939 auch noch zum Leiter
 der neacrichteten „Leitstelle für Ein-
 und Rückwanderung“ ernannt und
 damit zur zentralen Persönlichkeit der
 ganzen nationalsozialistischen Sied-
 lungspolitik während des Krieges wur-
 de, ging in der erwähnten Denkschrift
 aus von der Tatsache des prekären
 Arbeitskräftemangels, der dazu füh-
 ren könne, den geplanten Fortgang der
 Rüstungspolitik überhaupt zu gefähr-
 den und dem mit einer bloß verstärk-

ten Herbeimahme von ausländischen Ar-
 beitskräften auf die Dauer nicht abge-
 helfen werden könne. Abgesehen da-
 von stellten aber die „anderarassi-
 schen“ Gastarbeiter aus den verschiede-
 nen Ländern Europas für das Reich
 eine große Gefahr in „volkpolitischer,
 volksbiologischer und wirtschaftlicher
 Hinsicht“ dar, vor allem weil sie auch
 einen Teil ihres Arbeitslohnes auf dem
 Wege des Devisentransfers in ihre Hei-
 matländer mitnahmen bzw. überwa-
 sen. Eine radikale Abhilfe für dieses
 Problem könne also bloß mit einer Um-
 siedlung großer Teile geschaffen wer-
 den. Aus dieser Erkenntnis heraus, so
 argumentierte Greiftelt, richtete sich
 „der Blick der für diese Maßnahmen
 verantwortlichen Stellen... demnach
 auf den gesamten deutschen Lebens-
 raum auf der Welt... (am)... eine
 systematische Rückwanderung reichs-
 und volksdeutscher Arbeitskräfte aus
 dem Ausland in das Reich in die Wege
 zu leiten... Nun leben in der Welt
 zerstreut rund 30 Millionen Reichs-
 und Volksdeutsche. Sie alle stellen ihre Ar-
 beitskraft, ihr Können und ihr Wissen,
 ihr Blut und ihre Nachkommenschaft
 fremden Staaten zur Verfügung. In die-
 ser außerhalb der Reichsgrenzen leben-
 den Deutschen sind die naturgegebe-
 nen Reserven enthalten, die zur Befriedi-
 gung des Kräftebedarfs des Reiches in
 nächster Zukunft erschlossen werden
 müssen. Der Führer hat in seiner
 Neujahrsbotschaft 1939 gesagt, daß das
 Problem der Arbeitskräfte einer Klä-
 rung zugeführt werden muß. Die Rück-
 leitung deutscher Arbeits- und Lebens-
 kraft wird eine wichtige Teillösung der
 hier vom Führer gestellten Aufgabe
 sein. Der Reichsführer SS hat es über-
 nommen, diese Rückwanderungsaktion
 in die Wege zu leiten und zu lenken...
 Vorbereitende organisatorische Maß-
 nahmen sind weitgehend für diese Ak-
 tion durchgeführt worden und allmäh-
 lich beginnen diese Quellen deutscher
 Arbeitskraft zu fließen...“²⁸⁾

Wie aus diesen, hier aus Platzgrün-
 den kurz gehaltenen, Zitielen aus NS-
 Dokumenten hervorgeht, hat es also
 beim Abschluß des Stahlpaktes vom
 22. Mai 1939 wahrlich keines starken
 Druckes von faschistischer Seite mehr
 bedurft, um den Berliner Nazis den
 Umsiedlungsplan schmackhaft zu ma-
 chen, wie von verschiedener Seite —
 unter anderem auch in der Studie von
 A. Gruber — immer noch behauptet
 wird. Die Divergenzen, die seit der ein-
 mal beiderseits getroffenen Entschei-
 dung zu einer Umsiedlung zwischen
 Rom und Berlin auftraten, betrafen
 lediglich die Alternative, ob „Teilm-
 siedlung“ (gewollt von den Faschisten)
 oder „Ethische Radikallösung“ (ge-
 wollt von den Nazis) und die damit
 verbundenen politischen und wirt-
 schaftlichen Interessen.

Die Jahre 1922 bis 1945 waren für
 Südtirol tatsächlich eine „schlimme
 Zeit“; zu ihrer Aufarbeitung und Bewäl-
 tigung aber bedarf es nicht weinerli-
 cher und sentimentaler Selbstbenedi-
 cungen oder Anklagen gegen das „Welt-

gewissen“, sondern einer vorurteilslo-
 sen und offenen Darlegung der Verbre-
 chen des italienischen und deutschen
 Faschismus, aber auch einer Analyse
 jener Fehler, die die Südtiroler selbst
 in ihrer gesamten Politik der Zwischen-
 kriegszeit machten. „Wenn man erfolg-
 reich die Wahrheit über schlimme Zu-
 stände schreiben will, muß man sie so
 schreiben, daß ihre vermeidbaren Ur-
 sachen erkannt werden können. Wenn
 die vermeidbaren Ursachen erkannt
 werden, können die schlimmen Zustän-
 de bekämpft werden.“ Von dieser Fest-
 stellung und Forderung H. Bruchers aus
 „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben
 der Wahrheit“ ist die Tiroler Ge-
 schichtsschreibung allerdings noch
 weit entfernt.

Anmerkungen:

- 1) C. Gattorci, „Im Kampf gegen Rom“
 Wien-Frankfurt-Zürich 1968, Seite 250.
- 2) Vor allem die Schriften des ehemaligen
 Nazis Springenschmid (er war bereits vor
 1938 in diesem Sinne aktiv an der Südtirol-
 politik sowie für den Anschluß Österreichs
 beteiligt; als SS-Baumführer und leitender
 Funktionär für den Schmelzsektor war er wäh-
 rend des Krieges im Goopropagandaamt in
 Salzburg tätig) sind in Südtirol weit verbrei-
 tet. Eine der letzten Neuerschreibungen dieser
 Richtung ist auch das Buch des früheren
 Volkstumspolitikers F. J. Barthold, „Die Hit-
 tin und ihr Paradies — Lebensbild einer Süd-
 tiroler Bergbauernfamilie“ (Amalthea-Verlag,
 München-Wien 1970).

Historisch-literarische Darstellungen, wie et-
 wa jene des 1938 vor den Nazis aus Öster-
 reich ausgewanderten E. Lotnar, der die Er-
 rage von Option und Umsiedlung der Südtiroler
 von einem fortschrittlich-demokratischen
 Standpunkt aus behandelt, sind hingegen in
 Südtirol heute fast unbekannt.

- 3) Rede von Hosp anläßlich der Wieder-
 gründung der Schützenkompanie Salsen in
 den „Boten“ vom 27. 4. 1977. Die führenden
 „Kamerader“ und heute besten Verteidiger
 des „deutschen Volkstums“ an der Sal-
 zener Klausen kommen allerdings, wie ihre Na-
 men (auschwer erkennen lassen) (Fofini,
 Chetwilt usw.), aus ehemaligen italienischen
 (wohl Trentiner) Familien, die vor 1914 ins
 Bozener Unterland eingewandert und germani-
 siert worden sind. Derartige, sozialpsycholo-
 gisch leicht erklärbare Phänomene lassen
 sich in der Geschichte sehr oft feststellen:
 die führenden „Volkstumspolitiker“ des Drit-
 ten Reiches kamen zum Großteil aus dem so-
 genannten „Auslands“ bzw. „Rand-Deutsch-
 tum“, also aus gemischt- bzw. mehrsprachigen
 Gebieten. Ethische und religiöse „Kon-
 vertiten“ kooperierten ihren Minderwertig-
 keitskomplex, indem sie die Zugehörigkeit zu
 ihrer (neuen) Nationalität/Religion eben über-
 betonen.

- 4) vgl. Hosp-Rede „Dolomiten“ 27. 4. 1977.
- 5) Alpenheimat — Familienkalender für
 Stadt und Land“, Bozen 1945, Seite 43.
 Aufmachung und Aufbau der Jahrgänge der
 „Alpenheimat“ 1939 bis 1945 sowie des „Reichs-
 mächte-Kalenders“ nach 1945 weisen eine sehr
 starke Übereinstimmung auf die Grenzen
 zwischen der nationalsozialistischen Volk-
 stumsideologie und jener, wie sie auch nach
 1945 von christlich-konservativen Kreisen und
 Parteien vertreten wurde, sind eben fließend
 und oft nur sehr gering.

- 6) vgl. „Dolomiten“-Artikel „Jede Ent-
 scheidung nur mit Tränen“ vom 25. 10. 1936.
 Mir ist aus vielen Gesprächen sowie der
 Kenntnis der historischen Quellen über die
 Optionszeit wohl die schwere Konfliktsitua-
 tion vieler Leute aus dem einfachen Volk
 bekannt, aber nicht, daß Angehörige der
 reichen Bürgertums (wie etwa Graf Toggenburg,
 Graf Forni, W. Amann usw.) „gewollt“ hät-
 ten, als sie für Italien optierten.

- 7) so expressis verbis in der Rede K. Vojas
 vom 9. 9. 1978 (Sechzig Jahre später 1945-1975
 — Eine Schrift des Südtiroler Landtages,
 Bozen 1975, Seite 6)

8) vgl. „Die Widerstandsbewegung im Regionalrat“, Sondernummer zum 30. Jahrestag der Zeitschrift, herausgegeben vom Regionalrat, Trient 1975

9) Vajz-Rede in der Landtagsbrochure, Seite 6

10) A. Gruber, „Südtirol unter dem Faschismus“, Bozen 1974, Seite 5

11) vgl. die vielen Werbeanzeigen für das Buch in den „Dolomiten“

12) A. Gruber, a. a. O., Seite 4

13) ebenda Seite 1

14) ebenda

15) ebenda Seite 2

16) ebenda Seite 26

17) ebenda Seite 231

18) E. Reut-Nrechussi, „Trent unter dem Reich“, München 1928, Seite 36

19) C. Gutzmer, a. a. O., Seite 42

20) „Corriere della sera“ vom 31.8.1921. Im übrigen kann man nicht darüber hinwegsehen, daß Innerhofer weit mehr als ein zufälliges Opfer des damals auch auf Südtirol übergreifenden faschistischen Terrors, denn als bewußter Antifaschist bezeichnet werden muß (jedenfalls demt nichts darauf hin,

denn der Einzug an dem er teilnahm, war keine antifaschistische Kundgebung sondern eine kollektivistische Veranstaltung aus Anlaß der am gleichen Tage in Nordtirol stattfindenden Anbahnung für den Anschluß an Deutschland). Diese korrekte Einordnung in den historischen Kontext mit der Person Innerhofers keines Abbruch, unterscheidet ihn aber ganz klar von Persönlichkeiten wie etwa J. Mayr-Nusser, die aus innerster Überzeugung, aus politischen, religiösen oder ethischen Motiven gegen den Nazifaschismus Widerstand leisteten und dies mit dem Leben bezahlten. Es wäre an der Zeit, daß die „antifaschistischen“ Feiern in unserem Lande dem Rechnung trügen, was bei antifaschistischen Kundgebungen bloß an die Namen von Innerhofer und Soldin erinnert, aber die von den Nazis wegen Widerstandstätigkeit verurteilten Südtiroler „vergibt“, wird kaum den Verdacht entkräften können, daß bei diesen Feiern vor allem dem Volk als Antifaschist getrauer deutschnationalismus verkauft werden soll

21) „Grenzland“ vom 16.7.1928

22) A. Gruber, a. a. O., Seite 266f. Das Optionsergebnis dürfte so gesehen nicht als Bekanntnis zum nationalsozialistischen Gedankengang an sich gewertet werden... Nicht

Soldatität bzw. Affinität mit den Ideen des Nationalsozialismus veranlaßten sie zur Umsiedlung, sondern der ungeheure moralische und wirtschaftliche Druck, den die Faschisten fast zwanzig Jahre auf sie ausgeübt hatten. Hätte — in der Feststellung dieser Tatsache — liegt der eigentliche Sinn dieser Arbeit? Der „moralische und wirtschaftliche Druck“ auch der anderen Seite — nämlich jener der Nationalsozialisten während der Optionszeit — hat nach Gruber offenbar nicht bestanden.

23) A. Gruber, a. a. O., 2. Auflage, Bozen 1975, Seite 10

24) F. Huber, „Südtirol — Eine Exoge des europäischen Gewissens“, Wien 1965, Seite 356. Weiter interpretiert Huber das Optionsergebnis — ganz im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda von 1939 — als eine „Volksabstimmung“ gegen Italien und für Deutschland (ebenda Seite 340).

25) „Dolomiten“ vom 21.10.1976

26) vor allem in den Darstellungen von F. Huber, W. Schmitz-Esser und E. H. Ritschel

27) vgl. meine Dissertation, „Südtirol zwischen Rom und Berlin“, Wien 1975, Seite 457

28) ebenda Seite 458 ff

norbert c. kasers stadtstiche

innsbruck

dem paul flora zu ehren

(stadtstich IX)

die hauptstadt sieht zu diensten & die steinerne breiterzaun der nordkette zermalmt jedem weitem horizont. rauch blickt koha in der kühle horizontale grobheit auf der zunge & präpotenz hinter dem hosenlatz in den spitzen schweben & den geschulzten haaren. die gastliche eit ist seit jahrhunderten die gleiche: olympische preise & kehre die kehre n auch wenn er des kaisers ist was s max so vorergeret hat daß er sein g rub beer hinter sich hoß. döfner in eine t nacht & nebelaktion geflügelte knoc hen des großen suedtiroler guerillero s in der heiligen kirche. trauerflor a n seinem wümpel. trauer um suedtiro l allenthalben an waende geschmückte heilheit wohl eher trauer um reichthum & wein... freiheit den geknechte n welche freiheit: schwarze in schwarze ze getrunkt? in schwarzen rinnen floß on geld & kultur den unterentwickelte n bruedern zu. in den beiden bordellen vergessen dafür unsre musikanten & s chuetzen insignien & instrumente nach dem requiem iwers gespaltne land. der inn gruent. das rundgemaele ist r und. die tram ist rotweiß. das essen se hen gut. der kaffee scharfes waschwas sen. guelden ist ein dach & uher nach werden die gartenstuehle an die ker te gelegt. der buergermeister bleibt si ch gleich. die unterwelt hat ihre dimen sion & heciting unverdienterweise ei nen schlechten klang. unverhehle ist d er haß gegen fremde dreckarbeiter. w

immer wind macht lahm. mit schiere f ennen die kleinen innsbruggerien zu e weh & kehraebend. kuriosos amora s oder hoffburg & der kaiserin ihre 16 k nder. fernandeaum als waers ein stue ck von uns & nicht weit davon an hol zgeistern das gewand des alten terol & ratzekalle museumsstuben. philippine ach philippine in dieser reueheit hat Deine liebe gebueht. aber schließlich w arst Du bankhaustochter & silbern is t Deine todesatt.

persönliches:

ein onkel von mir liegt begraben ein v otter dabei zu jung. hierarchisch das erst unal gelobt bin ich worden bei den a gawergertern jugendkulturwochen das erusalem haerters zeug geraucht habs chrauber geilogen... so stueden die d ings in der himm ein schuh mit war men fueßen — ich mit erfarnen — d ie englische best auf dem rennweg br er so stueden sie die dinge ungeliebt er steinhauen nur offen den winden f achs haariger erplener teurer in jede m sinne. ich muß Dich lassen.

210477

nachwort (fragment)

endlich ist es ausgestanden & als kla rmein umschließen innsbruck & tren to die sieben suedtiroler staedte endli ch ist nach heiraatliebends herz verbl uten & bitternis & galle ausverkauft... ich war mir zu wenig boesartig & tre

u. zum teufel treibts mich genau zu ih m denn mein lieber boden will nicht n icht mehr tragen & keine frozmannen wollen mich umfingen. sieben perlen s trocken im flucht des fremdenwerk elus & wie manwurf mans & rutz vo rkruecht der buerger sich der handwer ksmann nun fett & feist im sonnelli cht der guten gassen steht der wirt...

090577

Wir sind mit einer der größten internationalen Treuhandgesellschaften in Mailand mit Filialen in weiteren Städten Italiens verbunden und suchen zur Ergänzung unseres Mitarbeiterstabes junge deutsch- und italienisch-sprechende Akademiker, die sich für eine derartige Tätigkeit interessieren.

Unsere Gesellschaft bietet die Möglichkeit, sich zum Buchprüfer oder Steuerberater ausbilden zu lassen. Die Möglichkeit von Aufstiegsstellen bei unseren befreundeten Gesellschaften im Ausland ist durchaus gegeben. Wir bitten allfällige Interessenten, mit uns Verbindung aufzunehmen zu wollen.

FIDIGER S.p.A.

Via V. Pisani, 20, 20124 Milano

Volkskultur in Südtirol

Vorbemerkungen

Der folgende Aufsatz beansprucht nicht die Dinge endgültig geklärt zu haben. Er stellt vielmehr einen Versuch dar, zu einem neuem Verständnis der kulturellen Situation Südtirols zu kommen. Zahlreiche Themen wurden nur gestreift, zahlreiche Beispiele wären noch anzunehmen. Da ich aber nicht Vollständigkeit anstrebte, mag der Leser die folgenden Thesen und Ausführungen als Anregung verstehen, sich zu dem Problemlkomplex eine eigene Meinung zu bilden.

1. Thesen

Für Südtirol war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit der Restauration. Die Wunden, die der italienische Faschismus geschlagen hatte, wollte man durch ein Zurückdrehen der Zeit heilen, durch ein Anknüpfen an das, was vorher gewesen war. Zerbrochene kulturelle Identität sollte wieder hergestellt werden durch restaurierte Tradition.

Eine Öffnung der Kultur für neue Ausdrucksformen und neue Inhalte ist fast nur hinsichtlich der „multinationalen Konsankultur“ zu verzeichnen und hat schon in ihrem beschränkten Ausmaß Ängste ausgelöst, denen man glaubte nur mit einer rein restaurativen Kulturpolitik begegnen zu können. Dazu kam, daß eine politische Aufwertung der Tradition dazu benutzt werden konnte, die eigene Machtposition auszubauen und die Aufmerksamkeit von anderen Gegenwartsproblemen abzuziehen. Diese politische Instrumentalisierung von Tradition, die sich den Darstellungscharakter der Volkskultur zunutze macht, führte zu einem Zustand kultureller Erstarrung. Diese Entwicklung der Dinge war für die Volksgruppe sehr abträglich, verhinderte sie doch eine kontinuierliche Entwicklung und eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Sie wurde von Südtirols Medien und auch von der offiziellen Volkskunde völlig unkritisch gefördert oder zumindest toleriert.

Während die Erstarrung der Kultur in der Tradition bei einem Teil der Bevölkerung der Bewältigung von Angst diente, führte sie bei einem anderen Teil zu einer untragbaren Situation: die Einschränkung von Kreativität und Spontaneität und deren Diskussion in der Öffentlichkeit löste ein großes Unbehagen an der traditionellen (und offiziellen) Kultur aus. Kulturelle Identität wurde jetzt gerade durch ihre Restauration verhindert.

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch große Unsicherheit, starke Widerstände auf allen Seiten. Erst in letzter Zeit melden sich die Versuche, sowohl der Tradition als

auch der „multinationalen Konsankultur“ eine Kultur des neuen Selbstverständnisses gegenüberzustellen — trotz aller Widerstände, die ihr in den Weg geworfen werden. Wir sind in einer Situation des „nicht mehr“ und des „noch nicht“. Und nur ein besseres Selbstverständnis kann uns helfen, eine neue tragfähige Kultur zu definieren.

2. Entstehung und Funktion der Volkskultur in der Vergangenheit

Unsere kulturelle Tradition ist in einem bäuerlich-ländlichen Bereich entstanden und war dem entsprechend auf eine geschlossene Dorfgemeinschaft zugeschnitten. Geschlossen bedeutet dabei, daß da kein Platz ist für Fremdes und Fremde, daß jeder seine wohldefinierte Rolle in der Gemeinschaft einnimmt. Diese Solidarität sich sehr stark nach außen und versucht, innere Konflikte zu harmonisieren. Ihre Austragung zu verhindern. Und diese Geschlossenheit aufrecht zu erhalten, war eine sehr wichtige Funktion ländlichen Brauchtums.

Solidarität nach außen war wichtig im Kampf gegen die Natur, gegen die Unwirtlichkeit des Berges und gegen Katastrophen. Solidarität nach außen, etwa im Sinne von Nachbarhilfe (Kirchtag-Milch-stehlen) oder Fremden (Zugiroasto) leitet die im Innern der Dorfgemeinschaft bestehende Aggression nach außen ab. Sie wird gefördert und verstärkt durch Gemeinschaftserlebnisse im Bauernhof, in den verschiedensten Vereinen (Musikkapellen, Feuerwehr, Volkstanz- und Theatergruppen, Gesangsverein und in neuerer Zeit auch Schützen, Sportvereine usw.), beim Kirchtag und in religiösen Ritualen. Solidarisierung verhindert nicht die Entstehung von Konflikten in einer solchen Gemeinschaft, sondern nur häufig deren Austragung.

Gemeinschaftserlebnisse wirken stark integrativ, das heißt sie vereinheitlichen Verhalten und Werte. Solche Integration wird auch sonst auf vielfältigste Weise geleistet: durch starke gegenseitige Kontrollen (jeder kennt jeden). Durch Verleihung von Ansehen (besonders in Vereinen). Durch Überspielung von Unterschieden diverserster Art. Und dadurch, daß man eine Wahrnehmung dieser Unterschiede als Konfliktstoff verhindert. Insbesondere gilt dies für Klassenunterschiede (die allerdings in der Stadt meist wesentlich größer sind). Am Kirchtag und bei Besichtigungen nehmen alle teil. Vereinsmitglieder gehören allen Berufen oder Klassen an. Jeder kann dort „etwas werden“ — auch wenn er sonst nichts zu sagen hat.

Rituale, Wirtshaus und Vereine bildeten früher oft die einzige Möglichkeit zur Begegnung mit anderen Menschen. Kirchtag und Volkstanz führen die Geschlechter zusammen. Die Nutzung dieser Treffpunkte setzt einerseits voraus, daß die gebotenen Inhalte nicht abgelehnt werden. Andererseits begünstigt der Mangel an Alternativen ihre Integrationstendenz.

Ein bestehender Fatalismus, der die gegebene Ordnung als unveränderlich hinnimmt, schlägt sich in allen möglichen kulturellen Bereichen durch. Er wird begünstigt durch vielerlei Faktoren: durch einen Verzicht auf Information (die notwendigerweise gedankliche Alternativen beinhaltet). Durch die streng hierarchische Form von — meist patriarchalischer — Autorität (Vaterfiguren sind u. a. Pfarrer, Vereinsobmann, Fraktionsvorsteher, Bürgermeister, Lehrer und Landeshauptmann). Und damit verbunden durch die überaus rigiden Rollendefinitionen, in welchen der einzelne einen festen Platz in der Gemeinschaft zugewiesen bekommt.

Diese starke Integration gibt den Gesellschaftsmitgliedern ein festes Gefühl von Gemeinsamkeit und Vertrautheit, das jede Unsicherheit ausschließt. Man weiß, was die anderen sind und was man selbst zu tun hat. Menschen, Landschaft und gesellschaftliche Ordnung sind einem vertraut. Und die Sicherheit der angeblich unvorstößlichen alltäglichen Gemeinplätze wird durch die Szenerie perpetuierter Kulturwahren untermuert.¹⁾

Daß eine solcherart integrierte Gesellschaft leicht zu regieren ist, leuchtet ein. Mangelnde Information, mangelnde Diskussions- und Konfliktbereitschaft, autoritäre und autoritätsgläubige Charakterstruktur sowie ein alternativer Fatalismus verhindern eine aktive Anteilnahme am politischen Geschehen.

3. Der Aufbruch

Will man die Krise fossilisierender Kulturpolitik in der Nachkriegszeit auf ihre Ursachen hin untersuchen, so muß man sich die Frage stellen, was diese geschlossene Dorfgemeinschaft aufgebrochen, was den hohen Integrationsgrad herabgesetzt hat. Berücksichtigt man, daß allgemein ein Integrationsgefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Metropole und Provinz besteht, so kann man in der Verstärkung wohl einen desintegrierenden Faktor ausmachen.²⁾ Die Hauptursache für

¹⁾ Während sich die Soziologie nur mit dem Verhalten der Gesellschaftsmitglieder beschäftigt, hat die Volkskunde das „Volksgut“ als materielles Substrat in ihre Betrachtungen mit einzubeziehen. Betrachtet man Realitäten in ethnomethodologischer Sicht als Konstrukt und Hervorbringung des Individuums, so ist dem hinzuzufügen, daß das Volksgut bei der Hervorbringung einer Realität als wesentliches Element eine Rolle spielt.

²⁾ Zu bemerken ist dazu allerdings, daß die einwohnermäßig größeren Städte Südtirols wegen der strikt nach ethnischen Gruppen getrennten Lebensweisen immer noch Kleinstadtcharakter haben.

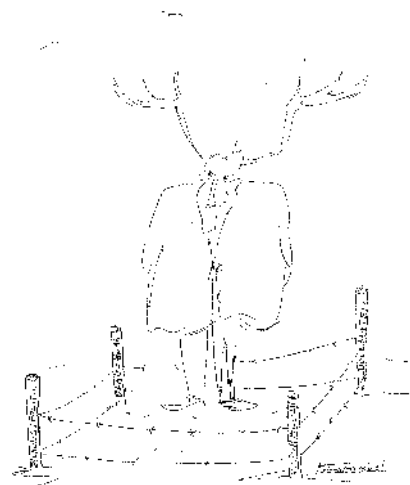
die Öffnung und damit für die Krise der erstarrten Volkskultur ist aber in der neuen wirtschaftlichen Situation zu finden. Fremdenverkehr und Industrialisierung haben die Lebensbedingungen einschneidend verändert. Die räumliche Mobilität nimmt zu. Immer mehr wird die Kleinstadt zum Bezugspunkt. Pendler (Schüler wie Arbeiter) bringen neue Erfahrungen nach Hause. Radio, TV, Illustrierte und Bücher bringen eine ganz andere Welt in größerem Umfang in immer mehr Haushalte. Eine allgemeine Hebung des Bildungsniveaus bedeutet eine Konfrontation von immer mehr Jugendlichen mit neuen Ideen, denen in Südtirol noch eine ganz andere Wirklichkeit gegenübersteht. Die alten Strukturen können nur noch in beschränktem Maß Geborgenheit vermitteln. Der Widerspruch von eigener Realitätserfahrung, tradierten Werten, neuen Perspektiven usw., kurzum der Widerspruch zwischen den Konstrukten alter und neuer Realität schafft jenes Unbehagen und jene Unsicherheit, die den Verlust kultureller Identität kennzeichnet. Diese Faktoren wollen wir jetzt noch eingehender besprechen.

4. Die Wirtschaft

Heute sieht sich die Volkskultur einer kapitalkräftigen multinationalen Kulturwarenindustrie gegenüber, die immer massiver in diesen „Monopolmarkt“ eindringt. Als Gegenreaktion scheint dieser sich seines Marktwertes zu besinnen und so in einigen Teilen zunehmend zu expandieren und in anderen zu schrumpfen. Diese wirtschaftliche Wettbewerbssituation bringt gleichzeitig einen Verlust inhaltlicher Glaubwürdigkeit mit sich.

Während Kirchtag, Volkstanz, Volkslied usw., also eher produktive Formen der Unterhaltung, die eine aktive Beteiligung aller einschließen, fast die einzig mögliche waren, treten sie heute in den Hintergrund gegenüber reproduktiven Formen wie Radio, TV, Tonband und Schallplatte. Diese Technik ermöglicht eine Perfektion, die (neben psychologischen Faktoren) mit dazu beiträgt, daß z. B. der Film den Sieg über das Theater oder die effektreiche Studiomusik eine Vorrangstellung gegenüber den einfachen Takt- und Stifförmern der Volksmusik erringen. Auch die quantitativen Möglichkeiten technischer Reproduktion, die ohne große Vorbereitungen und Aufwand jederzeit einsatzbereit sind, setzen ganz neue Schwerpunkte im Unterhaltungsangebot. Nicht zuletzt ist es der geringere Vorbereitungsaufwand, der zu einer Verdrängung der Hausmusik durch eine Stereo-Party führt. Ein einziger Kirchtag im Jahr, der früher den finanziellen Möglichkeiten entsprochen hat, ist heute nicht mehr konkurrenzfähig mit der Diskothek, die jederzeit offensteht. Wirtschaftliche Überlegungen sind fast ausschließlich ausschlaggebend für die Veranstaltung von Wiesenfesten: die Vereine bessern auf diese Weise ihre

Kassen auf (oft auch zum Ärger der angrenzenden Wirtse). Zudem zeichnet sich auch in der Volksmusik eine Tendenz zunehmender Professionalisierung ab (besonders in Fremdenverkehrsgebieten wie etwa Meran). Dabei weiß man sehr geschickt etwaige Marktücken (z. B. die unterdrückte Sexualität) zu vermarkten. Wirtschaftliche Bedingungen drängen aber auch das Brauchtum zurück. Zersiedelung und Zeitknappheit machen z. B. eine Hochzeitsladung von Anno dazumal unrationell. Die Motorisierung erschwert zunehmend Prozessionen und Almabtrieb. Das aufgebesserte Taschengeld läßt viele Kinder vom Neu-Jahr-Schreiben absehen. Andererseits kann aber Geschäft auch Brauchtum schaffen, wie etwa Muttertag oder Valentinstag. Gezielt vermarktet wird Brauchtum besonders für den Fremdenverkehr: in Gröden laufen Schnitzereien vom Fließband. In den Souvenirläden scheitern verkleinerte Kuhglocken. Vom Hoteliergewerbe angeregte Trachtenumzüge finden auch den Beifall einheimischer Politiker. Antiquitätenhändler schachern den Bauern um wenig Geld das ganze Hausinventar ab, um es zum zehnfachen Preis



ANTHROPOLOGISCHE MUSEUM - BOZEN

den Städten (auch einheimischen) feil zu bieten. Durch den Fremdenverkehr wird aber auch die traditionelle Moral (und damit wieder die Religion) in Frage gestellt. Unverheiratete Pärchen mieten sich bei „hochmoralischen“ Leuten ein Zimmer, deren moralischer Widerstand durch die klingende Münze beschwichtigt wird.

Augenfälligstes Beispiel für das Eindringen neuer Erzeugnisse in den ländlichen Markt: bis hin zum letzten Stallknecht haben jetzt alle die Lederhosen eingetauscht gegen ein paar billige reiß- und wascheste Jeans.

5. Die Psyche

Haben wir im letzten Abschnitt wirtschaftliche Einflüsse für Veränderungen in der Volkskultur geltend gemacht, so bedürfen diese ihrerseits wie-

der einer Erklärung. Offensichtlich müssen bestimmte psychologische Voraussetzungen gegeben sein, damit es überhaupt zu einem neuen Konsumverhalten kommt. Es scheint, daß sich hier wirtschaftliche und seelische Strömungen überlagern und daß in manchen Fällen das eine mehr oder weniger zufällig das andere fördert. Betrachten wir noch einmal das Beispiel der Jeans. Sie kamen ungefähr zur gleichen Zeit in die Läden, als lange Haare „in“ wurden und jugendlicher Protest in Summerhill und Studentenunruhen seinen Niederschlag fand. Nach Mitscherlich löst diese Kleidungs- und Haartracht ein neurotisches Kernstück der bisherigen Autorität, nämlich die unbewußte Bedeutung der Sauberkeit etablierter Mode als Appell zur Selbstreinigung von Schuld. Folgerichtig ist demnach die Haltung dieser Jugendlichen zur „ererbten“ Lederhose: diese hat sich von der Arbeits- zur Festkleidung gewandelt und wird begriffen als Repräsentationsstück tradierter elterlicher Autorität und deshalb zugleich mit dieser abgelehnt. Analoges läßt sich auch für andere Elemente tradierter Kultur sagen.

Die Vermarktung händlichen Brauchtums hat ihre psychologischen Voraussetzungen in der selektiven Wahrnehmung der Vergangenheit, in der Nostalgie nach der „guten alten Zeit“. Indem man sein Zimmer mit Souvenirs einer vermeintlich heilen Welt füllt, schafft man sich die „heimelige“ Stube, in der man sich geborgen fühlt gegen alle Unbill der Welt. So schafft man sich mit der alten Truhe ein handfestes Symbol geschichtlicher Kontinuität. Das ist die Methode, mit welcher man vergangene Wirklichkeit als heutig auferstehen läßt. Auf die politische Vermarktung der „idyllischen“ Heimat in Zeiten der Unsicherheit und Ungewissheit werden wir noch zu sprechen kommen.

Mit der Erklärung dieser beiden Phänomene lösen wir aber auch das Paradoxon der Folk-Renaissance. Während Freunde alpiner Volksmusik oft für englischen folk wenig übrig haben, sind die Liebhaber ausländischer Volksmusik auf die einheimische gar nicht so gut zu sprechen. Während nun die erste Gruppe in der primären Sozialisation ihre Autoritäten weitgehend introiziert hat und Fremdes als bedrohlich für das eigene Ich abwehrt und ablehnt, drückt sich in der zweiten Gruppe ein ambivalentes Verhältnis zu diesen Autoritäten aus: einerseits wird das eigene tradierte Kulturgut abgelehnt und andererseits wird der als autoritätsfrei erfahrene fremde folk in gleichem Maße zur Idylle der verlorenen Heimat, wie die von den Touristen eingekauften einheimischen Souvenirtartikel zum Mittel von Geborgenheit werden.

Der Gegensatz von Diskothek und Wiesenfest rührt nicht zuletzt davon her, daß in ersterer die Kommunikationsmöglichkeiten ausgezeichnet sind, z. B. durch größere Anonymität (schwächere Bekanntschaft) und durch Herab-

setzung des Redezwanges (da laute Musik Sprechpausen erzwingt). Auch in den Tänzen, die als ritualisierte non-verbale Kommunikation verstanden werden können, zeichnen sich neue Ausdrucksformen ab, etwa in der Verflechtung der Jugendlichen für den freien, lockeren aber auch unsicheren Shake oder den romantischen Schmuseleute gegenüber den stragen, auf Korrektheit zielenden Formen des Walzers oder der stürmisch sich abragierenden Polka.

Der Rückgang an Bräutchen ist ein psychologisch äußerst vielschichtiges Phänomen. Freud betonte wiederholt die Verwandtschaft von Ektasie und Zwangsneurose. Demnach werden aggressive und sexuelle Impulse von einem zwingen Über-Ich (den verinnerlichten gesellschaftlichen Normen) verdrängt und lösen Angst aus. Auch das archaische Denken des Animismus und des magischen Zaubers erweckt Angst. Dem Ektasie kommt demnach eine angst-reduzierende Funktion zu.

Nun wirken aber auch die Aufklärung der Naturwissenschaften und die Verstärkung dieser letztgenannten Ängsten sicher entgegen. So kann z. B. ein Industriearbeiter schwerlich denselben Bezug zu Fruchtbarkeits- und Erntedankritualen finden wie ein Bauer. Auch steht die Einführung der Stechuhr in einem gewissen Gegensatz zum großen Zeitaufwand, den manche Bräuche erfordern (etwa das Backen von Kirchtag-Krauten). Zugleich kann man feststellen, daß dort, wo nicht neue Desorientierung den Menschen in die Kulte zurückfließen läßt, der zunehmende Wohlstand und das Staunen vor den „Wundern“ der Technik zu einer Abkehr von der traditionellen Religion geführt hat (dabei fließt in diese Abkehr oft etwas von antiautoritären Selbstbefreiungsbestrebungen ein, denen man von der Kirche her durch „Modernisierung“ entgegenwirkt). Dazwischen ist aber auch den religiösen Riten die emotionale Grundlage entzogen, so daß sie nur mehr von der Position des Außenstehenden betrachtet werden können.

6. Darstellungen.

In diesem Abschnitt sollen Phänomene besprochen werden, die man mit „Darstellung nach außen“, „Darstellung der Realität“ und (dem Sprachgebrauch der Ethnomethodologie folgend) mit „Reflexivität“ bezeichnen kann. Hier soll ansatzweise versucht werden zu zeigen, wie Volkskultur Realität erzeugt.

Versuchen wir die Darstellung nach außen am Beispiel der Trachten zu erklären. Die Tracht hat den Charakter einer ritualisierten festlichen Uniform. Der Trachtenträger stellt sich mit ihr als Mitglied einer Gruppe (z. B. eines Musikvereins) dar. Die Tracht ist also ein Bekenntnis der Gruppenzugehörigkeit an die Umwelt. Die Gruppe selbst ist dabei für den Betrachter keineswegs eindeutig definiert, sondern eine

Hervorbringung des Betrachters. So kann z. B. ein Musiker von einem Dorfbewohner als Mitglied der Musikkapelle von einem Städler aus einem anderen Dorf als Dorfgast, als Städler identifiziert werden. Die Darstellung nach außen hat sowohl den Charakter einer Identifikation wie den einer Abgrenzung. Der Trachtenträger hat sich in die uniformierte Gruppe integriert. In der Unsicherheit, mit welcher oft ein Mensch zum ersten Mal in der Öffentlichkeit eine Tracht trägt, zeigt sich z. B. seine anfangs noch recht unsichere Identifikation mit der Gruppe. Sicherheit und Identifikation nehmen dann gewöhnlich in den nächsten Malen rasch zu. Andererseits grenzen sich z. B. benachbarte Dörfer durch verschiedene Trachten voneinander ab. Gerade diese Abgrenzungseigenschaft nach außen kann aber die innere Integration sehr fördern. Analoges läßt sich über die Teilnahme an öffentlichen Riten, Sprachgebrauch u. v. a. sagen. Wir werden im nächsten Abschnitt noch einmal darauf zurückkommen.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß mit dem materiellen Volksgut eine Wirklichkeit hergebracht wird. Ebenso kann bei einer inhaltlichen Betrachtung der Volkskultur von der Konstruktion einer Realität gesprochen werden, z. B. bei einer Andreas-Hofer-Fete, beim Volkslied und beim Volkstheater. Während die erstere den Charakter eines Rituals hat, sind die beiden letzteren der Unterhaltung zuzurechnen. Neben ihrem Unterhaltungseffekt bewerkstelligt Volkslied und Volkstheater die Darstellung einer Realität, die sich von der vom Zuschauer erfahrenen und wahrgenommenen Alltagsrealität oft erheblich unterscheidet. Die Art und Weise, in der die Kulturwaren Realität erzeugen, widerspiegelt die Ängste und Wünsche der Zuschauer. Thematisch geht es in den Volksstücken meist um Probleme wie Erbschaften, Generationskonflikte, Schwierigkeiten mit der Wahl des Ehepartners, Ehekonflikte, Schwierigkeiten mit der Verwaltung und gesellschaftlichen Außenseitern u. ä. Im Gegensatz zur häufig vorhandenen Aktualität des Themas ist seine Abhandlung meist oberflächlich und ermöglicht eine kompensatorische Identifikation der Zuschauer. Die unterlegene Hausfrau lacht, wenn sie ihr Bühnenabbild mit der Nudelwalze sieht. Der an die Familie gekettete Mann freut sich über den kleinen Seitensprung seines Bühnenhelden. Die Angst vor dem Gammeler schwindet, sobald dieser „gezähmt“ (= integriert) auf dem Bauernhof bleiben will. Der Dörfler (Bauer) lacht auf, wenn sein Bühnenabbild es einmal dem nominalen Städler (Beaufen) gezeigt hat, der ihm im Alltag an Macht überlegen ist. Durch das Brechen von Tabus (z. B. Inzesttabu, Reinlichkeits- und Außenseitertabu) wird eine Komik erzielt, die den Zuschauer im Moment befreit auflachen läßt. Um das eigene normierte -- und oft unan-

genommene -- Verhalten aufrechtzuerhalten, verurteilt der Zuschauer lachend den Ausdruck des Schauspielers aus dieser Norm. Der Zuschauer muß daher ein bestimmtes Normensystem bereits internalisiert haben, bestimmte Werte anerkennen, um solche Komik genießen zu können. Jetzt ist auch klar, warum der Widerspruch von dargestellter Wirklichkeit und Erfahrung des Zuschauers nicht nur geduldet, sondern sogar als lustvoll empfunden wird. Andererseits wird auch durch die wenigen ernteten Volksstücke und durch das Volkslied eine Welt beschworen und glorifiziert, die neben Naturverbundenheit feudale Herrschaftsformen, autoritäre Familienstruktur, un-zweideutige Religion und intaktes Wertesystem darstellt und dadurch eine heile Welt vermittelt, die die Unsicherheit des Alltages vergessen läßt.

Schließlich kommen wir an den Punkt, wo wir erklären wollen, was unter Reflexivität zu verstehen ist. Wird eine Wirklichkeit erzeugt und dargestellt (z. B. im Theater), so wird sie vom Zuschauer wieder wahrgenommen und erhält nach den Verwerkungs- und Transformationsprozessen der Wahrnehmung) für diesen wieder den Charakter einer Realität. Der Zuschauer unterscheidet in den meisten Fällen nicht zwischen der Darstellung einer Wirklichkeit und der Wirklichkeit selbst. Die Darstellung wirkt also in den meisten Fällen auf die Wirklichkeit zurück, indem sie zu einem Teil derselben wird. Dieses Phänomen wollen wir als Reflexivität bezeichnen. So einfach dieser Sachverhalt ist, so vielfältig sind seine Implikationen. Beispielsweise schafft die „Darstellung nach außen“ eine Abgrenzung gegenüber der Umwelt, die dann deshalb als gegensätzlich und verschieden wahrgenommen wird. Ähnlich kann auch das Theater eine Reihe von Vorurteilen verstärken: die Darstellung eines Vorurteils beweist (in seiner Gleichsetzung mit der Realität) eben seine Richtigkeit.

Besondere Beachtung verdient das Phänomen der Reflexivität bei Schriften über Volkskultur. Indem die Volkskultur dargestellt wird, wirkt ihre Darstellung auf sie zurück. Bausinger betont immer wieder den restaurativen Charakter vieler volkskundlicher Schriften. Alte Fotografien oder die Beschreibung alter Bräuche werden oft zum Anlaß dafür, die alten Originale zu kopieren. Nicht Tradition lebt kontinuierlich fort, sondern das Alte wird neu eingeführt. Daß dabei der Sinn verändert wird oder oft überhaupt verloren geht, zeigt z. B. die Restauration der Schützen in Südtirol.

7. Politik und Volkskunde

Der Verlust von Heimat, zu dem es im Laufe der Geschichte durch eine Zunahme von Entfremdung, Kommunikation, Urbanisierung, Aufklärung und Reisetätigkeit gekommen ist, hat eine nostalgische Sehnsucht nach Geborgenheit und Kontinuität bewirkt, die bis

in die Romantik zurückgeht. Durch den Nationalsozialismus wurde der Gedanke eines Fortdauerens der Bande von „Blut und Boden“ zur Staatsideologie erhoben. In Südtirol wurde die Aufnahme solcher nationalsozialistischer Ideen durch die Anti-Minderheiten-Politik der Faschisten stark begünstigt. Wie oft bei Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Kooperationsbildern in Südtirol ein besonderes ausgeprägtes Bewußtsein von Deutschtum und Heimat. „Heimatbewußtsein“ prägt sich erst im konservativen oder restaurativen Kampf um die Erneuerung von Heimat aus, d. h. in einem Moment, in dem sich der Verlust der Geborgenheit in ihr abzeichnet. Heimat wird nun zur ideologischen Aufgabe; man verhält sich nach den vorgegebenen Mustern nicht in der Heimat, sondern um der Heimat willen, und all die einstigen selbstverständlichen Formen der Interaktion verwandeln sich in abstrakte Rituale, die erst schaffen wollen, was sie vormem ausdrückten: „Gemeinsamkeit“ (Seeßlen). Die durch das faschistische Trauma und die auch noch nach dem Krieg bestehenden Ungerechtigkeiten bedingte Abwehrhaltung gegenüber den Italienern führte u. a. zu einem völlig restaurativen Heimatbewußtsein, zu einer konservativen Kulturpolitik, die auf eine ziemlich einseitige Erhaltung und Förderung von Brauchtum ausgerichtet ist. Volkskultur sollte nach Süden hin eine Abgrenzung, ein kulturelles Bollwerk schaffen und zugleich geistiges Band aller deutschsprachigen Südtiroler sein. Besonders deutlich wird diese Politik am Beispiel der Schützen, die in Riesenaufmärschen innere Geschlossenheit und Abgrenzung nach außen bewußt zur Schau stellen. Gleichzeitig wird die Existenzberechtigung dieser anachronistischen Organisation von breiten Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Dies vor allem deshalb, weil man ihnen rein demonstratives Gebilde ohne eigentliche Funktion nicht zugestehen will. (Indem wir hier auf nationalistische Elemente im Heimatbewußtsein verweisen, befürworten wir nicht eine Assimilierung oder freiwillige Beschneidung zustehender Rechte, wie sie das mangelnde Selbstbewußtsein vieler Südtiroler auf dieser Erkenntnisstufe oft produziert).

Diese restaurative Politik verbindet aber auch eine Reflexion der neuen La-

ge, in der man sich befindet und die in Buch, Bild, Theater usw. hätte ihren Niederschlag finden können (z. B. die Situation der Pendlar-Arbeiter, -Schüler, Heimschüler, des Bundesverkehrs-personals u. v. a.). Statt dessen wurde Kultur ideologisch filtert und auf eine Restauration beschränkt. Werkzeuge dieser konservativen Kulturpolitik sind unter anderem die Vereine, die durch ihre konservativen Dachorganisationen gesteuert werden (z. B. bestimmt die Zentrale des BSV das Angebot an Theaterstücken, aus welchen die Vereine dann auswählen).

Allie, die an dieser restaurierten Kultur keinen Gefallen finden, weil diese ihre Bedürfnisse nicht befriedigen konnte, wurden in ein Absicht gedrängt oder bezogen freiwillig eine Außenseiterposition (etwa, indem sie vom Kulturzentrum aus gegen diese Politik opponierten). Das Establishment versuchte nicht zu verstehen, sondern reagierte mit Bifamierung. Bedingt durch den Unwillen, die eigene Lage möglichst unvorhergesehen zu reflektieren, wird es wohl noch eine Weile dauern, bis Südtirol seine neue kulturelle Identität, sein neues Selbstverständnis gefunden haben wird. Dieses Selbstverständnis kann sicherlich nicht in einem reaktiven Wechsel des Kulturkonsums von tradierten hin zu multifunktionalen oder ideologisch purifizierten Kulturwaren bestehen.

Eine politische Instrumentalisierung des Heimatbewußtseins (deren Paradebeispiel die NSDAP geliefert hat) liegt aber nicht nur in einer demonstrativen Abgrenzung den Italienern gegenüber, sondern auch in ihrer Ursprungsfunktion für andere Probleme, die so aus der öffentlichen Diskussion ausgeklammert bleiben können, wie z. B. soziale Ausbeutung, Intransparenz der Entscheidungen, Proportz contra Leistungsprinzip u. a. (s. a. Seidl). Konsequenz dieser Abgrenzung nach außen ist eine Selbstdarstellung, die oft recht unangenehme Folgen zeitigt: je knöchriger und verwurzelter der Alte, desto schiller das Ullaubsfoto (desto voller die Kasse). Aber jedem ausländischen Journalisten wird es übel genommen, wenn er Südtirol mit seiner Karikatur verwechselt, was sehr oft passiert. Diese Schwierigkeit, von Fremden richtig wahrgenommen zu werden, führt aber gerade davon her, daß Südtirol aller Welt Klischees verkauft, für die vom Fremdenverkehr her eine große Nachfrage besteht. Benseitens stellt man sich dem Norden als finanzielles Entwicklungsland dar und wird dann mit den kollektiven Minderwertigkeitskomplexen nicht fertig; andererseits hat man aus der Abwehrhaltung gegen die Italiener heraus nie versucht, sich einer italienischen Öffentlichkeit so darzustellen, daß sie das nötige Verständnis haben könnte, dessen Fehlen man ihnen eben als Fehler vorwirft.

In diesem politischen Kontext ist auch die Volkskunde in Südtirol zu sehen. Die Konservierung des Alten durch Beschreibung und Bild scheint

ihr oberstes und einziges Gebot. Beschreibungs- und Erklärungsversuche beschränken sich darauf, in den Osterien alte Fruchtbarkeitsbräuche zu erkennen. Der größte Kontext bleibt ausgeklammert. Durch das bloße Tradieren, das Weitergeben dessen, was einmal war, wird aber auch Sinn nicht wieder hergestellt die Identität nicht wiedergewonnen. Indem solche Volkskunde reflexiv auf die Welt zurückwirkt, wird sie Anstoß und Werkzeug einer Restaurationspolitik. In diesem Lichte sind wohl die meisten volkskundlichen Beiträge des „Schöner“ und der „Dokumente“ zu sehen. (Die meisten Bildbände stellen mehr ein gewinnabwerfendes Heimatsurrogat für Fremde dar, als einen Beitrag zur Volkskunde.) Indem Volkskunde sich so auf das Alte beschränkt und neuzzeitliche Phänomene wie Schlager, Film, moderne Architektur usw. fast völlig ignoriert, kann sie dann auch kein Verständnis aufbringen für Probleme des heutigen Menschen, denen nur deshalb nur mehr moralisierend entgegentritt.

Literatur:

Mitscherlich, A.: Der Wandel im Erscheinungsbild und in der Struktur politischer Autorität. In: Massenpsychologie ohne Ressentiment. Frankfurt 1972

Freud, S.: Totem und Tabu. Frankfurt 1972

Bräutigam, W.: Reaktionen, Neurosen, Psychopathien. Stuttgart 1969

Alberici, J. und andere: Segmente der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt 1974

Chotjewitz, P. O.: Neuland -- Leben in der Provinz. In: Kursbuch 39. Berlin 1975

Ruogg, W.: Soziologie. Frankfurt 1969

Bausinger, H.: Volkskultur in der technischen Welt. Stuttgart 1961

Weingarten, E. und andere: Ethnomethodologie. Frankfurt 1976

Seidl, P. und andere: Die Verdrängung sozialer Problembereiche als Folge einer erstarrten Volkstumspolitik: Südtirol seit dem Paket (noch unveröffentlicht, 1977)

Seeßlen, G. und andere: Unterhaltung. Lexikon zur populären Kultur, Band 2. Hamburg 1977

Für wertvolle Anregungen danke ich Walter Gaffler.

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 3 33 11 Büro
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift von
Doktorarbeiten

2 Schriftbilder und 2 Farbbänder
(Nylon oder Polyäthyl) zur
Auswahl.

Die Südtiroler Presservereinigung möchte eine Tiroler-Bücherei aufbauen. Sie ersucht alle Doktoranden und Akademiker, die ihre Dissertation über Südtirol verfaßt haben, ein Exemplar der Dissertation im Presseclub (Bozen, Lauben Nr. 30/2) abzugeben. Damit würde erreicht, daß den Journalisten an einer Stelle wichtiges Material zur Verfügung stünde und gleichzeitig die Arbeiten bekannt werden.

Dilettantismus im Deutschunterricht

(I. Teil)

*„Wenn ich auch auf dem Blocksberg
finde, das find ich gut;
denn du gehört ihr Kind“*

(Goethe)

Dieser Artikel versucht, die zwiespältige Situation des Deutschlehrers aufzuzeigen, der auf der Universität für alles andere, nur nicht für den Unterricht ausgebildet, von Goethe bis Jerry Cotton, von der generativen Transformationsgrammatik bis zu den Sachbereichen der Kommunikations- und Informationstheorie Bescheid wissen soll. Daß es als Folge dieser überforderten Vielseitigkeit zu Vielwisserei und Oberflächlichkeit kommt, ist selbstverständlich. Auf jeden Fall ist diese Bestandsaufnahme geeignet, Diskussionen und Auseinandersetzungen zu diesem wichtigen Thema zu provozieren.

Das Übel an der Bildungssituation von heute sei, meinte ein Zeitungsman in einem glücklichen Bonmot, daß zu viele Leute über zu viele Dinge zu wenig wüßten. Er mag dabei seine eigene Branche im Auge gehabt haben. Das zweifelhafte Verdienst universeller, aber oberflächlicher Informiertheit gebührt zunehmend, und zwar notgedrungen, auch dem Deutschlehrer. Aus dem Freß von einst wurde die Bittmat. Warum?

Der Deutschunterricht, namentlich was seine wissenschaftliche und propädeutische Phase in der didaktischen Forschung betrifft, erfährt im letzten Jahrzehnt ein Wachstum von hyperbolischen Ausmaßen. Dabei kam es zu einem Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wie wir es kaum in einer anderen Sparte des Unterrichtswesens verfinden werden. Das Fach Deutsch reicherte sich, vielfach unkontrolliert und spontan, an mit disparatsten Stoffmengen; erfährt eine Erweiterung und Verwissenschaftlichung alter Lehrinhalte, so daß man heute vor einer rettungslosen Überforderung der Lehrenden, Lernenden und der Schulstrukturen (Stundentafeln, Lehrpläne, Prüfungsordnungen, didaktische Materialien) steht. Am gewaltigsten wirkt sich die Überforderung der Lehrenden aus. Mit wachsendem Unbehagen stellt der Deutschlehrer die Tatsache seiner Inkompetenz, seiner Unverträglichkeit mit dem Stoff, den er zu vermitteln hat, fest. Ist er gewissenhaft, so wird er versuchen, sich eine zumindest generelle Fachkultur zu erwerben. Das Ergebnis dieser rasch, mit unzureichenden Mitteln und stets mangelnder Zeit, angefertigten Sachkenntnis wird eine zwar weit gestreute, aber un fundierte Vielwisserei sein. Rasch Erworbenes wird nach Vermittlung im Unterricht ebenso rasch wieder vergessen; da professionelle Fachkompetenz nur möglich ist bei Beschränkung auf ein Spezialgebiet, im Deutschunterricht über sich die Spezialgebiete geradezu akkumuliert haben, wie unten anzudeuten sein wird, muß der Deutschlehrer

zunehmend feststellen, daß „Professionallität“ für ihn zur Illusion geworden ist. Er wird sich am Ende fragen wollen er sich unterscheiden von einer heftigen Person ohne spezielle Ausbildung, die die deutsche Sprache beherrsche, Literatur liebt, sich für aktuelle Probleme interessiert. Mit Scham muß sich der Universitätsabsolvent eingestehen, daß ein etwas engearbeiteter Supplement ihm überbündig ist in der Sachkompetenz und überlegen im pädagogischen Geschick.

„Wer gerne Goethe, Stifter, Mann oder Peter Weiß liest, ist deshalb noch nicht zum Deutschlehrer geeignet“, meint Robert Ullrich. Wer diesen Unterricht betreibe, müsse „nicht nur etwas wissen“, sondern „etwas sein“ und „darüberhinaus etwas können“ (Methodik des Deutschunterrichtes, Unterstufe, 7. Auflage 1976, Seite 1). Wollen wir die etwas ontologisch anmutende Forderung nach dem Sein neu konzipieren als eine Forderung nach lernpsychologischer Einsicht und pädagogischer bzw. didaktischer Fähigkeit, so bleibt vor allem die Frage nach dem Wissen und Können, nach dem Grad der Spezialisierung, die der in einer bestimmten Weise ausgebildete Deutschlehrer für die vielen im Sammelfach Deutsch angesiedelten Sonderfächer aufweist.

Der Deutschunterricht an mittleren und höheren Schulen, so wie er sich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte und so wie wir ihn kennengelernt haben, umfaßte drei klar voneinander gesonderte, vom Deutschlehrer professionell beherrschte Gebiete: Literaturunterricht, Grammatik (mit Sprachgeschichte und Rechtschreiben), Aufsatzlehre. Sicht man von dieser letzteren ab, deren Betreuung stets den im aktiven Unterricht stehenden oder daraus kommenden Lehrern oblag, sieht man fernab von Mängeln in der methodisch-pädagogischen Ausbildung, so ist nicht zu leugnen, daß das Universitätsfach Germanistik in der Lage war, dem Deutschlehrer von gestern den für den Unterricht nötigen Wissensbedarf an

die Hand zu geben. Umgekehrt darf jedoch nicht vergessen werden, daß es gerade die auf Vergangenheitserschließung erpichte Germanistik war, die dem Deutschunterricht seine theoretisch-abstrakte Orientierung gab. Außer zu einer dem Historismus verpflichteten realitätsfernen Materie degentiviert: ließ Rückblickend muß gesagt werden, daß es besser gewesen wäre, die Germanistik hätte sich nie in den Deutschunterricht eingemischt und hätte nie den Anspruch erhoben, Deutschlehrer ausbilden zu können. Heute kann sie es weniger denn je.

Nach unannützlich langem Verbleib an der Universität, nach jahrelanger intensiver Arbeit an einer völlig überflüssigen germanistischen Dissertation tritt der angehende Deutschlehrer seinen Dienst an und findet ein stark verändertes Fach vor, wild gewachsen, aus allen „Nähten platzend“, sich in Frage stellend, erneuert und zugleich beengt von alten Strukturen. Im folgenden der Versuch eines summarischen Überblicks.

Literatur

Es handelt sich dabei um ein ungereiches Sondergebiet des Faches Deutsch. War an der Universität das Literaturverständnis noch herkömmlich auf die sogenannte schöne Literatur ausgerichtet, während der Weg zu den niederen Gattungen der Trivialliteratur Monierarbeit jüngerer Assistenten blieb, die mit wissenschaftlicher Akribie und sachlicher Unkompetenz sich über Courths-Mahler und Gartenlaube benachteiligten und dabei die Sekundärliteratur ins Kraut schreiben ließen, so hat sich der Deutschlehrer plötzlich auszukennen, und dies vorabene neben der Vertrautheit mit älterer und neuester schöner Literatur, in sämtlichen Sonderabteilungen des trivialen Genus, vom Kriminal zum Kitschroman, von Science-Fiction zu den Heftserien, zum Artroman, nicht zu vergessen natürlich die akrofische Comics-Literatur. Modern empfindende und modern sein wollende Lehrkräfte versuchten mit völlig unzureichender Vorbereitung, falscher Sensibilität und einem Bewußtsein, das von Antihaltung beherrscht war, Comics und Kriminal durchzuarbeiten, lasen mit Überwindung Jerry Cotton, mußten sich von ihren weit beschlageneren Schülern beharren lassen über Asterix und die Fantastischen Vier. Die nur allzu unverhüllt bekundete Absicht der Lehrer, durch Hereinnahme solcher minderwertiger Literaturerzeugnisse in den Deutschunterricht, die Schüler über ihre Wertlosigkeit, Schädlichkeit usw. aufzuklären, kurz ihnen den Spaß am Weiterlesen zu verneinen, erwies sich als kontraproduktiv. Die Schüler witterten Einbruch in ihre Lesedomäne, sie wollten ihre geliebten Comics nicht rationalisieren, im Karl May nicht die Scheinmoral der Gründerjahre entdecken müssen. Mehr noch, die Nostalgie von Lesern mittl-

ren Alters entdeckt und gehegt, wer den jungen Leuten Jourd. Halbweidliche Mädchen hatten für die Heidinmen der Courtha-Mähler weder Interesse noch Sensorium, sie konnten sie übrigens erst im Unterricht kennen. Der sogenannte neue, aufgeschlossene Literaturunterricht war öfter Leibesschlag als Erfolg. Dabei hätte es der Literaturlehrer bitter nötig, sein altes Fach, die sogenannte schöne Literatur, genauer kennenzulernen, unter neuer Perspektive wiederzuentdecken. Weiß man, wieviel Arbeit und Einsatz es erfordert, sich einen Josef Roth, einen Herwald, die man weder vom Gymnasium noch von der Germanistik her kennt, zu erschließen? Über Brecht Unterrichtseinheiten auszuarbeiten? Unter geänderten Voraussetzungen den lange vergessenen Grünen Heinrich zu lesen, auf seine Eignung für den Literaturunterricht in einer gegebenen Situation zu überprüfen? Sich dabei auf dem laufenden zu halten über Neuerscheinungen, verfolgen, was Handke produziert und Turrim und die mühsam zu lesende Christa Wolf? Und nicht nur lesen zum Zeitvertreib, aus Liebhaberei; gezielt lesen, erarbeiten, Sekundärliteratur einsehen. Aber woher die Bücher beschaffen? Angesichts des Zustandes unserer Schulbüchereien bzw. des Bibliothekswesens überhaupt wird dem Lehrer nichts übrig bleiben als der Aufbau einer eigenen Handbücherei. Die ewige Ausrede öffentlicher Körperschaften, namentlich der Unterrichtsbehörden, deutsche Bücher könnten wegen der hohen Preise nur in kleinen Kontingenzen angeschafft werden, hat für den schlecht besoldeten Lehrer wohl nicht zu gelten. Zu seinem derart aufgezwickelten Literaturunterricht, der vom Deutschlehrer verlangt, daß er Wollfiedrich ebenso konnte wie James Bond, gehört selbstredend Vertrautheit mit der handwerklich-technischen Seite des Faches; wer mit literarischen Texten umgeht und umgehen lehrt hat in Poetik und Rhetorik zuhause zu sein, Topik, Bildlichkeit, Symbol, Allegorie, Emblem, Inhalt, Motiv, Metrum, Rhythmus, einfache Formen, poetische Gattungen, Epochen usw. usw. nicht nur dem Namen nach zu kennen. Schließlich wird er sich auch für eine oder die andere Interpretationsmethode entscheiden müssen, nämlich ob er in der hermeneutischen Arbeit literatursoziologische, formalistische oder gar strukturalistische Verfahren anwenden soll, um nur einige wichtige zu nennen. Der Literaturlehrer, so wird gefordert, hat auch „offen“ zu sein „für die ästhetischen, ethnischen, sozialen und soziologischen Probleme der literarischen Werke“ und er muß „diese unter pädagogischen Gesichtspunkten zusammenzuschauen vermögen“; nicht genug damit, er muß „Dichtkunst und theoretische Prosa ausdrucksvoll und phonetisch richtig sprechen können“ (Ueböfer, Methodik 1976, 7. Auflage, Seite 4).

Soweit ungefähr das Rüstzeug für den Literaturlehrer. Im Klartext heißt

das: die germanistische Ausbildung stützt den künftigen Deutschlehrer nur etwa mit einem Viertel (im günstigsten Fall) der geforderten Wissens- und Könnens aus, der Rest muß nachher, während der aktiven Unterrichtsarbeit, erworben werden.

Grammatik

„Die Grammatik gibt es längst nicht mehr, ebensowenig auch „die“ Schulgrammatik. Wenn man als Student zulässig in die richtige Vorlesung hineingehört, wird man vertraut gemacht mit einer Reihe von Grammatik-Schulen — deren jede wiederum ihre Sekem entwickelt hat —, von der inhaltsbezogenen zur strukturalistischen, von der Valenzgrammatik zur generativen Transformationsgrammatik. Das Gespräch über den Grammatikunterricht an der Schule ist im universitären Bereich natürlich tabu. (Wie man an der Universität überhaupt zunächst so tut, als gäbe es die Schule nicht.) Der generativen Grammatik glückte es übrigens, Eingang zu finden in die Unterstufe, ja sogar an Grundschulen übten sich neuerdings die Kinder im Zeichnen von generativer Strukturäumen. Noam Chomsky zu Schulklammaak verniedlicht. Daß dadurch das Erlernen des richtigen Sprachgebrauchs erleichtert oder wesentlich beschleunigt wurde, ist nicht bekanntgeworden. Von selbstkritischen Didaktikern kann man zu hören bekommen, Grammatikunterricht habe überhaupt keinerlei Nutzen, was indes auch nicht glaubhaft ist. Aus lauter Hilflosigkeit haben die Unterrichtspläne für den Grammatikunterricht eine Art passive Freiheit gewährt: Man hat die Wahl, herkömmliche Flexionslehre zu treiben, generative Satzstrukturen aufzuzeigen und Stammbäume oder sonstige syntaktische Schaltpläne zeichnen zu lassen. Die pädagogische Grammatik empfiehlt, nun unwilligen Schülern den Gegenstand schmackhaft zu machen, Grammatik-Inszenierungen. Den Kindern werden z. B. die Beziehungen zwischen Agens und Affizierem in ihren grammatischen Realisierungen von aktiv, passiv, reflexiv plausibel gemacht, indem man die Bewegungen eines Fropellers beobachtet und verbal erfaßt. Solche und ähnliche Konvertierungen des abstrakten Regensystems der Grammatik ins Anschaulich-Konkrete gelten neuerdings als Erfolgsrezept (vgl. W. Menzel, Die deutsche Schulgrammatik, 1974 2. Auflage, 163 ff. und F. Schardt, Fünf Thesen zum Grammatikunterricht an der Orientierungstafel, in: Der Dt. 1977, Jahrgang 29, Heft 1, Seite 129 ff.).

Hilfe und Orientierung für die Sprachpädagogik ist indes von der Forschung weniger denn je zu erwarten. Je rasanter das Wachstum der Linguistik, je gescheiter und verstiegenerer Erkenntnisse und Terminologie (schon diese ein ergiebiges Feld für ein Separatstudium), desto größer die Unsicher-

heit über die Art, wie korrekte Mandhabung der sprachlichen Ausdrucksmittel zu lehren sei. Es ist wahrscheinlich nicht beleidigend zu vermuten, daß der durchschnittliche Südtiroler Deutschlehrer, ausgebildet in Innsbruck oder Verona oder auch anderswo, schon bei Durchsicht des Inhaltsverzeichnis einer Publikation wie S. Schädel, Linguistik (Bayrischer Schulbuchverlag 1974) star überhört lernt.

Die passive Freiheit wird zur Fessel. Richtlinien tun not über das Was der grammatisch-linguistischen Inhalte, vor allem auch über das Quantum an wissenschaftlichen Daten, die von irgendwelchen Schülergruppen erlernt werden sollen. Richtlinien ferner über das Wie, über die methodischen Vermittlungsstrategien. Wie ist z. B. das Sprachbarrierenproblem (ethnische und schichtspezifische Barrieren) zu behandeln in einem Gebiet, das in dieser Hinsicht exemplarischen Charakter hat? Sicherlich nicht als Marginalie. Eine Möglichkeit, aus der Sackgasse eines Grammatikunterrichts auszuweichen, der teils zu einer esoterischen wissenschaftlichen Übung geworden ist, teils aber Spracherlernung verwechselt mit Auswendiglernen von Regeln, könnte eine Sprachorchestrierung sein, die aus dem sozialen Kontext heraus entsteht und wiederum auf ihn einwirkt: die kontrastiv Dialekt und Hochsprache erschließen und erlernen hilft. Daß die Deutschlehrer den Umgang mit dem ungemein vielschichtigen Teilbereich der Sprachwissenschaft (Grammatik im engeren Sinn, Soziolinguistik, Orthographie, Semantik) nicht mehr dilettantisch betreiben, sondern professionell beherrschen lernen, ist unter allen Forderungen die wichtigste.

Aufsatzlehre

In älteren Lehren über das Verfassen von Texten im Unterricht dominierte der Besinnungsaufsatz (heute Problemaufsatz) in der Oberstufe, während man in der Unterstufe sich zu üben hatte im Verfertigen von Bildbeschreibungen, Inhaltsangaben und ähnlichem, Textformen mit vorwiegend schulinterner Geltung. Ueböfer führt diesen Rückschritt in der Schreiblehrung auf das Aussterben der alten Artistenfakultät, die vom 15. bis zum 18. Jahrhundert blühte, zurück:

„So kam es, daß kennzeichnend für die Entwicklung des germanistischen Studiums die zunächst idealistische, später positivistische begründete Gelbesamkeit wurde, die im Gegensatz zu dem stand, was die Artistenfakultät Jahrhunderte hindurch betrieben hatte: nicht eine theoretische, sondern eine praktische Ausbildung in den schönen Künsten. Die Universitäten des 19. Jahrhunderts vergaßen, daß man die Studierenden auf dem Weg über das Theaterspielen, den Vortrag von Dichtungen, die Anlehnung zum Verfassen

sen von Gedichten, Disputationen zur Sprache hinführen und auf ihren späteren Beruf vorbereiten können" (Neben- und Deutschunterrichts Unterstufe, 7. Auflage 1976, Seite 2 f.).

Der Deutschunterricht ist gegenwärtig dabei, dieses verlorengegangene Vermächtnis praktisch zu erschließen; Seminare, Vorträge, Anregung zum Verfassen fiktionaler Texte, Dramatisierungen, Theateraufführungen, Filme, semiotische Vergegenwärtigung von Scherztexten, interdisziplinäres Arbeiten mit den Fachern Werken und Kunstvermittlung sind vielversprechende Ansätze. Was fehlt, ist eine spezifische Ausbildung; die wenigsten Deutschlehrer sind geborene Theatermännern oder können mit der Filmkamera umgehen; viel Diktiermaschinensprache, spontane Aktivität ohne rechte Kenntnisse macht sich breit. Die bei allen Mängeln doch stets begriffswortreichen Initiativen werden übrigens von den Schulbehörden, namentlich den Direktoren, mit Mühen verfolgt und vielfach behindert.

Der Übung im schriftlichen Elaborieren dient heute vielfach die Textkritik; über das Aufschließen fremder Sprachhaltung lernt man, den eigenen Sprachgestus wechselnden Situationen anzupassen. Die Schulbuchverlage haben ganze Serien von Materialien für die Textkritik bereitgestellt (vergleiche Dinterweg: Film- und Fernsehsprache, Fachsprache und Gemeinsprache, Sprache und Schicht, Sprache Arbeit-Gesellschaft), auch sind die das alte Lesebuch ersetzenden modernen Arbeitsbücher im Aufbau stark auf textkritisch verfahrenen Unterricht ausgerichtet. Zwar ist Textkritik keine Erfindung der neuesten Didaxe, allein früher beschränkte sich die Textauswahl auf gehebenes Fachschulwissen, kulturphilosophische und literarische Texte, dazu etwas Belletristik und eventuell Reiseberichte. Jetzt offen die Sammlungen aus; der Bogen reicht von der politischen Rede zur Parlamentsdebatte, vom Kochrezept zum Werbeslogan, vom Gesetzestext zur Seitenanzeige, nichts bleibt ausgespart. Selbstverständlich ist gegen Behandlung von Gebrauchstexten im Deutschunterricht prinzipiell nicht das geringste einzuwenden; im Gegenteil. Vergessen darf jedoch nicht werden, daß dem herkömmlich ausgebildeten Deutschlehrer für einen — die Schüler tatsächlich fördernden — Umgang mit dergleichen Texten die Qualifikation fehlt. Überfordert ist der Lehrer weniger, was die formallinguistische Seite als vielmehr, was die inhaltliche betrifft. Kompetenzdefizite treten nämlich nicht bei einfacheren Gebrauchstexten wie Stellenanzeigen und Hausordnungen auf, Schwierigkeiten gibt es aber bereits bei Gebrauchsanweisungen, und sie häufen sich bei juristischen Texten u. ä. Um ganze Arbeit zu leisten, müßte der Deutschlehrer, ob er es wagt, beispielsweise Artikel aus dem RGE (abgedruckt im Arbeitsbuch Lesen Darstellen Begründen 10) durchzunehmen, sich

mit einem Juristen beraten. Die vielfach dem Fach- und Sonder Sprachen zuzurechnenden Textproben machen es nicht selten nötig, Spezialwörterbücher einzuschauen. Wer die Ausstattung unserer Schulbibliotheken kennt, weiß, daß dies ein careabilerbares Ansehen ist. Exakt textkritisches Arbeiten ist unmöglich, der Lehrer liefert gezwungenermaßen durch verfügbare Textstellen hindurch, im Bewußtsein, seinem Fach nicht mehr gewachsen zu sein.

Neue Gebiete: Medienkunde Kommunikationstheorie Semiotik:

Diesen drei traditionellen, in letzter Zeit allerdings stark erweiterten Unterabteilungen des Deutschunterrichts haben sich neue umfassende Wissens- und Sachbereiche angegliedert, nämlich die Medienkunde und das Arbeiten mit Medien (Fernsehen, Presse, Film) sowie der damit verbundene Bereich der Kommunikation und Informationstheorie und schließlich die Lehre vom Zeichen. Was man als Objekt des täglichen Gebrauchs, als Instrument von Information und Unterhaltung zwar kennt, Zeitung und Fernsehen, oder wovon man nur vom Hörensagen weiß, Semiotik, die Namea Barthes, Kristeva, Goldman, das wird in den Schulbüchern des Faches Deutsch bereits als etablierter Lehr- und Lernstoff geführt. Dem Lehrer bleibt nichts übrig, als sich im Selbststudium in die unbekannte Materie einzuarbeiten, mit Hilfe von Handbüchern, die er — aber das versteht sich von selbst — sich kaufen muß. Dieses Studium ist doppelt mühsam, weil das Grundlagenwissen mangelt. Unbefriedigend und dilettantisch sowohl für den Lehrer als auch für die Schüler das Ergebnis solchen Experimentierens. Der Lehrer scheitert zunächst am Vermitteln des von ihm häufig und praxisfern assimilierten Stoffes. Allzu leicht wird nämlich seine Medienkunde zum bloßen Referat; doch Absicht und Zielsetzung der Unterrichtsarbeit über das Pressewesen usw. ist sicherlich nicht, daß man aus Handbüchern Nacherzählungen bastelt. Woran der Lehrer noch scheitert, ist sein Medienverständnis. Darin erzogen, in Bildung Qualität und Wert zu sehen, bringt er z. B. einem neuen, der Unterhaltung und Volksbeachtung stark verpflichteten Medium wie dem Fernsehen Skepsis entgegen; als Fernsehkonsument wird er sich vermutlich nicht bei einer Familienserie langweilen wollen; noch Zeit verschwenden mit Horst Lemboles höherem Berufsreferat. Andererseits sind diese Sendungen bei den Schülern beliebt, während sie die Auflage des Lehrers, einen Film von Werner Herzog anzusehen und sich gar noch darüber Gedanken zu machen, als eine regelrechte Strafe empfinden. Über die ganz neuen Wissensgebiete der Kommunikationstheorie und Semiotik ist zu sagen,

daß ihre Einbindung in die Massen des übrigen Deutschlehrers wohl noch nicht so recht gelungen ist. Was erstere betrifft, so beschränkt man sich auf das Zeichnen von sogenannten Schatzplänen, die, vom Lehrer selbst kaum verstanden, Schülern vermittelt werden, die dem ganzen noch verständnisloser gegenüberstehen. Ebenso beziehungslos und unfunktionell ist die Blöföhrung in die Zeichentheorie, formalistische Übung. Part pour part. Mühe und Zeit kostet den Lehrer die Einarbeitung in die Materie immerhin, von einer Beherrschung strukturalistischer Methoden kann natürlich nur bei einigen wenigen die Rede sein. Trotzdem verfahren die Lehrbuchautoren ottokundig nach dem Prinzip, vieles bringen könne nicht schaden, und packen schwierige Theorien notdürftig veranschaulicht durch dünnes Beispielmateriale in ihre Bücher (vgl. Kiffinger und Lesen, Darstellen, Begreifen).

Sachkunde

Kompetenzmängel und Wissensdefizite treten jedoch noch weit eklatanter im Sachunterricht zutage. Der Deutschlehrer hat nämlich merkwürdigerweise und ohne, daß er je darin ausgebildet wurde, Sachexperte zu sein. So verlangen es die Praxis des Schulaufsatzes, der Klassendiskussion und das neuere Arbeitsbuch (vgl. Lesen Darstellen Begreifen 8 und 9 mit Arbeitsmission über Stadt, Wirtschaft, Arbeitswelt, Ökologie). Die gängigsten Themen, worüber man im Deutschunterricht spricht und Aufsätze verfaßt, sind Drogen, Dritte Welt, Arbeitslosigkeit, Konsumismus, Umweltschutz, Menschenrechte. Der Schüler erwartet vom Lehrer Auskunft, dieser hat nicht nur in einer gesonderten Unterrichtseinheit ein Referat zum Thema zu halten, er muß auch in der Lage sein, Informationen, die der Schüler im Aufsatz oder in der Redeübung bringt, auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Daß der durchschnittliche Deutschlehrer dies schafft, ist reine Illusion, überdies eine Zumutung. Vor einiger Zeit wurde in einem Artikel des Feuilletons der „ZDF“ empfohlen, der Deutschlehrer müge sich, statt schlecht und recht vorbereitete Sachkunde zu vermitteln, doch lieber auf textkritisches Arbeiten beschränken. Gut und recht, wenn es sich nur machen ließe. De facto kommt man um eine erhebliche Menge von Sachwissen nicht umhin. Dazu ein Beispiel: im Sprachbuch 10 des Klettverlages (Ausgabe 1975, Seite 5) ist ein Zeitungsartikel über die Kundgebungen gegen den Bau des Atomkraftwerks Wyhl abgedruckt. Die Absicht des Sprachbuches ist nicht sachlicher Natur, der Artikel soll die Argumentationsweise in Zeitungen illustrieren. Im Unterrichtsgespräch wird man aber ganz zwangsläufig durch das Thema Wyhl auf die heiß umstrittene Kontroverse um die Kernkraft zu reden kommen. Es wäre auch verfehlt, den Gegen-

stand auszusparen. Für den Lehrer als Diskussionsleiter heißt das aber informiert sein und eine Meinung zur Sache haben.

So ungefähr, eher noch weiter gefaßt, sieht das Spektrum des Wissens und Könnens aus, das die Schreibstrategien der Deutschdidaktik für dieses Fach und seine Vermittler, die Deutschlehrer, enthalten haben. Weit davon entfernt, sich Gedanken zu machen über die praktische Realisierbarkeit, bezeichnen sie ihre Entwürfe als unabdingbares Rüstzeug. Daß die Folge dieser geforderten Vielseitigkeit und Wissensbreite Überforderung und Überflächlichkeit sein mußten, beginnt gewissenhafteren Unterrichtsfachleuten derzeit zu dämmern (vgl. die Diskussion um die „professionalität“ der Lehrerschaft in der italienischen Fachpresse).

Didaktik und Metadidaktik

Reflexion und Grundsatzgespräch der Lehrer und ihrer Betreuer, der an den Pädagogischen Akademien tätigen Didaktiker, über das Fach Deutsch, seine Ziele, Absichten, Wirkung usw., so notwendig und richtig sie zunächst waren, haben schließlich zu einer Wucherung der didaktischen Literatur geführt, ja zuletzt eine regelrechte Didaktik der Didaktik, eine Metadidaktik, entstehen lassen. Da wird bücherrweise überlegt, empfohlen, geplant, werden Lernziele in Grob- und Feinziele zergliedert; da wird kumulativ angeordnet, geredet und zeredet bis zur völligen Ausdehnung des Inhalts. Die unheilvolle Tendenz wiederholt sich in den Fortbildungskursen, aus denen man herauskommt mit dem unbestimmten Gefühl, überflutet und zugleich leer zu sein (und dabei hätte man es so nötig, den Kolonialismus und die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu studieren, auch als Beurschlebrer nämlich). Was nicht mit einer Liste von Lernzielen versehen wurde, hat keine Existenzberechtigung mehr im Schulbuch; das geht so weit, daß man übers Studium dieser anspruchsvoll formulierten Listen die eigentliche Arbeit verliert. Das Buch „Die deutsche Schulgrammatik“ von Wolfgang Menzel (FLB Paderborn, 2. Auflage 1974) beispielsweise erörtert in fünf langen Abschnitten „Allgemeine Lernziele, Voraussetzungen, Ziele, Verfahrensweisen, Lernziele einer pädagogischen Grammatik“, um im sechsten und letzten ein praktisches Modell durchzuexerzieren, das aber noch reichlich mit Lernzielen und Hinweisen über Durchfüllungsmöglichkeiten versehen ist.

Die Herren Dozenten von den Pädagogischen Akademien und Hochschulen gleichen nur allzu sehr jenen „Telefongenerellen“ (wie sie Kurt Tschobsky nannte) in der OHL, die für den Weltkriegs Operationspläne entworfen im naive Glauben, sie seien durchführbar.

Josef Perlemaier

Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf in Südtirol

Nachdem es in den letzten Wochen und Monaten zum Problem Sozialpartnerschaft (Modell der österreichischen und deutschen Gewerkschaften) bzw. Wirtschaftsdemokratie (Modell der großen italienischen Gewerkschaften) zu eingehenden Diskussionen in der Südtiroler Öffentlichkeit gekommen ist, haben wir Josef Perlemaier, einen der profiliertesten Südtiroler Gewerkschafter, eingeladen, zu diesem Themenkomplex Stellung zu beziehen.

Es vergeht in Südtirol kaum noch eine Woche, wo sich die Unternehmerverbände, die SVP oder Vertreter der Regierungsparteien nicht besorgt oder zum Teil sogar alarmiert zur sozialen Lage äußern. Christoph Amann rief seinen Kollegen auf der Generalversammlung der Industriellen an: „Es gibt auch in unternehmerischen Kreisen noch Personen, die nicht begreifen haben, daß es fünf Minuten vor zwölf ist, daß Zusammenarbeit aller dazu Willigen nötig ist, um nicht in den Strudel der Ereignisse gezogen zu werden. Wenn einer heute noch nicht die Realität einer Gewerkschaft akzeptiert, lebt er fern vom Weltgeschehen.“

Dr. Magnago gibt es in seinem diesjährigen Bericht zum Haushaltsvorschlag der Landesregierung etwas billiger, vielleicht zu billig. Er meint, es sind „einige kleine Gruppen, die versuchen, den sozialen Unfrieden auch in dieses Land zu tragen.“ Inzwischen versuchen aber gerade seine Leute etwas zu importieren, was zweifellos anderswo entstanden ist, nämlich die Sozialpartnerschaft und ein gutes Maß an

zur die konservativen Kreise und die traditionellen Gegner der Arbeiterbewegung unseres Landes befassten.

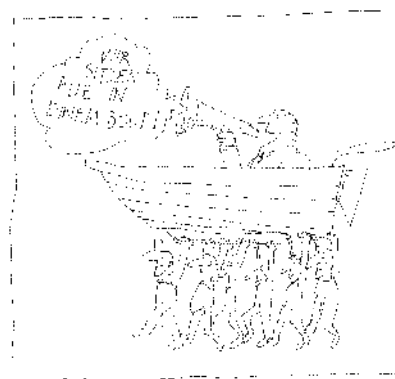
1. Entwicklung der Arbeitskämpfe in Südtirol

Wenn sich die Arbeitskämpfe in Südtirol lange Zeit nur auf die Industriezone in Bozen und einige größere Betriebe im Burygeratenaal beschränkten, so gab es dafür eine Reihe von Ursachen, die weder vom Willen des Arbeiters, noch von dem der Gewerkschaftsführung abhängen. Dem Arbeiter in den Familien- und Kleinbetrieben — und es handelte sich dabei vorwiegend um deutsche und ladinische Arbeiter — standen wenige Mittel zur Verfügung, um einen sozialen Kampf auszufechten.

Ursprünglich durch die größere Konzentration der Arbeiterschaft in den neuen Industriezonen wurde eine gewerkschaftlich organisierte Auseinandersetzung mit der Gegenseite möglich. Wenn wir dabei bedenken, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 10 Jahre in Südtirol gerade durch das Entstehen der Industriezonen in den Tälern und größeren Ortschaften des Landes gekennzeichnet war, so wird klar, daß dieser Umstand auch für das soziale Verhalten der Arbeiterschaft entscheidend ist.

Zur geringen Konzentration der Arbeiterschaft auf dem Lande kam auch das Fehlen einer ausgeprägten Gewerkschaftstradition hinzu. Die Verbindungen zur Tiroler Arbeiterbewegung und ebenso zu den Traditionen der Arbeiterbewegung in Italien waren durch den Faschismus völlig zerstört worden. Wenn man von Südtirol absieht, so gab es unter der Südtiroler Bevölkerung kaum noch gewerkschaftlich oder politisch erfahrene Arbeiter, die gleich nach dem Zweiten Weltkrieg eine schlagkräftige Gewerkschaftsorganisation hätten aufbauen können, ohne auf den Fehler zu verfallen, in anderen Regionen Italiens gemachte Erfahrungen mechanisch auf Südtirol zu übertragen und dadurch unter der italienischen Volksgruppe allein und isoliert zu bleiben.

Die Südtiroler Arbeiterschaft war daher nicht nur von der Beschäftigungsstruktur her, sondern auch wegen



Franz Strauß-Propaganda. E. Baumgartner stellte sich nach wochenlangen Recherchen die Frage, ob in Südtirol die Voraussetzungen für eine Sozialpartnerschaft vorhanden sind. Die Antwort darauf war ein seitenlanger „Dolomiten“-Artikel, der am Vorabend des 1. Mai erschien. Man muß sich daher wohl offen und ohne propagandistische Hintergedanken fragen, was sich in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Landschaft in Südtirol geändert hat. Es genügt wohl nicht, daß sich damit

Ihrer geringen gewerkschaftlichen Organisations nicht in der Lage, den sozialen Frieden in Frage zu stellen, auch wenn sie hundert objektive Gründe dafür gehabt hätte.

Die gewerkschaftliche Schwäche trat zweifellos auch durch die Spaltung zuerst in drei und seit 1964 in vier verschiedenen Organisationen noch weiter in den Vordergrund. Nicht zufällig zerbrach die einheitliche CGIL in Südtirol früher als im übrigen Staatsgebiet. Dr. Alfons Besedniker und andere SVP-Funktionäre spalteten bereits 1948 den SGB vom allgemeinen Gewerkschaftsbund ab und machten daraus ein Jahr später den SGB/CISL, nachdem sich auch ein Teil der italienischen Arbeiterschaft für die Spaltung entschieden hatte. 1964 entstand dann der ASGB als weitere Abspaltung vom SGB/CISL. Die Entstehung der UIL war in Südtirol eine Folge der gesamtstaatlichen Entwicklung.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich der Umstand, daß sich die deutsche und ladinische Bevölkerung in den fünfziger und sechziger Jahren ähnlich verhalten hat wie ein Volk, das gegen eine andere Nation Krieg führt. Es wurde also innerhalb der deutschen und ladinischen Bevölkerung ein sogenannter Burgfrieden unter den sozialen Klassen eingehalten, um gemeinsam (einig im Edelweiß) gegen den italienischen Feind vorzugehen. In einer solchen Situation heßt sich natürlich auch in der Gewerkschaftsbewegung die Karte der ethnischen Trennung gut ausspielen, was zur vollständigen gewerkschaftlichen Schwächung der Südtiroler Arbeiterschaft führte.

In den letzten fünf Jahren hingegen hat sich diese Situation grundlegend verändert. Die objektiven Elemente dafür sind eine größere Konzentration der Arbeiterschaft, die Festigung der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeitern aller Volksgruppen, die Einschärfung des ethnischen Konfliktes und die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Rechte durch das Arbeiterstatut von 1970. Unter diesen objektiven Voraussetzungen fanden Tausende von Südtiroler Arbeitern den Weg zur Gewerkschaft, die sie nicht mehr als etwas Fremdes betrachten oder als eine Institution an die man sich wenden kann, wenn man mit dem Chef einen persönlichen Streitfall austragen hat, sondern als eine echte Arbeiterorganisation, deren Aufgabebereich weit über den individuellen Bereich hinausgeht und fast alle Fragen erfaßt, die einen Arbeiter oder Angestellten betreffen.

So hat sich die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren unter den Arbeitern und Angestellten aller Volksgruppen organisatorisch festigen können. Auch die deutschen und ladinischen Arbeiter verfügen heute über eine gewerkschaftliche Erfahrung, die nicht mehr so ohne weiteres ausgelöscht werden kann, obwohl es manche Kreise gerne täten. In diesen Jah-

ren wurden auch Hunderte von Betriebsräten, Gewerkschaftsdelegierten, Vorstandsmitgliedern und vollzeittätigen Funktionären herangebildet.

Es handelte sich dabei nicht so sehr um die sogenannte „Schulung“ von Gewerkschaftskadern, als vielmehr um die Übernahme von gewerkschaftlicher Verantwortung durch die Arbeiter selbst, die in ihrer Lage eine Gewerkschaft brauchen. Die beste Schulung für die Betriebsräte und Gewerkschafter waren gerade die sozialen Auseinandersetzungen dieser Jahre.

Die Heranbildung einer neuen Führungsschicht in der Gewerkschaftsbewegung Südtirols darf nicht unterschätzt werden, auch wenn man festhalten muß, daß eine solche Führungsschicht wahrscheinlich gar nicht entstanden wäre, oder kaum Erfolge erzielen können, wenn sich nicht gleichzeitig die objektiven Verhältnisse im Lande geändert hätten.

Die konservativen Kreise im Lande haben das gewerkschaftliche Erwachen der Südtiroler Arbeiter lange Zeit nicht erfaßt und daher kaum ernst genommen. Diese Kreise glaubten, alles wieder in Ordnung gebracht zu haben, wenn sie von Zeit zu Zeit eine rabiate Glosse gegen die „Linken“ abfeuerten, gegen die „italienischen Gewerkschaften“ polarisierten und den einen oder anderen einen „läuzlichen Idioten“ nannten.

Heute wird hingegen Alarm geschlagen, von „fünf Minuten vor Zwölf“ gesprochen und in einer abgekürzten CSU-Meisterredner-Manier gegen Gewerkschaften, linke Lehrer und das Südtiroler Kulturzentrum gehetzt. Das ist in der Substanz dasselbe wie früher, nur etwas dicker aufgetragen. Das Neue in der Strategie der Konservativen ist hingegen das positive Angebot von Alternativen für die Arbeiterschaft: die Erhaltung des sozialen Friedens, die Sozialpartnerschaft und in organisatorischer Hinsicht die „Arbeitnehmer in der SVP“, die „deutsche Gewerkschaft“ und eine „modernere Unternehmenskraft“, während man die Einrichtungen älteren Datums wie den Sozialausschuß in der SVP und den KVV eher in den Hintergrund zu stellen versucht. Während die maßlose Strauß-Propaganda die Fronten verhärtet und die Arbeiterschaft immer mehr und einen beträchtlichen Teil definitiv von der SVP entfernt, ist die neue Strategie des „sozialen Friedens“ sicherlich politisch klüger und daher auch für den Arbeiter verträglicher, weil Gegensätze überspielt und Lösungsvorschläge angeboten werden, die auf Anhieb mit der laienmäßigen Mentalität übereinstimmen und Vorteile versprechen.

2. Gewerkschaftsbewegung und politische Lage

Die Alarmstimmung unter den Unternehmern und in den wohlhabenden

Kreisen wird nicht zuletzt durch die Entwicklung der politischen Lage in Italien hervorgerufen. Wären auf der einen Seite die mächtigen Arbeitskämpfe dieser Jahre ein Fanal für die Arbeiterschaft aller Berufswege und daher auch Ursache für eine Veränderung des politischen Gleichgewichts, das sich immer weiter nach links verlagerte, so waren sie unter den privilegierten Schichten ein Anlaß zur Vernäherung der Positionen. Dies umso mehr, als sich auch ein Teil des Mittelstandes immer weiter nach links bewegt und offenbar den Kampf der Arbeiterschaft als berechtigt und zielführend ansieht.

Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung hat diesen Prozeß offensichtlich gefördert, auch wenn die Gewerkschaften überparteilich sind und eine durchaus selbständige Position in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einnehmen. Wollte diese Position aber gerade von den Arbeiterinteressen bestimmt werden, liegen sie normalerweise in der Nähe jener Konzepte, die von den Linken verfochten werden. Daher wäre es verlogen, wollte man diesen Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsaktion und Politik der Linken in Italien und daher auch in Südtirol leugnen. Dazu muß auch gesagt werden, daß die einheitliche Gewerkschaftsbewegung bei den Lohnkämpfen und Auseinandersetzungen in den Betrieben eine durchaus positive Bilanz aufzuweisen hat. Es ist aber auch jedem Gewerkschaftsaktivisten klar, daß Erfolge auf diesem Gebiet allein nicht reichen, um die Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensverhältnisse zu verbessern. Um aus der schwerwiegenden Krise herauszukommen, müssen ganz andere Wege beschritten werden, die in den Forderungen nach sozialen Reformen angeklungen sind. Aber gerade auf diesem Gebiet blieb die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren eher erfolglos. Und es scheint klar zu sein, daß diese Probleme nicht gelöst werden können, wenn sich das politische Kräfteverhältnis nicht weiter zum Vorteil der arbeitenden Menschen verändert. Daher muß die Gewerkschaftsbewegung jederzeit die Rechnung mit der politischen Lage machen.

Das bringt besonders dem ASGB/CGIL den Vorwurf der Südtiroler Unternehmer und Konservativen ein, zu die Kommunistische Partei gebunden zu sein. Der Vorwurf geht von einer falschen Sicht der Dinge aus und trifft nicht die nötige Unterscheidung zwischen einer Partei und einer Gewerkschaftsorganisation. Beides sind vollständig selbständige soziale und politische Erscheinungen. Daß sie in ihren Interessen oft übereinstimmen und aus verschiedenen Positionen heraus ähnliche Ziele anstreben, sagt noch lange nicht aus, daß eine Organisation von der anderen abhängig oder an sie gebunden ist. Wollte man dieselbe Oberflächlichkeit an den Tag legen, könnte

man ebensogut sagen. Der Industriellenverband ist an die rechte DC und die SVP gebunden.

3. Warum Wirtschaftsdemokratie?

Wenn die Gewerkschaftsbewegung in selbstkritischer Weise feststellen muß, daß gerade die sozialen Reformen auf der Strecke geblieben sind, während die Erfolge des Lohnkampfes wieder das zentrale Angriffsziel der Unternehmer und Regierungskräfte ist, so erhält die Forderung nach einer echten Wirtschaftsdemokratie eine besondere Bedeutung.

Als in den Kongresthemen des AGB/COE zum ersten Mal von der Wirtschaftsdemokratie die Rede war, wurde zu Recht bemerkt, daß dieser Begriff näher geklärt werden müsse. Es geht dabei inhaltlich nicht um eine „neue Linie“ oder um einen „Kühler“ wie E. Baumgartner meint, sondern um die konsequente Fortentwicklung einer Gewerkschaftsstrategie, die bereits vor Jahren Inhalt der Arbeitskämpfe war. Es soll dabei vor allen Dingen auf zwei Ebenen eine größere Beteiligung der Arbeiterschaft an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen durchgesetzt werden. Die erste Ebene ist die der territorialen Wirtschaftsprogrammierung. Gerade dieser Aspekt ist für Südtirol besonders wichtig, weil die Südtiroler Landesregierung über große gesetzgeberische und wirtschaftliche Mittel verfügt, um die Entwicklung in Südtirol zu bestimmen. Denken wir an die Erschließung der neuen Industriezone, an die Krediterleichterungen für Industriemittelnehmer, an die Förderungsmittel für den Fremdenverkehr und die Landwirtschaft, an die Ausgabe für den sozialen Wohnungsbau und an die Verwendung der 38,4 Milliarden für die Umstrukturierung und Förderung der Industrie in Südtirol. Wenn diese enormen Geldmittel nicht nur eine Stütze für die Industrieunternehmen darstellen sollen, sondern auch eine Garantie für die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Stellen bringen sollen, dann wird es zweckdienlich sein, daß nicht nur die konservativen Regierungskräfte allein über diese Mittel entscheiden, sondern auch die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zum Tragen kommen. Und das geeignete Instrument der Arbeiter aller Volksgruppen, diese Forderungen an die Landesregierung heranzutragen ist eben die Gewerkschaftsbewegung.

Die zweite Ebene der Durchführung der Wirtschaftsdemokratie ist der Betrieb. Hier gibt es bereits gute Ansätze in den neuen Kollektivverträgen, wo Informations- und Kontrollrechte für die Arbeiter festgesetzt sind. Es geht im wesentlichen um das Recht auf eine vorzeitige Information über Investitionsvorhaben, Umstrukturierungen und alle übrigen Entscheidungen, die sich auf das Arbeitsverhältnis und die Sicherheit der Arbeitsplätze auswirken.

Ebenso erhält die Arbeiterschaft durch die neuen Kollektivverträge ein Kontrollrecht über diese Fragen. Dadurch wird vermieden, daß ganze Belegschaften von heute auf morgen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Diese Rechte reichen aber nicht aus, um auf den Entscheidungsprozeß im Betrieb direkten Einfluß zu nehmen, wie das Beispiel der Baumwollspinnerei in Bozen zeigt. Man könnte sich vorstellen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht nur ein Informations- und Kontrollrecht ausüben möchte, sondern auch auf den Entscheidungsprozeß selbst Einfluß nehmen will.

Der Zweck dieser Demokratisierung ist eindeutig und läuft auf eine größere Beteiligung der Arbeiterschaft an den wirtschaftlichen Entscheidungen hinaus. Über die Instrumente, die der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie dienen sollen, ist eine Diskussion im Gange, die auch auf den bevorstehenden Gewerkschaftskongressen weitergeführt werden soll. Es sind dabei zumindest drei Hypothesen in Erwägung gezogen worden: Gesetzesmaßnahmen, vorzüglich fixierte Verfahrensweisen, die Austragung von Konfliktsituationen.

In ideologischer Hinsicht kann der Begriff der Wirtschaftsdemokratie in die drei führen. In der Tat wird von



rechts her eingewendet, daß es sich dabei um ein reines „Opportunitätsdenken“ handeln könnte, das sich trotzdem die „Verstaatlichung der Produktionsmittel“ zum Ziel setzt und die Privatwirtschaft als den Teufel an die Wand malt (E. Baumgartner, Christoph Amann). Von links wird hingegen mit Skepsis bemerkt, daß es sich um ein ausgesprochen sozialdemokratisches Konzept handelt. Dieser Einwand hat seine Berechtigung, wenn nicht der entscheidende Unterschied zwischen der „Wirtschaftsdemokratie“ der Webernater Republik und dem Begriff, der heute zur Debatte steht, klargelegt wird.

Während auf dem Bundeskongreß des ADGB 1926 in einer Entscheidung behauptet wurde: „Die Demokratisierung

der Wirtschaft führt zum Sozialismus ... nicht als formales Zukunftsziel, sondern als möglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar“, so gibt sich heute wohl niemand der Illusion hin, daß durch die Wirtschaftsdemokratie, von der in den Kongresthemen des AGB/COE die Rede ist, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung revolutioniert werden kann. Im Gegenteil, man ist sich im klaren darüber, daß die Demokratisierung der Wirtschaft innerhalb des bestehenden Systems einen Fortschritt darstellen kann, im übrigen aber weder die Rolle des Privatunternehmers, noch die freie Marktwirtschaft in Frage stellen kann und will. Es handelt sich daher wohl nicht um eine sozialdemokratische Illusion, sondern um eine realisierbare fortschrittliche Forderung, die zur Ausdehnung der Arbeiterrechte beitragen kann.

4. Die Propagandisten der Sozialpartnerschaft

Durch das Anwachsen der sozialen Auseinandersetzungen werden die herrschenden Kreise in Südtirol gezwungen, ihren Herrschaftsstil zu ändern und die bisherige Strategie den Arbeitern und Angestellten gegenüber zu revidieren. Geht es bis vor wenigen Jahren eine mehr oder weniger grobe antikomunistische Propaganda, um das Gespenst einer militanten Arbeiterschaft zu bannen, so genügt das heute offensichtlich nicht mehr.

Es werden daher Alternativen zum Klassenkampf angeboten und Organisationen gebildet, die den Arbeiter mit einigen Zugeständnissen bei der Stange halten sollen. Zu den zweifellos bedeutendsten Instrumenten dieser Strategie gehören die Propagandisten der Sozialpartnerschaft. Obwohl man sich der Schwierigkeiten bewußt ist, auf die ein so abstrakt gehaltenes Modell stößt, das überdies nach Importware stinkt, die man sich in Ermangelung eines eigenen Konzeptes hergeholt hat, werden die Unternehmer, der Landeshauptmann, die Tageszeitung „Dolomiten“ und schließlich auch die kleineren bürgerlichen Organisationen nicht müde, nach diesem Rettungsraffern Sozialpartnerschaft zu rufen. Die Vorstellungen über eine solche Partnerschaft sind noch mehr als kontus. Ihre Befürworter berufen sich bald auf Österreich, bald auf die BRD (Christoph Amann) ohne erklären zu können, was man in unserer Realität wirklich kann oder will.

Dann springt man wieder auf Elemente über, die in unserer Gewerkschaftspraxis durchaus verwendet werden (Betriebssekunden, Investitionskontrolle, Einfluß auf die Wirtschaftsprogrammierung) und gibt sie als Grundfehler für die Sozialpartnerschaft aus (E. Baumgartner). Worin sich schließlich alle bürgerlichen Kreise einig sind, ist das Ziel: die Umhal-

lung des sozialen Friedens, der offensichtlich bedroht ist.

Und darin offenbart sich das Dilemma unserer Herren. War der soziale Friede früher gesichert, weil die sozial schwächere Klasse kaum die Möglichkeit hatte, ihre Lage in Frage zu stellen und einen Konflikt auszutragen, so hat sie heute die Mittel in der Hand, um dies zu tun. Und es bleibt dem Bürgertum kaum etwas anderes übrig, als ihren kampffähig gewordenen „Partner“ zu beschwichtigen, von der Waffe nicht Gebrauch zu machen und im „Interesse aller (Herren)“ nicht den „sozialen Unfrieden“ in dieses Land zu tragen.

Man tut dabei so, als ob es ein intellektueller Spaß wäre, soziale Konflikte auszutragen. Unsere Herren „Sozialpartner“ wollen sich auch nicht eingestehen, daß solche Konflikte niemals mutwillig vom Zaun gebrochen werden, sondern ihren Ursprung in den sozialen Ungerechtigkeiten, Widersprüchen und Diskriminierungen haben, die für unsere Gesellschaft typisch sind! Wer in einer solchen Lage den sozialen Frieden predigt, ohne diese Ungerechtigkeiten und Widersprüche aufzuheben zu können oder auch nur zu wollen, macht ganz offen das Spiel des Stärkeren.

Es hilft dabei auch wenig, wenn an den Unternehmer appelliert wird, modern zu sein, dem Arbeiter entgegenzukommen und einige Zugeständnisse zu machen. Am deutlichsten bringen diese Haltung Dr. Christoph Amann und Dr. Sylvius Magnago zum Ausdruck. Das ist eine Haltung, die für die soziale und politische Stellung dieser Exponenten verständlich ist. Der tatsächlichen sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten werden sie aber beide nicht gerecht.

5. Nationalismus gegen Einheit der Arbeiterklasse

Wenn wir bedenken, daß der Nationalismus unter der Arbeiterschaft verheerende Folgen haben kann — man denke an die nationalistische Agitation, die zum Faschismus geführt hat — so müssen wir mit Empörung mit ansehen, wie diese Waffe in Südtirol nicht nur von der SVP, sondern auch von der DC und sogar von einigen linken Randgruppen skrupellos benützt wird, abgesehen von ausgesprochen faschistischen Elementen, die zum Glück kaum noch eine Rolle spielen.

Einen zweifellos nationalistischen Anstrich hat auch die Propaganda von der „deutschen Gewerkschaft“, die vorwiegend von den „Arbeitnehmern in der SVP“ betrieben wird. Man geht dabei von der berechtigten Forderung aus, daß die Südtiroler Arbeiter eine schlagkräftige Gewerkschaft brauchen. Sie sehen eine solche Gewerkschaft aber als Gegenpol zu den überethnisch organisierten großen Gewerkschaften. Damit strebt man in der Gewerkschaftsbewegung nicht die Einheit, son-

dern die ethnische Trennung an. Das ist für den Südtiroler Arbeiter doppelt gefehlt. Einmal wird seine Vertragsmacht eingeschränkt und gleichzeitig wird er gegen die Arbeiter der anderen Volksgruppe ausgespielt. Er kämpft dann nicht um seine sozialen Rechte, sondern gegen die Arbeiter der anderen Volksgruppe, also gegen die eigene Klasse. Zum Glück hört die Arbeiterschaft in Südtirol immer weniger auf die nationalistischen Trommler über die Gefahr, daß diese Tendenz wieder umkehrt, ist ständig vorhanden.

Die Logik der ethnischen Trennung hat auch bei der Verabschiedung der Paktnorm über die „ethnische Gewerkschaft“ den Vorrang erhalten, während die Herren über die ethnischen Grenzen hinweg bestens kollaborieren.

Man spricht bei dieser Norm fälschlicherweise von der rechtlichen Gleichstellung der ASGB. In Wirklichkeit wird er durch diese Norm noch mehr diskriminiert als er es bisher war. Er wird nämlich mit einem doppelten Strick an die SVP und an die Landesregierung gebunden. Denn nur solange er im Sinne der SVP eine ethnische Gewerkschaft ist, garantiert ihm die Paktnorm einige grundlegende Rechte, die die anderen Gewerkschaften bereits besitzen. Er wird durch diese Norm aber nicht zu einem gleichberechtigten Verhandlungspartner bei den Kollektivvertragsabschlüssen. Auch das wird von der SVP entweder in Unkenntnis der Sachlage oder zu reinen Propagandazwecken auf den Kopf gestellt. Schließlich hängt es vom Landesaussschuß ab, ob er den ASGB als die bedeutendste „ethnische Gewerkschaft“ in Südtirol anerkennt. Dadurch wird die Bindung des ASGB an die SVP und den Landesaussschuß rechtlich verankert. In einer solchen Lage wird sich der ASGB wohl hüten müssen, mit seinen politischen Partnern in Konflikt zu geraten.

6. Blindwütiger Antikommunismus

Die veränderte politische und soziale Lage bringt die konservativen Kreise in Südtirol soweit in Verwirrung, daß sie hoffen, durch einen blindwütigen Antikommunismus wieder die alten Verhältnisse herstellen zu können. Sie sind dabei auch nicht in der Lage, sich mit der konkreten kommunistischen Politik in unserem Lande auseinanderzusetzen, sondern nehmen zu einem hundesdeutschen Propaganda-Abwasch Zuflucht, der seit Jahrzehnten von Stacheldraht, Selbstschußanlagen an der Grenze, DDR, Frontierfahrungen und „Rußland“ lebt. Das ist eine sehr stupide Art vor jenen Problemen auszuweichen, die auch den biedersten Tiroler zum Kommunisten machen. Diese Art, sich mit der neuen sozialen und politischen Wirklichkeit in Südtirol auseinanderzusetzen ist zweifellos gefährlich und geeignet, breite Bevölkerungsschichten zu verheizen und in Alarmstimmung zu treiben. Die Folgen sind

dann bekannt: Schlägereien, Mordanschläge gegen Gewerkschafter und kriminelle Gewalttätigkeit. Man muß sich fragen, ob die Urheber dieser Hetzkampagne auch bereit sind, deren Folgen zu verantworten. Diesen Angriffen am meisten ausgesetzt sind gegenwärtig die Gewerkschaften, die linken Lehrer und das Südtiroler Kulturzentrum. Unsere beste Verteidigung ist dabei sicherlich eine enge Verbindung mit der arbeitenden Bevölkerung und eine sachliche Bewältigung der offenen Probleme.

7. Die Auseinandersetzung wird auch in Südtirol vielschichtiger und komplizierter

Gerade der konzentrische Angriff auf Gewerkschaften, Lehrer und Kulturschaffende macht deutlich, daß die Auseinandersetzungen auch in Südtirol längst über den einfachen Lohnkampf der Arbeiter hinausgegangen sind und vielschichtiger und komplizierter werden.

Die neue wirtschaftliche und soziale Lage und auch die in Südtirol entwickelten sozialen Kämpfe der Arbeiter, der Studenten und Lehrer haben sich auf die kulturelle Lage nachhaltig ausgewirkt. Die Jugend steht nicht nur in der Schule, sondern auch in der Gesellschaft vor großen Problemen. Man denke an die Jugendarbeitslosigkeit (900 arbeitslose Jugendliche in Südtirol — ungefähr 1.000.000 in Italien), an die geringen Berufsaussichten und an die Erschütterung der bisherigen Wertvorstellungen. Schließlich hat die enorme wirtschaftliche, soziale und politische Krise nicht in Salurn haligemacht, sondern erfaßt auch unser Land in bedenklichem Ausmaße. In einer solchen Lage müßten platte Propaganda und unbegründete Alarmrufe wenig. Es muß vielmehr der Ernst der Lage erkannt und nüchtern und sachlich nach Lösungen gesucht werden.

8. Soziale Konflikte austragen und nicht verschleiern

Nüchtern und sachlich nach Lösungen sucht aber nicht nur derjenige, der den sozial Schwächeren beschwichtigt, sich mit seiner Lage in Ruhe und Frieden abzufinden, sondern wohl eher derjenige, der die Widersprüche in unserer Gesellschaft klar erkennt und die daraus hervorgehenden sozialen Konflikte austragen hilft. Denn diese Konflikte dürfen weder unterdrückt noch verschleiern werden, wenn man eine gerechtere Gesellschaft anstrebt. Den Gewerkschaften wird in erster Linie vorgeworfen, den sozialen Frieden zu stören und Klassenkampf zu betreiben. Eine echte Gewerkschaft wird sich über diesen Vorwurf nicht allzusehr ärgern. Denn es gehört ja zu ihren Hauptaufgaben, soziale Kämpfe der Arbeiterschaft zu leiten und zum Erfolg zu führen.

Berufsverbote in der BRD – linke Demagogie oder rechte Praxis?

*„Liberty dies by inches“
(Englisches Sprichwort)*

Ein Gespenst geht um in Deutschland: das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des heutigen Deutschland haben sich zu einer heiligen Heiligschlacht gegen dies Gespenst verbündet – so abgewandelt beschrieben die ersten Zeilen des kommunistischen Manifests von 1848 genau die Radikalenpsychose in der freiheitlich-sozialen BRD von 1977. Und nicht etwa ein – von vorneherein suspekter – Marxist und „Systemveränderer“ ist es, der dies als „irrationaler Hexenangst“ bezeichnet, sondern ein Mann, dessen moralische Autorität historische Dimension besitzt – wie die Ironie es will, ein Professor der Theologie: die Rede ist von Helmut Gollwitzer.

Daran allein wird deutlich, wie breit die gesellschaftliche Basis des Widerstandes gegen eine immer selbstherrlicher sich gebärdende Bürokratenideologie des Kadavergehorsams bereits geworden ist. In der Tat werden in zunehmendem Maße selbst ursprüngliche Befürworter des Radikalenklassengesichts seiner immanenten Dynamik zu hilflosen Zauberlehrlingen, reihen sich ein in die Front der Berufsverbotsgegner. Unleugbar, daß in nachgerade klassischer historischer Dialektik zunehmende Repression die immer undemokratischer werdende Praxis auch einen Fortschritt der demokratischen Bewegung bewirkt. Ebenso klassisch aber auch, daß die sich selbstständigende Berufsverbotsbürokratie den Radikalenklassen zum einen immer schärfer, zum anderen angesichts des Widerstandes auch immer „radikaler“ handhabt. Jeder, der heute an einer deutschen Hochschule studiert, wird mindestens indirekt zum Opfer dieser Praktiken. Dies verpflichtet nicht nur den deutschen Intellektuellen – wenn anders er den Anspruch auf Mündigkeit und Emanzipation nicht preisgeben will – zur ständigen Artikulation seines Standpunktes, sondern, wie sich zeigen wird, auch die internationale Öffentlichkeit zur Stellungnahme.

Die Zahl dieser Stellungnahmen, der Dokumentationen zur Praxis der sogenannten Berufsverbote in der BRD ist Legion. Von simpler Demagogie und Polemik reicht die Skala über statistische Dokumentationen und Fallstudien bis hin zu detaillierten verfassungsrechtlichen und allgemein juristischen Analysen. Wie so oft allerdings, hätte auch hier weniger mehr sein können. Verfaßt wurde, aus der erlittenen Praxis der Obrigkeit und der eigenen des aktiven Widerstandes eine verteilte theoretische Durchdringung der Phänomene, eine fundierte Analyse der

sozialen, politischen und ökonomischen Zusammenhänge abzuleiten. Stattdessen hören nun schon Jahrelang immer die gleichen, nur auf den neuesten Stand gebrachten Dokumentationen und Statistiken wieder, beschränkt sich Theorie auf eine obsoleete, weil schematisch angewandte Klassenkampf-begrifflichkeit. Zwar trivial, aber scheinbar vergessen, daß ein Kampf auch in immer verbesserter Erkenntnis des Bekämpften besteht, vergessen die immer noch unabhängige Notwendigkeit einer dialektischen Durchdringung von Theorie und Praxis.

Darauf an diesem Ort und in gebotener Kürze einen Beitrag leisten zu wollen wäre vermessen; überflüssig aber wäre es, die so schon zu große Zahl der Polemiken und Dokumentationen um eine weitere zu vermehren. Meine Absicht geht auf eine Art von kritischer Synthese, die unter besonderer Berücksichtigung der Situation an den Universitäten, auf der einen Seite versucht, die Gesamtheit des Phänomens in den wesentlichen Zügen zu beschreiben, auf der anderen Bruchstellen anzudeuten, Anknüpfungspunkte, wo eine weitere, fundiertere Analyse der Praxis der Radikalenklassen ihren Stellenwert im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zuweisen könnte (und damit wahrscheinlich ihre übernationale Bedeutung aufwies).

Jede Auseinandersetzung mit dem Radikalenklassen beginnt mitten im Feld der Polemik, d. h. im Kontext einer informierten Ignoranz. Zwingend daher die Forderung einer Rekonstruktion der heutigen Lage im historischen und systematischen Zusammenhang.

Die rechtlich-politische Situation oder:

Vom Verfassungsstaat zum Verfassungsschutzstaat

Für eine wirklich systematische Darstellung der gegenwärtigen Situation ist dieser Rahmen zu eng. Ich will versuchen, einen gedrängten Überblick anhand der wichtigsten Charakteristika so zu strukturieren, daß zumindest die Umrisslinien der politischen, sozialen und juristischen Lage sichtbar werden, die durch den Radikalenklassen entstanden ist; daß, um es deutlicher zu sagen, die Methode des Wahnsinns erkennbar werde.

1. Die Überprüfungen der Bewerber für den öffentlichen Dienst

Der Ministerpräsidentenerlaß von 1972 zielt darauf ab festzustellen, ob die Beschäftigten des öffentlichen Dien-

stes „die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten“, sich „aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einsetzen“. Wenn man weiß, daß 20% der bundesdeutschen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, kann man ermessen, was für eine Aufgabe damit gestellt ist. Wie gut sie gelöst wurde, zeigt die Tatsache von ca. 700.000 Überprüfungen von Bewerbern seit 1972. Man muß sich aber vorstellen, was das heißt: jeder, der heute in der BRD z. B. eine Universität besucht, muß damit rechnen, daß irgendwo eine Kartei existiert, in der irgendwelche Belanglosigkeiten zu seiner Person registriert sind – Belanglosigkeiten allerdings, die unter Umständen über seine berufliche Existenz entscheiden.

2. Das Spitzeharwesen

Eine so umfassende Überprüfungspraxis und die Akribie, mit der „Erkenntnisse“ gesammelt werden, sind natürlich nicht denkbar ohne entsprechenden Behördenapparat. In der Tat wurden in den letzten Jahren der Personalstand der Verfassungsschutzrichtungen, wie überhaupt das gesamte sogenannte Instrumentarium der sogenannten Inneren Sicherheit, unverhältnismäßig stark ausgebaut. Leider gibt es dazu keine offiziellen Zahlenangaben. Die Dimension dieses Ausbaus immerhin ergibt sich aus den Ausgaben des damaligen Innenministers Genscher vom April 1974. Danach erhöhte sich der Personalstand des Bundeskriminalamtes von 1969 = 933 Stellen auf 1974 = 2212 Stellen, während im gleichen Zeitraum das Budget von 22,4 Millionen DM auf 128 Millionen DM kletterte. Weiter heißt es dann: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz zeigt eine ähnliche Entwicklung.“ – Das Bundesland Baden-Württemberg hat für den Ausbau von Polizei und Verfassungsschutz zwischen 1974 und 1977/78 1 Milliarde DM veranschlagt.

Soweit so gut – und mittlerweile gehört der Verfassungsschutz zum Unversitätsalltag: man kennt die Leute mit der Zeit und gewöhnt sich an sie. Besorgniserregender, dagegen, daß Behördenapparate von solcher Größe und Machtfülle notorisch dazu tendieren, sich zu selbständigen. Gehört zu Demokratie konstitutiv die institutionalisierte Kontrolle von Macht, dann liegt hier wenn irgend die Gefahr für die Demokratie, nicht in dem, wogegen Willkür sich richtet: losgelassene Macht folgt allemal ihrer eigenen, perversen Dynamik.

3. Die expansive Tendenz

Diese immanente Logik der Macht und Repression zeigt sich zum einen in der ständigen Ausweitung des Kreises derer, die vom Berufsverbot betroffen werden. Richtet sich der Radikalenklassen ursprünglich in erster Linie gegen

Die DKP und ihr bestehende Organisation, so sind heute unter den Offizieren nicht nur Mitglieder der Regierungspartei SPD, sondern es richtet sich der Verdacht der „Verfassungsfeindlichkeit“ gegen engagierte Christen genauso wie gegen die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner. (Die DFG/VK, gegründet von Berta v. Suttner, ist die traditionsreichste Friedensorganisation in der BRD. Ihr gegenwärtiger Präsident ist Pastor Niemöller.) — Sie zeigt sich ebenso in einer immer perfekteren Überwachungstechnik: In einem Einstellungsgespräch wurde einem Bewerber vorgehalten, er verkehre in einer „linken“ Stammtische. Und dieses Beispiel ist willkürlich. Womit wir bei der Praxis der sogenannten „Anhörungen“ sind.

4. Die Anhörungen

Tauchen, wie es offiziell heißt, im Verlaufe eines Überprüfungsvorgangs Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers auf, so wird er zu einem „Einstellungsgespräch“ oder einer „Anhörung“ geladen. Ich kann nur jedem raten, so er es in die Hände bekommt, eines dieser Protokolle zu lesen. Dann wird er verstehen, warum das Wort Parze hier das Gegenteil einer Überleitung darstellt. Sehr oft bekommen Fragen und Antworten erst dann einen Sinn, wenn man entweder eine fast unglaubliche Ignoranz der Prüfer annimmt, oder unterstellt, daß das Ergebnis mit einem feststehenden Urteil übereinstimmen muß, und wahrscheinlich gehen in den meisten Fällen beide Faktoren eine unheilige Allianz ein. Der inhaltliche Ablauf der Anhörungen folgt in stereotyper Gleichförmigkeit immer demselben Schema: am Anfang steht die Frage nach der Parteizugehörigkeit. Wird die Antwort darauf unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit der Frage (Entscheid des BVG von 1961) verweigert, so wird diese Position durch — ebenso unzulässige — Fragen von der Art unternommen: „Wie stehen Sie zum Programm der DKP?“, „Diese Haltung wird auch von der DKP vertreten, wie stehen Sie dazu?“. (Man mag dazu stehen, wie man will — die Wahl hat man nur zwischen Teufel und Beelzebub; zum Beleg ein Protokollauszug: Ein Bewerber auf wiederholte Unter-

stellungen der Identität seiner Auffassungen mit dem Programm der DKP: „Hier geht es um meine Verfassungstreue und nicht um die Ziele der DKP. Ich bin nicht Mitglied der DKP, sondern der DFG/VK. Fragen Sie mich hierzu und nach meiner Einstellung zum Grundgesetz.“ Antwort: „Wir verlangen von unseren Lehrern, daß sie die politischen Strömungen kennen. Wie können Sie Schüler zum Grundgesetz erziehen (wie macht man das? — C.A.), wenn Sie nicht über Feinde des Grundgesetzes informieren?“.

Der dritte Fragenbereich beinhaltet Gesinnungsschnüffelerei überlaster Provenienz. Beispiele von Fragen: „Waren Sie in Ostblockländern?“, „Sind Sie in der Gewerkschaft?“, „Waren Sie während Ihres Studiums politisch tätig?“. Prof. Dr. jur. Peter Römer von der Universität Marburg zu diesen Praktiken: „Alles, was einen Inquisitionsprozeß von einem rechtsstaatlichen Verfahren unterscheidet, ist im Anhörungsverfahren vereinigt.“

5. Die juristische Legitimation

Unter solchen Voraussetzungen stellt sich natürlich — wie immer, wenn die Staatsmacht die geltenden Grundrechte faktisch einschränkt — das Legitimationsproblem. Die juristische Legitimation für die rechtswidrige Praxis liefert das Bundesverfassungsgericht durch eine — vorsichtig ausgedrückt — restriktive Auslegung des Grundgesetzes und der Grundrechte. Vorsichtig ausgedrückt, weil selbst konservative Juristen — etwa der Verfassungsrichter a. D. Schollitschek von der CDU — das Urteil, das der 2. Senat des BVG am 22. Mai 1975 in Sachen Radikalerlaß fällte, als eindeutig grundgesetzwidrig in wesentlichen Punkten bezeichneten.

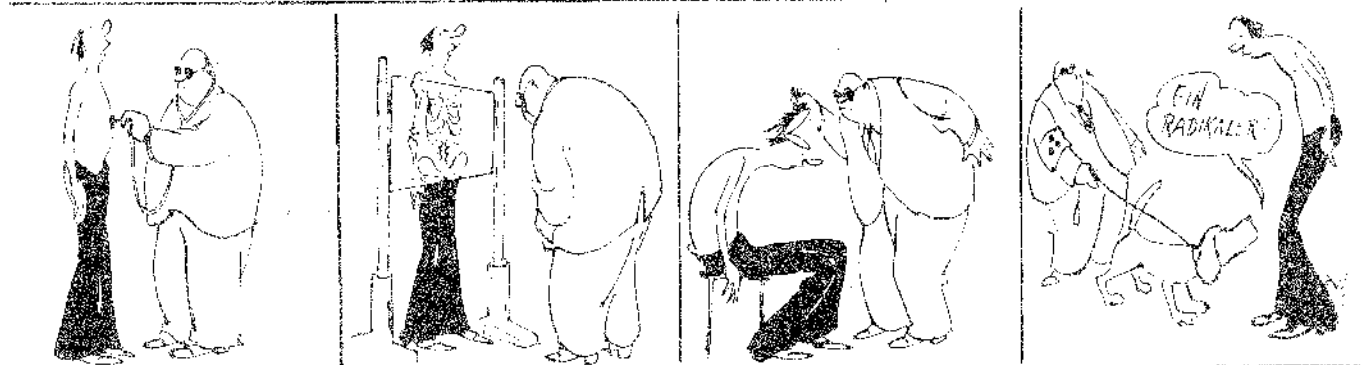
Dieses Urteil lohnt in der Tat eine eingehende Analyse. Es ist ein Paradebeispiel für politisch-ideologisch pervertierte Rechtsprechung, für den erschreckenden Mangel an Demokratieverständnis einer angeblichen juristischen Elite. „Das BVG hat seine im Grundgesetz so stark verankerte Stellung und seine Struktur einst auch deshalb bekommen, weil der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz schuf, um die negative Rolle der „normalen“ Justiz im Weimarer Staat (und um die weitgehende Übernahme der Richter

des Dritten Reiches in die Justiz der inzwischen entstandenen Länder) wußte und ein demokratisches Gegengewicht schaffen wollte.“ (Prof. Wolfgang Abendroth). Aus solch historischer Perspektive hat sich das BVG mit diesem Urteil selbst in Frage gestellt — oder die schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Läßt man das Kleinzeug von juristischen Spitzfindigkeiten weg, so bleiben drei Hauptpunkte, in denen der Spruch des BVG verfassungswidrig ist und deren politische Implikationen für die Zukunft nicht annähernd abschätzbar sind: die Identifikation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit dem konkret existierenden Staat, die Ersetzung des Begriffs der Verfassungswidrigkeit durch „verfassungsfeindlich“ und schließlich — damit verbunden — die faktische Aufhebung des Parteienprivilegs.

Die Identifikation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit dem bestehenden staatlichen Gebilde ist demnach ein Widerspruch in sich, daß sie die Demokratie selbst im Wesen trifft und so das Gericht, was es zu verurteilen vorgibt, konsequent ad absurdum führt. Nach Meinung des Gerichts müßte die Treue zum Grundgesetz „mehr sein als im übrigen uninteressierte, kühle und distanzierte Haltung“, sie erfordert, daß man sich „eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe... angreifen, bekämpfen und diffamieren.“ Dazu Professor Abendroth: „Bekanntlich ist die Regierung ein Staatsorgan. Opposition hat gerade die Aufgabe, sie anzugreifen und zu bekämpfen. Von Opposition hat sich also, wenn Logik noch irgendeinen Sinn haben soll, nach Meinung des zweiten Senates der Beamte zu distanzieren... Wer sie unterstützt, scheidet dann wegen „mangelnder Eignung“ als Anwärter auf Beamtenstellen aus. Ist es ein Wunder, daß es auch der ful, der „uneinsichtig rechthaberisch“ ist? Womit andererseits die Übereinstimmung des zweiten Senats mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ einer parlamentarischen Demokratie, die auf dem Gegeneinander von Regierung und Opposition und auf dem Mehrparteiensystem des Art. 21 GG beruht, wohl genügend belegt ist...“

Ebenso an die politische Substanz geht die faktische Ersetzung von Ver-



fassungswidrigkeit durch „Verfassungswidrigkeit“ ist durch das GG genau geklärt und instrumentalisiert: Verfassungswidrigkeit kann nur vom BVG festgesetzt werden. Ganz anders der vorwahrene Begriff der Verfassungswidrigkeit, der weder in irgendeiner Weise juristisch definiert ist noch im GG überhaupt vorkommt. Das Beste (ist Schlammsteine) allerdings: festzustellen, ob eine Organisation, Partei oder Meinung verfassungswidrig ist, steht letztlich im freien Ermessen der Einstellungsbehörde. Diese kann also nach eigenem Ermessen bis zur Grenze der Willkür entscheiden — zu dieser Formulierung ließ sich Verfassungsrichter Jupp in einem Sondervotum hinreißen. Richter Jupp gehört dem zweiten Senat des BVG an und zeichnet mit für das Urteil verantwortlich. In seinem Sondervotum bezeichnet er allerdings diesen Punkt, in dem er offensichtlich überstimmt wurde, selbst als „verfassungswidrig“.

Es ist dies ein bequemer Weg, exakte und eindeutige Bestimmungen des GG zu umgehen: man ersetzt einen Begriff durch einen anderen, der genauso weit reicht, ohne denselben strengen Kriterien zu unterliegen. Daß man damit gleichsam nebenbei und als ungewünschte Nebenwirkung — als „Reflex“, wie das BVG es nannte — das Parteienprivileg außer Kraft setzt, wird (gerade) in Kauf genommen. (Art. 21 GG: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. (...) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das BVG.“ Entscheidung des BVG von 1961: „Bis zur Entscheidung des BVG kann niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen.“) — Auch hier der bequeme Weg, de facto zu erreichen, was de iure nicht möglich scheint — auf einen knappen Nennzettel gebracht: die DKP ist erlaubt, nur die Mitgliedschaft ist verboten. Daß auch damit noch einmal die Verfassung gebrochen wird, die selbst diesen Fall fast prophetisch vorhergesehen, nur nebenbei; und nur mehr als Kuriosität zum Abschluß noch ein Beispiel, was passiert, wenn das Hohe Gericht sich seiner demokratischen Verpflichtung erinnert: dann fällt ihm zur Meinungsfreiheit ein, daß „das bloße Haben einer Überzeugung... niemals eine Verletzung der Treupflicht“ darstelle, nur das „Äußern und Betätigen“ hat Schranken — womit man sich denn mutig und unzuweilig gegen Diktaturen jeder Art abgegrenzt hat...

Dieses gedrängte Bild zeigt klar genug, wie recht Herbert Wehner hatte, als er eine Woche vor Verabschiedung des Ministerpräsidentenerlasses in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 31.1.1972 warnte: „Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schrittweise zu wölben... Wenn nur noch die Alternative zwischen Unfreiheit und kontingen-

temer Halbe- oder Dreiviertelfreiheit zu bieten hat, der hat in Wirklichkeit schon verloren.“ — Wie weit es bereits gekommen ist, zeigt der Ungeist, in dem die Urteile des höchsten deutschen Gerichts abgefaßt sind. Daß das Gericht, das die Verfassung schützen sollte, sie mehrfach gebrochen hat, ist trauriges Faktum. Erschreckend das Niveau seiner Argumente, erschreckend, wieviel offenerer Unsinn darin steckt. Aber es steckt viel Sinn noch in diesem Unsinn. Sehen wir zu.

Der historische Zusammenhang

oder:

Wer schützt die Verfassung vor ihren Beschützern?

Dürrenmatt hat die These aufgestellt, unserer grotesken Welt sei nur mehr die Komödie gewachsen. Dürrenmatts Komödie kulminiert in der „schlimmstmöglichen Wendung“. Erstaunlich, wie genau die Welt an die Dramaturgie sich hält. In keiner Dramaturgie allerdings steht, wie einer Wirklichkeit, der die Groteske auf den Leib geschrieben steht, zu begegnen sei. Bleiben der Versuch und die Hoffnung, den grotesken Unsinn in historischer Reflexion auf den bitteren Sinn und Hintersinn zu kommen.

Den Radikalenerlaß in eine historische Kontinuität zu stellen, fällt nicht schwer. Schwere schon käme es an, in den letzten 100 Jahren Perioden anzugeben, in denen es in Deutschland kein Berufsverbot gegeben hätte. Der Zeitraum der letzten 100, genauer 99 Jahre ist halb willkürlich, halb bewußt gewählt, weil seit damals Repression ausdrücklich und hauptsächlich gegen Sozialisten respektive Kommunisten sich richtet: 1878 war das Jahr, in dem Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. etc. das berüchtigt-berühmte „Sozialistengesetz“, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erließ; „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.“

Die Botschaft klingt bekannt, und auch der Tonfall wirkt bedrückend zeitgemäß. Von da an auch bleiben er und die noch älteren Praktiken der deutschen Politik erhalten. Aus jüngerer Zeit seien erwähnt das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933, der „Beschluß der Bundesregierung zur politischen Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ von 1950, das erste Strafrechtsänderungsgesetz, auch „Dittzgesetz“ genannt, von 1951 (stellt erstmals nach dem Dritten Reich nicht nur die Tat selbst, sondern schon die Absicht oder politische Überzeugung unter Strafe) und das Verbot der KPD von 1956. Diese trockenen Daten und Fakten jedoch sind Außenlichkeiten, die nur die Oberfläche der Phänomene (die traurig genug aussieht) darbieten. Die historische Analyse allerdings geht

tiefer, geht auf die reale Verknüpfung scheinbar disparater Phänomene, geht vom historischen Faktum auf sein anderes, von der Erscheinung aufs Wesen oder Unwesen. Historische Analyse sucht nach Gesichtspunkten, unter denen die Zufälligkeit der geschichtlichen Ereignisse sinnvoll und verständlich sich ordnen läßt. Unter zwei Gesichtspunkten sei hier der Radikalenerlaß in den historischen Zusammenhang gestellt.

Man könnte einmal die Grundrechte zum Springpunkt einer Analyse des Radikalenerlasses machen. Das Grundgesetz nämlich, das dieser zu verteidigen vorgibt, ist in letzter Instanz nichts anderes als eine Festschreibung, eine Garantie von bestimmten Grundrechten der Staatsbürger. Charakteristisch für die heutige Situation ist es, daß quasi das Verhältnis sich umgedreht hat. Primär und ursprünglich erscheint plötzlich die Grundordnung, der im Notfall (?) auch Grundrechte geopfert werden müßten. Das ist widersinnig, aber auf dieser Folie schon verständlicher.

Sind nämlich Grundrechte wesentlich — wie auch immer vermittelt — doch stets erkämpfte, dann gibt es auch immer eine gesellschaftliche Gruppe, der sie zugesagt ein Dorn im rechten Auge sind, gegen die also Grundrechte verteidigt werden müssen. Eine Art von rechtlicher Garantie ist die geschriebene Verfassung, und pianissimo — man schämt sich fast, es tun zu müssen — sei daran erinnert, wie hart der heute so selbstverständliche Verfassungsstaat erkämpft ward, daß Demokratie keineswegs durch Vernunft und wise Voraussicht der Herrschenden entstand, sondern aus Not und materiellen Bedürfnissen gezeugt, in langen Kämpfen geboren wurde.

Um so mißtrauischer muß es stimmen, wenn die „Inhaber“ (Max Frisch) die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf ihre Fahnen schreiben. Allzubekannt ist die Ideologie und allzu fadenscheinig geworden, als daß sie überzeugen könnte. Sie besteht, wie die Geschichte zeigt, immer wieder darin, daß Grundordnung und Grundrechte auseinandergerissen und in dieser abstrakten Isolation gegeneinander ausgespielt werden. Fast stets läßt Restauration daran sich ausmachen: es durchzieht diese Verkehren alle Ebenen politischer Auseinandersetzung; charakteristisch dafür, wie im letzten bundesdeutschen Wahlkampf die CDU/CSU formal Freiheit mit Sicherheit gleichsetzt und gegen substantielle Freiheit das sozialistische „Experiment“, das stets in Unfreiheit enden müsse, ausgespielt hat.

Unter dem Gesichtspunkt der erkämpften Grundrechte wird auch verständlich, warum in der BRD die Reaktion und Restauration so leichtes Spiel hat. Der deutsche Staatsbürger kam zu „seiner“ Demokratie kaum durch Kämpfe, sehr oft wie die Jungfrau zum Kind. Sie wurde ihm entweder zwar unter dem Eindruck — nicht aber der zwingenden Gewalt — polit-

scher Bewegungen „von oben“ konzediert, oder aber, wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg von außen gleichsam eingepflanzt. Die Folge davon — von Lukács für die Weimarer Republik eindringend analysiert, heute mit Händen zu greifen —, daß dem deutschen Bürger ein haurnahes Verhältnis zu „seinem“ Staat, zu dessen demokratisch-fortschrittlichem Potential, abgeht.

Man sieht, wie unter diesem Gesichtspunkt, in der Perspektive einer antagonistischen Entwicklung, einer Diatrike von Fortschritt und Reaktion die gegenwärtige Entwicklung eine fast schon wieder erschreckende Konsequenz und Folgerichtigkeit annimmt. Sie zieht durchgehend dahin, das Potential möglicher Veränderung abzubauen, bestehende Machtverhältnisse festzuschreiben, bereits konzedierte Freiräume einzuzengen. Überzeugend also m.E. die These und Forderung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei es vorzüglich, die Verfassung zu verteidigen, wie mangelhaft sie auch sein möge; gegen ihre „Beschützer“ ihr demokratisches Potential ins Feld zu führen. Die Verfassung ist nicht, das sagt sie selbst, „identisch“ mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung — sie versteht sich als formaler Rahmen, der mit Substanz zu füllen ist; die Verfassung ist die Forderung zu ihrer eigenen Verwirklichung. Von da aus kann auch der Übergang aus der Defensive in die Offensive durch konkrete Veränderung die langfristige Perspektive bleiben.

Nochmals: die Grundordnung hat die Grundrechte zu garantieren, nicht sind diese nur ein Accidens zu jener.

Der zweite Gesichtspunkt zielt aufs Funktionelle. Im Ergebnis schwingt etwas von historischem Lehrstück ohne Lehre: es will in der Geschichte scheint's gebranntes Kind partout sich brennen.

Dies zur Vorwegnahme; zunächst geht die Frage auf das politische Gewicht des öffentlichen Dienstes bzw. — damit in Zusammenhang, bloß allgemeiner — auf seine Funktion im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang.

Eine erste Vorstellung von seinem politischen Gewicht kann man sich machen, wenn man überlegt, was alles zum öffentlichen Dienst zählt, nämlich in der BRD neben den öffentlichen Verwaltungen nahezu das gesamte Schul- und Bildungssystem, ein Großteil des Gesundheits- und Sozialwesens, die Eisenbahnen, das Post- und Fernmeldewesen, Rundfunk und Fernsehen. Die Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen und des Bildungswesens als Instrumente unmittelbarer Manipulation und ideologischer Reproduktion springt in die Augen. Damit zugleich, daß die Wirkung des Radikalerlasses weit über den öffentlichen Dienst hinausreicht. Politische Willfährigkeit und Willenslosigkeit bedeutet Reproduktion von Deckmäuseren bis in die letzte Faser gesellschaftlichen Seins. Herangezichtet wird — soll werden scheint

man sich fast zu sagen — eine Generation, die den Radikalerlass nicht mehr nötig hat; was die sonst noch alles nicht hat, aber nötig genug hätte, ist nicht auszudenken. Demokratie beginnt bei der Erziehung, z.B. der zur nötigen Zivilcourage — wie soll die vermittelt, wer selbst keine haben darf? Nicht von ungefähr auch, daß das staatliche Rundfunk- und Fernsehmonopol so zäh verteidigt wird: sind doch Rundfunk und Fernsehen usw. usw. — ich will hier keine Eulen nach Athen tragen.

Schon bei oberflächlichster Betrachtung also zeigt sich die politische Tragweite des Radikalerlasses. Diese erstreckt sich aber nicht nur auf die Oberfläche, sondern so tief, wie der öffentliche Dienst ins soziale Gefüge reicht. (Zur Tiefe gehört die Höhe: nur nebenbei bemerkt, daß der öffentliche Dienst „Hauptlieferant“ ist für Politiker bis in die höchste Spitze der Regierung; aber dies sollte nicht unbedingt als Erklärung verstanden werden...). Er — der öffentliche Dienst — bildet einen integrierenden Bestandteil der organisatorischen Struktur, die das Funktionieren des Staates gewährleistet und ermöglicht. Weder der Produktions-

schaft, im Gegenteil Ansporn für marxistische Analyse, ihr bis in die letzte Vermittlichkeit nachzugehen.

Vielleicht erschien der Radikalerlass dann nicht nur als Ausdruck der Krisenhaftigkeit des Systems, sondern auch dessen, daß längst nicht mehr so selbstverständlich der öffentliche Dienst eine Agentur der Herrschaft ist, als daß nicht der demokratische Kampf in ihm selbst hinein getragen werden könnte. Um vieles käme Willkür dann schwerer an. Schwerer jedenfalls als gehabt — da sind wir beim Lehrstück ohne (?) Lehre.

Von der gegenwärtigen BRD als einem faschistischen Staat zu sprechen wäre pure Demagogie und hat genug Argumentationen um ihre Glaubwürdigkeit gebracht. Zum Glück ist's noch ein Stück dahin. Nicht unahn davor kann man, die gegenwärtige Entwicklung zu vergleichen mit dem Vorspiel zum Tschismus, die Auffassung des BVG mit der, die schon einmal die Katastrophe ermöglichen half: gerade um es dahin nicht kommen zu lassen.

Es ist eine historische Tatsache, daß der öffentliche Dienst beim vergleichsweise gewalt- und problemlosen Übergang ins Dritte Reich, zur Willkürherrschaft der Diktatur, eine wesentliche Rolle spielte. Man denke in diesem Zusammenhang nur an Gesetzgebung und Rechtsprechung, die sich in klassischer „Staatstreue“ dem neuen Regime und seinen Forderungen zur Verfügung stellten. Unter dem Deckmantel parteipolitischer Neutralität hatte sich die Beamtenschaft stets gegen Demokratisierung gewehrt, ließ sie sich nun von der faschistischen Diktatur instrumentalisieren. Fünfzehn Jahre Weimarer Republik hatten nicht genügt, den Beamtenapparat zu erneuern, die Frage ist, ob es überhaupt versucht wurde. Stattdessen wurde der des Kaiserreiches übernommen und von der Rechtswissenschaft festgestellt, daß sich die Treue zum König oder Kaiser in die zum abstrakten Staat gewandelt habe. Erwägenswert, ob nicht die Transformation in die abstrakte „Staatstreue“ (anstatt der zum demokratischen Rechtsstaat) eine der gewichtigsten Ursachen auch für die reibungslose Transformation dieses Beamtenapparates in den des dritten Reiches gewesen ist.

Hirnverbraut, wenn nichts Schlimmeres, in diesem Zusammenhang die Argumentation des BVG 1975. Es führt das Berufsbeamtentum auf den aufgeklärten Absolutismus und das preussische Landrecht zurück und argumentiert dann in Übereinstimmung mit der entsprechenden öffentlich-rechtlichen Literatur der konstitutionell-monarchischen und der Weimarer (?) Periode, daß sich die Treue zum König eben in die zum Staat als „abstraktum“ gewandelt habe (sic!). Wolfgang Abendroth nennt das ein „in jeder anderen bürgerlich rechtsstaatlichen Demokratie unvorstellbares Ergebnis“. Die historische Kontinuität, die hier sich konstituiert, ist nicht die, die das Gericht meint,

Beamtentmachung

Beit.: Habitatsenerlass

Die Beamtentmachung wird nach einem darauf hingewiesenen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrerband einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für das Öffnungswesen.

noch der Konsumtions-, noch der Distributionsphäre eindeutig zuzuordnen, wächst doch seine Wichtigkeit für jede von ihnen und für ihre gegenseitigen Vermittlungen direkt proportional zur Komplexität moderner Industriestaaten und ist längst auch nicht mehr durch den Begriff des Überbaus gedeckt. Ich möchte die These wagen, daß die Struktur des öffentlichen Dienstes in zunehmendem Maße mehr von objektiven Notwendigkeiten, z.B. organisatorischer Art, diktiert wird, als etwa unmittelbar von ökonomischen, also Klasseninteressen. Das ist kein Einwand gegen die nach wie vor antagonistische Grundstruktur der Gesell-

sondern eine andere, viel erschreckendere.

Ich glaube, ich brauche nicht zu betonen, daß hier nur Möglichkeiten aufgezeigt werden sollten, wo eine historische Analyse ansetzen könnte. Nicht verschwiegen sei aber auch, daß beide Ansätze nur auf einer relativ tiefen Ebene des Verständnisses führen, absolut genommen aber in die legalistische oder funktionalistische Sackgasse. Meiner Meinung nach erhalten sie ihren wirklichen Stellenwert, ihre wahre Fundierung erst in einer genauen sozio-ökonomischen Analyse, die bis ins Einzelne den Vermittlungen der Phänomene nachzuspüren hätte. An diesem Ort

konnte ich nur Hinweise geben, Diskussionsansätze, Thesen klarwerden sollte, daß der Radikalenerlaß keine isolierte, zufällige Maßnahme ist, die genauso zufällig gerade den öffentlichen Dienst getroffen hat.

Es wird zu sehen sein, wie die Situation, die er geschaffen hat, sich im universitären Leben, in „Forschung und Lehre“ widerspiegelt. Weiterhin bleibt zu erörtern, ob es sich hier um eine Entwicklung handelt, die nur Deutschland betrifft und nur Deutsche angeht, oder ob nicht, wozu dieser Beitrag meine persönliche Meinung vorwegnimmt, internationale Aufmerksamkeit und Solidarität nottun.

Mehrheit für die Weiterführung der Kurse und damit für die Zweisprachigkeit aus. Zu diesem Zeitpunkt begannen sich nun die Fronten zu klären und es kristallisierten sich zwei Modelle für eine Hochschuleinrichtung in Südtirol heraus: kurz das nicht verwirklichte zweisprachig geplante Modell Zelger, das trotz großer Mängel (eine eigenständige Universitätsgründung wurde von vornherein abgelehnt) doch einige fundamentale Prinzipien nicht außer acht gelassen hat:

1. Transparenz der Entscheidungen
2. Mitsprache der verantwortlichen Südtiroler Politiker.

Das Modell Zelger gründete auf die Fortsetzung der Kooperation Padua-Innsbruck. Es wäre auf die Gründung eines Institutes hinausgelaufen, welches einmal das deutsch-italienische Element zusammengebracht und sowohl akademische Grade verliehen hätte als auch in der Erwachsenenbildung tätig geworden wäre. Vor allem aber hätte man im Laufe der Zeit Südtiroler Dozenten Arbeitsplätze bieten können, es wäre vielleicht nicht mehr notwendig gewesen, Forschungsaufträge an ausländische Universitäten zu vergeben. Gelder aus Landes- und Staatsfonds wären zugänglich gewesen, um wichtige Infrastrukturen, Bibliotheken usw., zu errichten. Vor allem aber wäre die Südtiroler Kulturautonomie gewahrt geblieben, man hätte selbst entscheiden können. Und nun zum Gegenmodell des SBZ: Während am kooperationswilligen Modell gearbeitet wurde, begann sich die Opposition dagegen zu formieren. Im April 1971 erschien in den „Dolomiten“ ein Artikel des Innsbrucker Professors Osmund Menghin, der, was jedermann auch sofort merkte, die Meinung jener österreichischen Stellen wiedergab, die sich seit Jahren mit den Angelegenheiten Südtirols befaßten. Der Artikel griff Assessor Zelger, die SH und ihren Vorsitzenden Walter Tappeiner, Hellmuth Ladurner, der beauftragt war, die Bildungsplanung in Südtirol in Zusammenarbeit mit mehreren Forschungsprojekten durchzuführen, an. Weiters den Landesauschuß, der es gewagt hatte, bei der Vergabe von Forschungsaufträgen nicht dem Rat der österreichischen Stellen zu folgen und das ach so linke Erziehungswissenschaftliche Institut der Uni Innsbruck damit zu betrauen. Kurze Zeit vorher, im Frühjahr 1971, erteilte das Unterrichtsministerium in Wien einem gewissen Südtiroler Wirtschaftsinstitut (Geschäftsführer: Dr. Christoph Pan) in Bozen den Auftrag, eine geheime Studie zu erstellen, die dann unter dem sachlich irreführenden Titel „Erwachsenenbildung in Südtirol“ den österreichischen Behörden übergeben wurde. Und da für die Ausarbeitung nur zwei Monate zur Verfügung standen, war es nicht möglich, den Plan noch genauer zu definieren, wie es in der Einführung heißt. Und detailliert geplant

Hans Mayr

Universitätsfrage und Bildungsautonomie

„Wenn die Grande Nation glaubt, ihre Kultur anderen Menschen beibringen zu müssen, dann baut sie in fremden Ländern ein hochoffizielles französisches Kulturinstitut. Wenn der deutsche Geist glaubt, mittelmäßig zu sein, dann baut er ein hochoffizielles deutsches Goethe-Institut. Doch Österreich? Was macht Österreich, wenn es glaubt, die bis 1918 zu ihm gehörenden Südtiroler vor dem für sie so verachtlichen weischen Einfluß schützen zu müssen? Österreich betreibt Geheimdiplomatie und rüchelt mit heimlich über den Brenner geschleusten österreichischen Steuergeldern in Bozen ein Südtiroler Bildungszentrum ein — als privaten Verein“.

Darüber sind wir schon mitten im Thema des Problems der Bildungsautonomie. Doch bevor ich genauer auf die eigenartige Genesis und Geschichte bzw. Geburtsstoffer dieser Expositur der Universität Innsbruck und vor allem auf die „Schilde“, die man dadurch angefertigt hat, eingehe, möchte ich doch einiges klären, was vielleicht in unserer jüngsten Auseinandersetzung mit dem SBZ zu wenig klar zur Lage getreten ist und deshalb zu Fehldeutungen und Fehlinterpretationen Anlaß gegeben hat oder in Zukunft geben könnte. Keineswegs darf unsere Aktion dahingehend verstanden werden, daß wir den Werkstudenten die Möglichkeit verbauen möchten, eine universitäre Ausbildung zu erhalten. Ganz im Gegenteil. Es dürfte satzungsbekannt sein, daß es gerade die SH war und ist, die sich für den Aufbau einer universitären Struktur in Südtirol eingesetzt hat und selbstverständlich dafür eintritt, daß vor allem auch dem Berufstätigen eine universitäre Ausbildung zugestanden werden muß. Doch darf nicht davon abgesehen werden, daß gerade Art und Weise der

Institutionalisierung des Bildungszentrums bzw. die Führung desselben große Mängel und Gefahren in sich birgt und deshalb nicht unwidersprochen hingenommen werden kann. Abgesehen von den inhaltlichen Mängeln, die in den Artikeln und Stellungnahmen von Max Haffner und Eva Köckels-Stangl bereits klar dargelegt wurden (SKOLAST 2/1976), ist die fundamentale Tatsache einfach die, daß durch die Gründung dieses Ablegers der Uni Innsbruck die autonome Entscheidungsfreiheit auf dem Gebiete der Universitätspolitik fahrlässigerweise trotz wiederholter Warnung von Seiten kompetenter Fachleute von den verantwortlichen Politikern unseres Landes aufgegeben wurde.

Daß man durch diese Fehlentscheidung, die eindeutig durch kurz-sichtigen Nationalismus motiviert war, die Lösung des Universitätsproblems nach auswärts abschob, wollte man damals nicht sehen. Dies wird aber noch mit einiger Bitterkeit zur Kenntnis genommen werden müssen. Doch nun der Reihe nach.

Südtirol hat bekannterweise viel zu wenig gut ausgebildete deutschsprachige Mittelschullehrer und Verwaltungsbeamte, so daß man auch heute noch auf Jahre hinaus nicht instande sein wird, die entsprechenden Planstellen zu besetzen. Aus diesen und anderen Gründen versuchte man seit längerem, dem Land eine angemessene Bildungseinrichtung auf Hochschulebene zu geben. Die sogenannten Brixner Suppletorenkurse hatten deutlich gemacht, daß eine Kooperation zwischen einer italienischen und österreichischen Universität funktionieren kann (Padua—Innsbruck). Demzufolge sprach sich die Landesschulkommission im Mai 1971 mit überwältigender

wurde: das Südtiroler Bildungszentrum. Man kann nur staunend feststellen: eine hübsch konzentrierte Aktion zwischen Wiener und Innsbrucker Ministerbürokratie einigen Innsbrucker Professoren und gewissen erkonservativen Kreisen hier in Südtirol, flankiert von der natürlichen Schützenhilfe der „Dolomiten“. Im Juni 1972 stand noch nicht fest, welches der beiden Projekte sich durchsetzen würde. Doch bald schon sollte sich zeigen, wer an längeren Hebel saß. Die Vertreter des Bildungszentrums glaubten zu wissen, daß die von Zelger angekündigten Kurse nach österreichischem Recht nicht gültig seien und es deshalb kaum zum Vorlesungsbetrieb kommen könne. Das Bildungszentrum hingegen nahm am 5. Oktober 1972 seinen Vorlesungsbetrieb auf, Zelger mußte zweimal verschieben und hat bis heute verschoben. Auch ein Brief von Magogo an Bundeskanzler Kreisky, in dem auf die Realisierung beider Modelle gedrängt wurde, zeitigte keine Wirkung. Gebandelt wurde nach dem Motto: wer zahlt schafft an. Daß bei der Vergabe der finanziellen Mittel von seiten Österreichs jene Initiativen unterstützt werden, die mit der kulturpolitischen Linie der Frau Hofrat Stadlmayer und des ehemaligen Setzbüschers Rieger konform gehen, kann am Beispiel Bildungszentrum eindeutig bewiesen werden. Jedenfalls die SH bekam ihr nicht-konformes Verhalten sofort zu spüren. Von den 60.000 Schilling Subvention 1971 wurde sie 1972 auf 20.000 herabgesetzt. Das nicht kooperationswillige Modell setzte sich durch, wie schon immer in der Geschichte Südtirols wurden auch diesmal Aufgaben von größter kulturpolitischer Tragweite an irgendeinen privaten Verein delegiert, demokratische Transparenz scheint man hierzulande nicht besonders zu schätzen. Denn wenn gegenüber sind denn diese Leute vom SBZ eigentlich verantwortlich? Auf partnerschaftlicher Ebene organisiert, tummeln sich in dieser Organisation Leute der reichsten Kulturszene. Auf was man hinauswill, sagte der Leiter des SBZ, Karl Nicelussi, auf der Abschlussfeier des akademischen Jahres 1972 auf Schloß Runkelstein: „Die Bildungspolitik muß primär nach nationalen Prinzipien ausgerichtet werden. Jetzt und in den nächsten Jahren werden die Weichen für die kulturpolitische Entwicklung in Südtirol gestellt. Die unerwartet gute Beteiligung an den Werkstudentenkursen sind ein neuerliches Bekenntnis der Südtiroler, daß sie sich nach wie vor dem deutschen Sprach- und Kulturraum zugehörig fühlen und die Universität Innsbruck als ihre Landesuniversität betrachten. Sie ziehen diesen schwierigen Bildungsweg einem von verschiedener Seite empfohlenen leichteren vor, der unweigerlich zu einer Mischkultur führen muß.“

Aufgrund dieser aufgezeigten Entwicklung hat sich eine politische Ängstlicher Abkapselung, die die stattfindenden sozialen und intellektuellen Ent-

wicklungen innerhalb der deutschen Sprachgruppe bremst und ignoriert, durchgesetzt und dies schieblich zur Nachteil für alle drei Sprachgruppen in unserem Lande, besonders aber für die Südtiroler selbst. Denn durch Aufgabe der Autonomie auf dem Gebiet der Hochschulpolitik hat man die Lösung dieses Problems gerade dorthin delegiert, wo man es am wenigsten gelöst haben wollte: nach Trient. Wenn die Zeichen der Zeit nicht ganz trügen, dürfte vor allem die bevorstehende Verstaatlichung und der damit verbundene Ausbau der bisher „freien“ Universität Trient die Entwicklung der Universitätsfrage in Südtirol entscheidend beeinflussen. Rektor Prodi hatte bereits vor einigen Jahren ein Modell für eine doppelsprachige Regionaluniversität ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt. Dieses Projekt scheiterte beinahe am Veto der SVP. Mittlerweile ist es nun soweit, daß diese staatliche Regionaluniversität in Trient praktisch ohne Amtspracherrecht der Provinz Bozen errichtet wird. Wie aus den Gesetzesvorschlägen der verschiedenen Parteien hervorgeht, soll es eine Universität mit autonomem Status werden, das heißt, daß man sich zu klären ist, daß diese Universität der besonderen regionalen Situation Rechnung zu tragen hat, daß man sich ihres mitteleuropäischen Standortes bewußt ist und daß man diese Universität vor allem als Brückenfunktion zwischen dem deutschen und dem italienischen Sprachraum sieht, wie es bereits im ersten Modell Prodi vorgesehen war.

Dies würde bedeuten, daß man auf dem verstärkten Ausbau der Bereiche

Deutsche Sprache, Literatur und Geschichte abzielen wird. Hinzukommt der Fachbereich Pädagogik, der für die Lehrerbildung aufgrund der ausstehenden Oberschulreform auf Universitätssebene angeboten werden soll und infolgedessen die zukünftigen Lehrer ein zwei bis dreijähriges Universitätsstudium absolvieren müssen. Diese Ausbildung werden sie schwerlich in Innsbruck absolvieren können, einmal, weil österreichische Studienordnungen eine derartige Ausbildung nicht vorsahen, zum anderen wegen der Anerkennungsfrage. Dies alles ist natürlich auf einen längeren Zeitraum hin angelegt. Uns gegenüber erklärte Rektor Prodi zusätzlich, daß er überzeugt sei, daß in Zukunft in der Beziehung Innsbruck-Padua Trient die Paduaner ersetzen würde. Von vier bis fünf Jahren hätte man mit Trient gemeinsam das regionale Universitätsproblem autonom lösen können. Die Volkspartei sträubte sich vehement dagegen, mit dem Argument, für die Südtiroler könne es nur die Landesuniversität Innsbruck geben. Man hat aber scheinbar vergessen, daß es eine Brenngrenze gibt. Und man muß dafür Lehrgeld bezahlen. Die Ablehnung jeder Diskussion mit dem Hinweis auf die Hegemoniebestrebungen durch Trient haben sich als Bumerang erwiesen und können nicht anders interpretiert werden denn als laisches Verständnis des Autonomiebegriffes, als mangelndes Vertrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Teilnahme und Kontrolle durch die Südtiroler selbst. Auf jeden Fall ist der Zug bereits abgefahren.

Dolomiten und SH-Resolutionen

Zum Thema der Werkstudentenkurse des Südtiroler Bildungszentrums wurde eine außerordentliche Ausschusssitzung der SH einberufen und eine Resolution verabschiedet. Nach eingetragener Diskussion nahmen auch die Ortsgruppen von Wien, Florenz, Bologna und Innsbruck in Resolutionen zu diesem Problem Stellung.

Zu bemerken ist dabei folgendes: Die DOLOMITEN veröffentlichte die Resolution der außerordentlichen Ausschusssitzung nicht und keine der oben genannten Ortsgruppen. Bloß die Resolution von Innsbruck wurde in großer Aufmachung auf Seite 3 in den DOLOMITEN abgedruckt, wahrscheinlich, weil Michel Höner maßgeblich an der Ausarbeitung derselben beteiligt war und seine Gruppe wesentliche Punkte und Forderungen abschwächte.

Wohl polemisierte die DOLOMITEN gegen die SH und druckte freizügig jede Stellungnahme des SBZ und der HGB, die gegen die SH gerichtet war,

ab. Die offizielle SH in Bozen und ein großer Teil der Studentenschaft kann überhaupt nicht zu Wort, wenn man von einem kurzen und verspäteten Leserbrief absieht.

Wieder ein kleines Beispiel für die selektive Berichterstattung der DOLOMITEN.

Im folgenden die Resolution des SH-Ausschusses vom 26.2.1977:

- Ausgehend davon,
- daß die Südtiroler Hochschülerschaft als Vereinigung und Organisation der Südtiroler Universitätsstudenten die Pflicht hat, deren ideale und materielle Interessen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu vertreten;
- daß sich die SH als erste und am konsequentesten der Frage universitärer Strukturen im Lande angenommen und daß sie unter größter Gegenwehr immer aufrecht auf deren Notwendigkeit hingewiesen hat;
- daß aber alle dahin gehenden Vorschläge der SH mit der Begründung von der Südtiroler Volkspartei abgelehnt wurden, der bestehende Akademikernachholbedarf rechtfertige keine solche Einrichtung, das Nieman eines eventuell nachgebauten Universi-

itätsbetriebes sei auf jeden Fall drückungs- und der Gefahr des Provinzialismus müsse man mit aller Kraft entgegenwirken.

Die Ansicht der Südtiroler Hochschüler-Gesellschaft auf seiner außerordentlichen Sitzung vom 26. 2. 1977 fest, daß sich in der Größe der Werkstudentenkurse des Südtiroler Bildungszentrums eine universitäre Struktur herausgebildet hat, die alle jene negativen Merkmale aufweist, die die Südtiroler Volkspartei als Begründung für ihre ablehnende Haltung in der Universitätsfrage angeführt hat.

Die private „Südtiroler Bildungszentrum (SBZ) Gen.m.b.H.“ vermittelt auf zweckmäßige Weise akademische Grade und ist in letzter Zeit auch dazu übergegangen, über die Landes- und Regionalregierung rechtliche Grundlagen zu schaffen, daß Posten, für die auf nationaler Ebene eine Universitätsausbildung erforderlich ist, von Mitarbeitern mit der Schnellseider- und Schmalspurausbildung des SBZ besetzt werden können.

Das SBZ unterhält seit Jahren einen Betrieb, wo in Wochenend- und Ferienkursen akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Entfaltung der Werkstudentenkurse in dieser Form führt zu unakzeptablen Situationen, daß Südtiroler Studenten, die an in- und ausländischen Universitäten ihr Studium abschließen, benachteiligt sind; mit anderen Worten: mit geringem Aufwand hat ein Werkstudent des SBZ in Südtirol bessere Berufschancen.

Die Erklärungen der Südtiroler Landespolitiker, die vor einer Akademikerschwenne warnen und das Sinken des Universitätsniveaus beklagen, sind nicht nur Ausdruck einer besorgniserregenden Bildungsfreudigkeit, sondern müssen in diesem Zusammenhang als ein Versteckspiel zu Lasten der ehrlichen Studenten verstanden werden. Wer der Ansicht ist, Südtirol habe genug Studenten und bald auch genug Akademiker, darf seinen Segen einer Einrichtung wie dem SBZ nicht geben. Heute, wo im Inland wie im Ausland die Studenten für größere Mitsprache in den Universitätsbetrieben kämpfen, darf es die SH nicht zulassen, daß in Südtirol die Führungsmannschaft eines Privatvereines darüber entscheidet, was und wie in Südtirol studiert werden kann.

Der Ausschuss der Südtiroler Hochschüler-Gesellschaft fordert daher:

1. Vom Landeshauptmann, daß er die Pläne der Landesregierung in der Universitätspolitik kundtut;
2. vom Landesrat für Schule und Kultur,

daß er über den Lehrbetrieb den Lehrkörper sowie über die Zukunftspläne auf dem Gebiet der Werkstudentenkurse die Öffentlichkeit aufklärt;

3. von der Universität Innsbruck, daß sie der SH-Vertretung in Innsbruck über ihr Verhältnis zum SBZ und ihre Aktivität in Südtirol Auskunft erteilt;
4. von der SH-Verbindungsmännern, daß sie in allen Gruppen Versammlungen zu diesem Problem überarbeiten und die Ent-

scheidungen der SH-Zentrale zukommen lassen,

5. vom SH-Vorstand, daß er den mit den Werkstudentenkursen des SBZ zusammenhängenden Fragen in seiner Tätigkeit absoluten Vorrang einräumt.

Der SH-Ausschuss stellt abschließend klar, daß alle Initiativen, die im Anschluß an diese Sitzung ergreifen werden, nicht die legitimen Interessen der Südtiroler Werkstudenten beeinträchtigen sollen.

Florian Kronbichler

Vor der Universitätsreform – behüte uns!

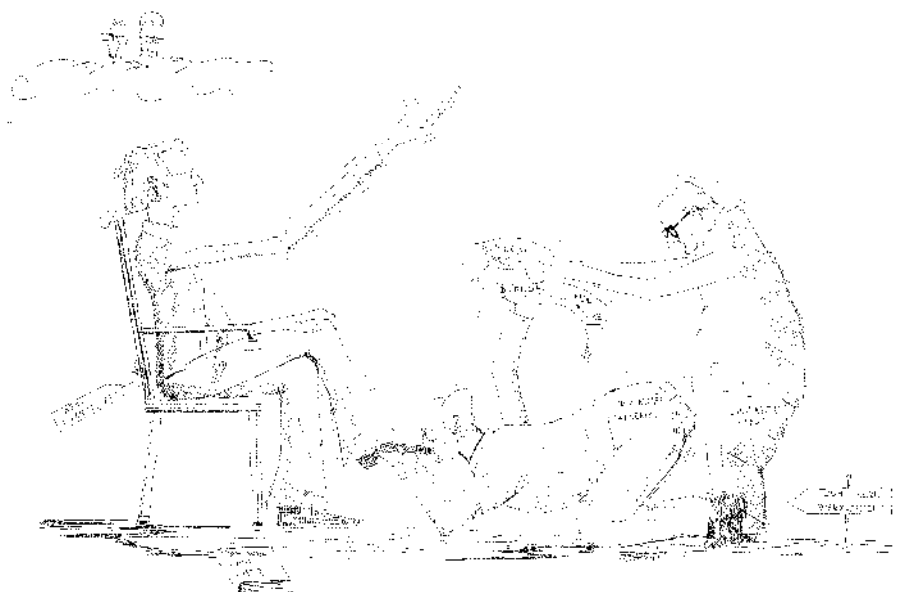
“Si dice che le università sono fabbriche di spostati e bisogna sfollare. Ma di grazia, dove volete che vada la gioventù? Non si va alle università né per comodità né per ambizione, si beta per necessità: il commercio, le industrie, l'agricoltura, gli istituti affini non richiedono né braccia né intelligenze, o almeno prendono ciò che richiedono e rifiutano il superfluo; se si aprissero sbocchi per la sussistenza dei molti giovani che vengono su dalla italiana condizione, moltissimi abbandonerebbero gli studi superiori e andrebbero là dove il pane si mostrasse più facilmente conseguibile. Né io dico ai governanti: aprite gli sbocchi e sono convinto che la società deve aprirli, non già lo Stato, e sempre che la società ne ha aperto uno, abbiamo visto la ressa all'entrata e la pletosa subito dei postulanti.”

(G. Arangio-Ruiz, in: “L'Università italiana”, vom 10. August 1902).

Die Debatte über die italienische Universitätsreform zieht sich nun schon seit Jahrzehnten hin und schwankt – typisch für Italien – zwischen dem Wunsch nach vollständiger Veränderung der Struktur und lähmender Skepsis hin und her. Füllten Ende der zwanziger Jahre ungefähr 40.000 und noch 1951 an die 140.000 Studenten die italienischen Universitäten, war ihre Anzahl 1961 schon auf 200.000 angestiegen. Der wahre Sturm auf die Hochschulen begann 1969 mit der Freigabe der Zulassung: ein Gesetz, das es jedem – unabhängig von der Art des Oberschulabschlusses – erlaubte, sich an irgendeiner Fakultät zu inskribieren. Das Anschwellen der Studentenzahl von 500.000 im Jahre 1968 auf über eine Million heute ließ dann alle Universitäten endgültig aus den Nähten platzen.

Diese schwindelerregende Veränderung hat mit der Figur des privilegierten Studenten, meist aus gutbürgerlicher Herkunft und mit beruflicher und sozialer Sicherheit in Sicht, aufgeräumt und ihn mit dem Massenstudenten aus sehr unterschiedlicher sozialer Abkunft und mit ganz und gar unsicheren Berufsaussichten ersetzt. Dieser Prozeß aber wurde von keiner wirklichen Reform begleitet, der die Strukturen der Universität entsprechend erweitert und Methoden und Inhalte des Studiums den neuen Bedürfnissen angeglichene hätte. Nachdem sich seit 1965 schon zwei Gesetzesentwürfe im Parlament festgerannt haben, lebt die italienische Universität noch heute nach den Regeln, die ihr der Philosoph Giovanni Gentile 1923 gesetzt hat.

Seit dem 15. April dieses Jahres liegt nun ein neuer Gesetzesentwurf der Regierung vor, von dem sich Unterrichtsminister Malagoli eine „wirkungsvolle und moderne Reform“ der Universität verspricht. In die Zange genommen von der heftigen Protestwelle an den Universitäten auf der einen und von der Gefahr, die Unterrichts-



im Senat würde, in Ermangelung eines anderen, die Diskussion über den Gesetzesentwurf der KPI eröffnen, auf der anderen Seite, hat sich die Regierung dem Malfatti-Entwurf in ungewöhnlicher Eile zu eigen gemacht und in 67 Artikeln etwas vorgefesselt, das nichts enthält, von dem man sich eine Besserung der inzwischen unhaltbar gewordenen Situation erhoffen könnte. Einzig wie selten einmal sind sich Studenten, Professoren und alle Linksparteien in der Ablehnung dieser Reform. Anlaß zu heftigster Kritik geben alle jene Punkte, die die einzigen Neuerungen gegenüber der bisherigen Universität darstellen:

— **Drei Stufen von Studententitel:** Die Einführung eines „diploma universitario“ als Unterbau und des „dotoreato di ricerca“ als Überbau der traditionellen laurea stellt jene Maßnahme dar, die von der Studentenbewegung am schärfsten bekämpft wird. Tatsächlich muß diese Hierarchisierung der Studententitel als Fortsetzung der altbekannten Praxis italienischer Schulreformen angesehen werden, die darin besteht, daß aus der Untüchtigkeit heraus, bestehende Ausbildungsstrukturen inhaltlich den Bedürfnissen der einzelnen und der Gesellschaft immer wieder neu anzupassen. Probleme — konkret das der Arbeitslosigkeit — periodisch aufgeschoben werden. 1969 schloste man die arbeitslosen Maturanten in die Universität ein, nun will man bei den arbeitslosen laureati durch das dottorato di ricerca Luft ablassen. Gleichzeitig bringt man bei diesem Super-Doktorat den bei den konservativen Politikern so beliebten Steuerknüttel des numerus clausus unter, wozu sie beim „normalen“ Doktorat zu ihrem Leidwesen nicht imstande waren. Die Reformentwürfe der KPI und der SPI sehen das Forschungsdoctorat nicht vor.

— **Dipartimenti und corsi di laurea:**

Die dipartimenti sollen die bisherigen Fakultäten ablösen und stellen eine Art Großinstitut dar, das alle Bereiche der Forschung und Lehre gleichen Charakters und verwandter Zielsetzung beinhaltet. Der Student würde sich also in Zukunft in keine Fakultät mehr inskribieren, sondern nur mehr in einen bestimmten corso di laurea, dessen Lehrveranstaltungen von verschiedenen dipartimenti getragen werden. Da innerhalb der einzelnen dipartimenti gewählte Gremien das Lehr- und Forschungsprogramm festlegen, fürchten viele Professoren um ihre Freiheit.

Die Reform läßt ihnen nur die Freiheit, dipartimento zu wechseln, auf deutsch also, zu gehen. Wenn wir bedenken, daß das dipartimento schon seit 1962 im Gespräch ist und nun neben dem Forschungsdoctorat als wichtigste Neuerung der Universität dargestellt wird, ist es zum Verzweifeln: das Universitätsstudium wird weiterhin im Rahmen der corsi di laurea abgewickelt werden, und für den Studenten ändert sich überhaupt nichts. Die meist

diskutierte und immer — auch im Gesetzesentwurf — noch unklar gebliebene Figur des dipartimento kann keinen Studenten als etwas Neues gegenüber der alten Fakultät erscheinen, und es bedarf keines besonderen Weitblickes, um zu erkennen, daß es eigentlich nur für Professoren und Forschungsdoctoranden von Interesse sein wird.

— **Die Kollegialorgane:** Als eine kolossale Augenwischerei des Reformprojektes müssen die fünf verschiedenen Räte entlarvt werden, die in der neuen Universität gewählt werden sollen: die entsprechend vielen Ausschüsse und ihre hierarchische Interdependenz sind eine gute Garantie dafür, daß es zu einer notwendigen Flexibilität in den Entscheidungen schon nicht kommen wird.

— **Die Dozenten:** Diese Gruppe der Hochschulgemeinde ist wohl die einzige, für die die Reform grundlegende Neuerungen vorsieht, sowohl was ihre Rechte als auch ihre Pflichten betrifft. Es sind Bestimmungen enthalten, die mit der bisherigen Misere der vielen Gelehrtenklassen, des unsicheren Rechtsstatus und der Nebenbeschäftigungen (die vielfach in Hauptbeschäftigungen ausarteten) der Professoren und Assistenten aufzueräumen versprechen.

Wenn man den Reformentwurf in seiner Gesamtheit überfliegt und ihn nach Schwerpunkten absucht, so kann man nur sagen: viel Bürokratismus und beängstigender Korporatismus. Der weitaus größte Teil befaßt sich mit unnützen Gremien, die es zu wählen gibt, und mit der — sicher auch notwendigen — Systemisierung des Lehrkörpers. Von Inhalten und der wichtigsten Gruppe der Universität, den Studenten, keine Rede; einige vage Hinweise auf Gesetze, die im Anschluß an das Reformgesetz zu erlassen wären, für die aber nicht einmal Termine gesetzt sind.

Gerade dieser Umstand muß zu größter Besorgnis Anlaß geben: die bereits weit fortgeschrittene Dequalifizierung des Universitätsstudiums und der entsprechenden Titel will und kann wohl Malfatti nicht mehr aufhalten, er folgt der weitaus schon altbekannten Logik im italienischen Unterrichtswesen, die inzwischen zur Strategie geworden ist: Probleme nicht lösen, sondern verzögern!

Nachdem Wirtschaft und Wissenschaft hochklassiges Personal von den Massenuniversitäten nicht mehr beziehen können, schafft man, auf diese aufbauend, eine Elite-Universität mit allen ihren Merkmalen, numerus clausus, hohe Stipendien und bessere Strukturen (dipartimenti). Die Folge davon wird sein, daß man das „normale“ Universitätsstudium bis zu seinem bitteren Ende verkommen läßt; Universität im traditionellen Sinne wird nur mehr im Überbau passieren, zu dem nur

mehr soziale Zulaß haben werden, als die nationalen Pläne selber bestimmen. Der laurea nimmt man ihren faktischen und sicher bald auch ihren legalen Wert, eine legis wird sie in die Serie B zurückversetzt; der corso di laurea wird zu einer Fortsetzung des Oberschulstudiums degenerieren.

Das einzig Neue — und leider Alte — dieser Universitätsreform besteht also darin, daß von vielen und zu vielen Vertragsassistenten sowie all den Dozenten ohne sicheres Dienstverhältnis und noch einigen weiteren Tausend „breccia“ in den nächsten Jahren über (natürlich nationalen) Wettbewerben eine sichere Stelle verschafft wird. Leicht vorauszusehen, daß die große Universitätsrezession, wie 1969, wegen dieses Kuhhandels an der Spitze zwischen Regierung und Gewerkschaften in sich zusammenbrechen wird.

Die Regierung ist ihrer christlich-demokratischen Strategie treu geblieben, die darin besteht, daß die immer wieder aufkommenden Frontalbewegungen regelmäßig geköpft werden, mit Einverständnis der Gewerkschaften, für die die dabei an den Tag gelegte korporative Haltung, gelinde gesagt, kurzzeitig ist.

Das schöne Ergebnis dieser Universitätsreform: zehn oder fünfzehntausend Professoren mehr und die Universität wie gehabt schneidemokratisch offen für alle, ohne etwas bieten zu können, eine Fabrik für Titel ohne Wert, Parkplatz für Arbeitslose.

Es ist scheinheilig von den Linksparteien und von den Gewerkschaften, wenn sie nun einstimmig ihr Nein gegen das Reformprojekt erheben, weil nun gerade die vielen Tausende von Assistenten und Beauftragten, die in überwältigender Mehrzahl zusammen mit den Studenten und auch innerhalb dieser Parteien um die Erneuerung der Universität gekämpft haben, ihre Brötchen abbekommen; nachdem sie systemiert sind, wird die Studentenbewegung auf sie als Kampfgenossen wohl verzichten müssen. Nach der bewährten Devise „divide et impera“ wird sich die Regierung auf einige Jahre hinaus wieder eine Verschauaufpause verschafft haben, und die Gewerkschaften in ihrem Korporatismus haben dabei Pate gestanden. Die Verteidigung von Arbeitsplätzen und die Hinzugewinnung einiger weiterer wird von der Gewerkschaft abgesegnet werden wie schon die irrationale Verteidigung der vielen blinden und roten Fabriken des Egan und der Montedison.

Wie wir aus dem Eingangszitat (1902) ersehen, stehen wir mit der italienischen Universität und ihren Problemen immer noch am gleichen Punkt wie um die Jahrhundertwende. Ratlosigkeit rundum bleibt nur zu hoffen, daß die Gesetzesvorlage der Regierung im Parlament gestoppt wird, um niemanden der unberechtigten Hoffnung auszusetzen, die Universität sei zum Besseren hin reformiert worden.

Studententagung 1977

Jugend in Südtirol — Jugend und Freizeit

Die von den Jugendlichen getriebenen Widersprüche zeitigen konsequenterweise Konfliktsituationen, die grundlegenden Widersprüche treten im Bereich der Arbeit und der Ausbildung auf, in denen aus profitorientierten Interessen jegliches Bewußtsein, jegliche Selbständigkeit und Kreativität unterdrückt wird.

Bei vielen Jugendlichen besteht die Meinung, die in den oben angeführten Realitäten auftretenden Konflikte in der Freizeit lösen zu können; betrachten wir aber die Realität, so erkennen wir, daß gerade durch die derzeitige Art der Freizeit ein Lösen der Konflikte nicht ermöglicht wird, vielmehr werden diese lediglich verdrängt.

Denn die momentane Freizeit muß als eine von Wirtschaft und Politik gleichermaßen geemanagte erkannt werden, sie ist gekennzeichnet durch einen den Jugendlichen aufgezwungenen Konsumzwang, durch ein passives Aufnehmen der von den Freizeitmanagern gebotenen Inhalte und durch ein strukturloses und entfremdetes Verbringen der Freizeit, die somit ihre Funktion als Erholungsraum in bezug auf die Arbeitszeit erfüllt.

In der Folge erscheint es einmütig, daß gerade im Bereich der Freizeit Widersprüche und Konflikte gehäuft und in verstärktem Maße auftreten und daß somit in diesem Lebensbereich die Gefährdung der Jugend am größten ist.

— So sehen wir die Sucht, den Konsum von Alkohol und Drogen als wichtiges Moment der Flucht; wird dieser Konsum zu einem sozialen und medizinischen Problem, so ist dies nur die offensichtlichste und weiträuberndste Folge des Konflikts. Überschreitet der Konsum eine von der Gesellschaft tolerierte Norm, so wird er wohl zum öffentlichen Problem, jedoch ändert sich an der Situation des betroffenen Jugendlichen nichts, bzw. diese verschlechtert sich, dann die Gesellschaft steht in seinem Verhalten lediglich einen Ausfall aus der Norm, ohne die wahren Hintergründe erkennen zu wollen und diskriminiert den Jugendlichen noch zusätzlich.

— Auch die Jugendkriminalität kann eine Folge der oben angeführten Freizeitgestaltung sein. Durch die mangelnde Möglichkeit einer selbständig gestalteten freien Zeit, durch die unbefriedigenden Inhalte des Angebotes, durch den Konsumzwang, wird für viele Jugendliche kriminelles Verhalten und

Thema: Jugend in Südtirol

Jugend und Freizeit:

Konfliktsituationen in der Freizeit sind bedingt durch Widersprüche im Bereich der Arbeit und der Ausbildung

Momentane Situation der Freizeitgestaltung

Jugendgefährdung:

Sucht

Kriminalität

Psychologische Situation der Jugendlichen

Möglichkeiten alternativer Freizeitgestaltung

Erstellung geeigneter Freizeitstrukturen

Teilgruppen:

Jugendliche

Jugendorganisationen

Lokale Institutionen

Erwachsene

Komponenten der Tagung:

Jugendliche

Lokale Institutionen

Experten aus dem italienischen und deutschen Sprachraum

Ziel:

Beitrag zur Diskussion um das Problem der Jugend

a) Erfassung der Situation in Südtirol

b) Aufarbeitung der derzeitigen Lage

c) Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten und Alternativen

Struktur der Studententagung:

Einführendes Grundreferat zur Problematik der

Situation der Jugendlichen (theoretisch-allgemein)

Bestandesaufnahme der Situation in Südtirol

Jugendgefährdung:

Entwicklungsprobleme der Jugend

Sucht

Kriminalität

Lösungsmöglichkeiten

Alternative Freizeitgestaltung

Freizeitstrukturen

Zeit: Ende September 1977 (drei bis vier Tage)

Kriminalität zu einer Variante der „Freizeitgestaltung“ und zum Abbau der gestauten Aggressionen.

— Sind dies auch die eklatantesten Formen der Nichtbewältigung der Realität, so sind zum Bereich der Jugendgefährdung noch weitere Probleme zu zählen, wie die soziopsychische Situation der Jugendlichen (Milieuschädigungen, soziale Diskriminierungen, Stadt-Land-Gefälle, Überfremdung durch den Tourismus), Entwicklungsprobleme, sexuelle Probleme usw.

Obwohl diese Probleme auch in der Südtiroler Realität ständig verstärkt auftreten, wurden im Grunde zu ihrer Einschränkung nicht einmal vorbeugende Maßnahmen ergriffen. So ist es den Südtiroler Jugendlichen bislang nicht möglich, ihre Freizeit alternativ zu gestalten, das heißt ihre freie Zeit selbständig zu verwalten, sie kreativ und sinnvoll und durch eigene Aktivität auszufüllen, dies nicht zuletzt aufgrund des extremen Mangels an geeigneten Freizeitstrukturen, wie Jugendzentren oder ähnlichen Einrichtungen.

Von Seiten der Institutionen sind erst in jüngster Zeit Ansätze bemerkbar, diese Probleme anzugehen. Hier stellt sich aber die Frage, inwieweit die derzeit bestehenden öffentlichen Stellen geeignet und ausreichend sind und welche politischen Interessen sie vertreten.

Wir glauben, daß es nicht zur Lösung der Probleme führt, wenn der Bereich Freizeitgestaltung lediglich institutionalisiert und verwaltet wird. Denn es hat sich gezeigt, daß auch in Südtirol Jugendliche imstande sind, ihre Situation zu erkennen, eigenständig Initiativen zu ergreifen und daß sie Vorschläge und Projekte zu einer alternativen Freizeitgestaltung haben.

Arbeitsgruppen

Bereits bei der Vorbereitung der Studientagung sollten Jugendliche und Interessierte miteinbezogen werden. Aus diesem Grunde ruft das Kulturreferat der SH zur Bildung von Arbeitsgruppen auf!

Diese Arbeitsgruppen und eine massive Beteiligung der Jugendlichen bei der Studientagung würden eine Gewähr für eine praxisorientierte Arbeitsweise und für eine realitätsbezogene (und somit erfolgreiche) Studientagung darstellen.

Arbeitsgruppen können sowohl in den Studienorten wie auch in Südtirol gebildet werden.

Sie sollen sich mit den verschiedenen Themenbereichen beschäftigen:

- Theorieorientierte Begriffsbestimmung und Analyse von „Jugend“ und „Freizeit“;
- Allgemeine Bestandsaufnahme der Situation der Jugendlichen in Südtirol;
- Berichte und Auswertungen von gemachten Erfahrungen bei praktischer Jugendarbeit;
- Vorschläge zur Änderung der derzeitigen Situation der Jugend — Vorschläge und Projekte einer alternativen Freizeitgestaltung;
- usw.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen können in verschiedener Form bei der Studientagung vermittelt werden: Schriftliche Arbeiten, Flugblätter, Plakate, Wandzeitungen, Fotografien usw.

Alle, die an einer derartigen Vorbereitung der Studientagung interessiert sind, können sich am Nachmittag des 13. Juni 1977 im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, Waltherhaus, Bozen, treffen.

Für weitere Informationen steht das Sekretariat der SH zur Verfügung.

Diese Ansätze einer selbständigen, aktiven und kreativen Gestaltung der Freizeit wurden aber von den „zuständigen“ Stellen nicht respektiert und oft sogar boykottiert.

Die Probleme der Jugendlichen werden immer akuter, so wie sich auch die Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und Institutionen verschärft. Die Bedürfnisse und Forderungen nach einer alternativen Freizeitgestaltung werden in der Südtiroler Realität immer mehr zu einem gesellschaftlich und politisch wichtigen Moment, das nicht mehr einfach übergangen werden kann.

Die SH als kritisches Ferment der Südtiroler Gesellschaft und als Vertretung der Südtiroler Studenten möchte zur Jugendproblematik und zu der diesbezüglichen Situation in Südtirol einen Beitrag leisten und in diese Diskussion einsteigen, weil sie findet, daß es nun nicht mehr länger möglich ist, sich den immer akuter werdenden Problemen der Jugendlichen in Südtirol zu verschließen.

Die Auseinandersetzungen der Jugendlichen untereinander und zwischen Jugendlichen und bestehenden Institutionen werden aufgrund der auch in Südtirol immer zahlreicher auftretenden Jugendprobleme ständig vehementer, auch wenn dies von Teilen unserer Bevölkerung, von verschiedenen Organisationen und bestimmten Institutionen nicht gesehen wird.

Eine Studientagung zum Problem der Jugend soll sich keineswegs auf rein theoretischer Ebene bewegen, sondern soll sich vorwiegend mit der Situation in Südtirol beschäftigen, indem sie versucht, die lokale Realität aufzuarbeiten, diese zu erfassen und daraus Lösungsvorschläge heranzuarbeiten.

Mit dieser Studientagung sollen in erster Linie die Südtiroler Jugendlichen angesprochen werden. Damit soll erreicht werden, daß die betroffenen Jugendlichen ihre Situation erkennen und sich mit ihr auseinandersetzen; die Erfahrungen von Jugendlichen, die sich bereits mit der Problematik auseinandergesetzt und in konkreten Situationen gearbeitet haben, sollen verarbeitet und durch weitere theoretische und praktische Erfahrungen erweitert werden.

Darüberhinaus sollen auch die Erwachsenen angesprochen werden, vor allem jene, die aufgrund ihres Berufes oder aus irgendwelchen anderen Gründen sich direkt mit der Jugend und ihren Problemen beschäftigen. Alle übrigen Erwachsenen sollen durch die Studientagung auf die Probleme der Jugend aufmerksam und diesen gegenüber aufgeschlossener gemacht werden.

Durch die Miteinbeziehung der Institutionen soll die Diskussion erweitert werden; die Positionen der Institutionen sollen dadurch kennengelernt und an die Öffentlichkeit getragen werden; dies bringt eine — von uns als notwendig erachtete — öffentliche Diskussion zwischen Jugendlichen und Institutionen mit sich.

Zur Vorbereitung und zum Ablauf der Studientagung ist es unbedingt notwendig, daß die Jugendlichen daran selbst aktiv teilnehmen, das heißt, daß sie selbst ihre Bedürfnisse vorbringen und ihre Interessen vertreten. Nur dadurch ist ein möglichst umfangreiches Erfassen der konkreten Realität gewährleistet und eine fruchtbare Verarbeitung der Probleme möglich. Dies auch, um dem Anspruch auf Realitätsbezogenheit gerecht zu werden.

Auch die Jugendorganisationen sollen in die Studientagung miteinbezogen werden, da gerade sie den Anspruch erheben, die Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen und Interessen zu vertreten.

Es ist unerlässlich, jene Institutionen, die sich mit Jugendarbeit befassen, in die Studientagung einzubeziehen, da sie aufgrund ihrer zahlreichen Kompetenzen ein wichtiges Moment darstellen und darüberhinaus zwingenderweise die Realität (zumindest ansatzweise) aufgearbeitet haben und sicherlich Projekte zur Bewältigung der Probleme besitzen.

Durch die Anwesenheit von kompetenten Personen aus dem deutschen und italienischen Sprachraum, die sich mit dem Jugendproblem auseinandergesetzt haben, soll einerseits jene theoretische Grundlage geschaffen werden, die zur Diskussion unerlässlich ist, und andererseits sollen Erfahrungen alternativer Jugendarbeit außerhalb des lokalen Gebietes vermittelt werden.

Aus den bisherigen Besprechungen und aus der Zusammensetzung der Beteiligten ist ersichtlich, daß die Studientagung eine Synthese aus theoretischen Beiträgen, Bestandsaufnahmen der Südtiroler Realität, Erfahrungsberichten aus lokalen und anderen Situationen und Diskussionen um eine Änderung der momentanen Lage der Südtiroler Jugendlichen darstellen wird. Es wird versucht werden, dieser Themenstellung eine entsprechende Form zu geben, das heißt, daß Referate nur einen Teil der Studientagung darstellen werden und daß darüberhinaus Podiumsdiskussionen und Diskussionen breiter Raum gegeben wird.

Um den üblichen Rahmen einer Tagung zu sprengen, um den Jugendlichen und Teilnehmern der Tagung weitere Möglichkeiten des informellen Kontaktes zu bieten und um alternative Möglichkeiten der Freizeitgestaltung aufzuzeigen, ist ein gleichzeitig veranstaltetes Jugendfest in Betracht zu ziehen.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß der Bereich Freizeit nur ein Teil der Jugendproblematik ist, und daß in der Studientagung nur Schwerpunkte gesetzt werden können. Es wird in diesem Rahmen nur ausatzweise möglich sein, die gesellschaftlichen, also ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen des Jugendproblems zu berücksichtigen.

Jedoch wissen wir, wie sehr die behandelte Problematik mit den gesellschaftlichen Problemen verbunden ist, und daß somit grundlegende Änderungen im Bereich der Jugend und der Freizeit nur in einer Wechselbeziehung zur Änderung der Gesellschaft möglich sind.

Also muß bei der Behandlung dieser engen Thematik der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang ständig vor Augen gehalten werden.

Günther Waibl

Günther Pitscheider

Hansjörg Gutweniger
Evi Leimer

Verkehr und Fremdenverkehr

Einige Überlegungen zum Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Sexualmoral Jugendlicher¹⁾

Szene 1:

Zwei junge Burschen aus Meran (ca. 20 Jahre alt) treffen sich beim Ausgang des öffentlichen Freibades von Schemna.

Für geübte Augen sind sie sofort als „Saisongigger“ auszumachen: Plaveauschuhe der eine, spitze Stiefel der andere, sauber verwaschene Jeans: weißes, halboffenes Hemd der eine, den muskulösen Bau betonendes T-shirt der andere; beide sonnengebräunt, gepflegten Schmutz, die Haare heuer kurz. Der eine spielt mit dem Autoschlüssel, sein Täschchen unter den Arm geklemmt, der andere hat nur eine Schachtel Zigaretten mit. Der eine kommt, der andere geht.

Der Kommende: Isch epps do?

Der Gehende: Tuat schun. De zwou Minchnerinnen fundt Pension Anna, semm sein zwou Waltsche drpei, obr de warn in Foll auszdrhängen. Oane isch do, a fuxete, a ganz a guete, de isch moani ersch kemmen, de lag hint di Taschen aja Pritschn.

K: De zwou mitn VW sein net do?

G: Nicht gsech. A polr junge sein do — obr holt schun teifltisch jung.

K: Isch keine Berlinerin no do?

G: Jojo, de fohrt ersch in Frättig. In Smattig kemmen de Holländrinnen

mit teart — loß di unoll unschatten, wali dr Franz Isch pan Militär.

K: Wo geascht ietz hin?

G: In die Eisdiela ai, lei amoll schangn.

K: Bisch ajnocht pan Soliner? Wenn i de mitn VW firt, kimmi a.

Szene 2:

Zwei Mädchen aus Düsseldorf (ca. 21 Jahre alt) sitzen bei einem Bananensplit in der Eisdiela von Dorf Trof. Sie sind vor sechs Tagen angereist. Im langen Rock und Bluse die eine, Jeans und T-shirt die andere. Beide sind blond; die eine trägt die Haare kurz,

die andere hochlang.

E: Heute abend bleibn wir aber zusammen; der Sepp ist ja ganz nett, aber mit der Zeit tötet er einem den Nerv.

A: Sei doch froh, in so'nem schicken Wagen sitzt du nicht jeden Tag. Ich find's ja immer wieder toll hier. Man kennt jeden und es ist echt was los, auch nicht diese ewige Pärchenwirtschaft wie zu Hause.

E: Das muß man denen lassen, für so ein kleines Nest ist wirklich viel los hier. Die Jungs sitzen auch nicht so doof rum und wart'n, bis das Schicksal zuschlägt, die unternehmen was — die Tour vom dem großen Schwarzen netlich war ja wirklich ganz originell.

A: Zu Hause würd ich dem eine knäulen. Hier ist ja alles ganz anders. Keiner, der einem auf die Finger sieht — da verhält man sich ja auch ganz anders.

E: — und schließlich, man weiß ja, es wird nichts Ernstes draus.



1) Natürlich erheben wir nicht den Anspruch, Aussagen über die Jugend Südtirols zu machen, vielmehr wollen wir an einigen Beispielen, die sicher keine Einzelfälle sind, einen Teilaspekt des Fremdenverkehrs aufzeigen.

A: Gegen Ausstoben spricht doch nichts, außerdem erfährt es niemand.

E: Ja, die Jungs sind ja ganz schön scharf hier, aber wenn ich nur die Mädchen so ansehe, die sehen wirklich noch nach Helm und Herd aus — in Diskotheken sieht man sie auch nicht gerade häufig. Ich glaube, die trauen sich auch nicht alleine hin; sieh dir nur die Tochter von unserer Pension an, die sitzt dauernd nur rum — ja, es interessiert sich halt auch keiner für sie.

A: Aber ihre Schwester — die ist ja auch nicht gerade hübsch — die hat ja nun duften Mann; der war doch damals bei der Clique dabei, vor zwei Jahren.

E: Ja das hat mich auch schon gewundert — die lassen sich's anscheinend ne Zeilang gutgehen, grasen rum und letzten Endes landen sie dann bei ner Einheimischen — Pensionstochter — womöglich noch Jungfrau. Na, uns kann ja egal sein.

Szene 3:

Zwei Verkäuferinnen in einem Lebensmittelgeschäft in Algard.

Drei auffallend gekleidete junge Touristinnen haben soeben den Laden verlassen, gefolgt von vier einheimischen Burschen, die nach Absichten aussehen.

M: Daß sie sich net schomen, de Weibr, so epps Ordinärs.

L: In di Insriqn isch halt nicht soletz.

M: In Luis kam i nimmer sehm. In gonzen Wint'r ihr ischernir noch-gschietgn und schiengetun hoim — kaum sein als ersch'n Piffke do, norr isch Feierobnp. Und in Herbst aufi khnmp'r wids.

L: I moan, di Marid' brauch'n des, bei de isch des oafsch undrsch. In apol'r Jahrien kert des schun wieder auf, jun ganz aloan.

M: Oftvammol' kimmim' schon hied fir, lei herworn, bis man thomeu widr guet genue isch.

Di Krischtl' kenni do widr nicht, villeicht hot sie recht. De geat jo poll mit aniedn in Peit.

L: Ohr a lei, seit dr Wülk Schloß gmocht hot.

M: Jo, und zen Heiretn findet de koan mehr van iaz.

Wer in einem Fremdenverkehrsgebiet wohnt?, wird derartige Szenen nicht nur einmal erlebt haben. Kinder können davon berichten, Lehrer, Pfarrer, Militär, Väter — alle wissen Bescheid;

es scheint dazuzugehören. Mit einem lächelnden und einem weinenden Auge wird die „Keuschheit“ der Mädchen und das „ungestüme Verhalten“ der Burschen akzeptiert, ständiger Nährboden für Doppelmoral (die Burschen sollen sich nur ausleben, die Mädchen sich aufsparen).

Der nicht nur hypothetische Konflikt für die einheimischen Mädchen sieht etwa so aus: Einerseits verbunden der tradierten Sexualmoral, die von den Erwachsenen vertreten (wenn auch nicht immer eingehalten) wird, andererseits konfrontiert mit „offeneren“ Sexualvorstellungen und -praktiken von „Fremdenmädchen“ (ob diese Vorstellungen und Praktiken einer Großstadtsozialisation entspringen oder nur der Ausnahmesituation Urlaub, sei dahingestellt). Sie erleben ständig, daß sich „ihre“ Burschen zu den Fremden hingezogen fühlen, daß diese ihnen vorgezogen werden, wissen aber gleichzeitig, daß ein ähnliches Verhalten ihrerseits den Spott und die Rache (= spätere Nichtheirat) der Männer nach sich zöge, denn sehr häufig bevorzugen diese Sol-

onjüger für eine zukunftsweisende Bindung Mädchen aus heimischen Gefilden, „solid“, „treu“, und nicht ungern unberührt.

Für die einheimischen Burschen stellt es sich etwa so dar: Eine Touristin „aufzureißen“, bedeutet Prestigeerwerb, Stärkung des Selbstbewußtseins und wird auch durchaus anerkannt. — Direkt durch Aussagen der Erwachsenen, wie „die sollen sich mir vor der Hochzeit austoben“, „das hat noch keinem geschadet“, „es ist ganz gut, wenn der Mann etwas Erfahrung hat“, „gescheiter, sie nehmen fremde als einheimische Mädchen“, „die Fremden wollen eh nichts anderes, die provozieren das ja“ usw.,

— indirekt durch das Verhalten der einheimischen Mädchen, die das Ganze zwar nicht gutheißen (das Spektrum reicht von Beschimpfung bis „die Männer sind halt so“), jedoch keine Konsequenzen ziehen. Warum also auf diesen Lustgewinn verzichten, wenig Grund auch die „Beziehungen“ zu reflektieren, den Warencharakter („isch ems do?“) zu identifizieren.

Thomas Menghin

Südtiroler im Ausland

Vor einiger Zeit hat die Südtiroler Hochschülerschaft mehrere bekannte, nicht in ihrer Heimat lebende Südtiroler angeschrieben. Der Zweck war, die Meinungen dieser „Auslandssüdtiroler“ zu ihrer Fortwanderung und zur kulturellen Situation in Südtirol zu hören. Rund die Hälfte der angeschriebenen Personen gaben Antwort auf die Fragen der SH: Es waren die beiden bekannten Künstler Markus Vallazza (Salzburg) und Paul Flora (Innsbruck) sowie Wolfgang Röd, Professor am Institut für Statistik und Wissenschaftstheorie an der Universität München.

Auf die erste Frage, welches die Gründe waren, weswegen man ins Ausland ging, konnte Flora auf seine Übersiedlung bereits als fünfjähriges Kind von Glurns nach Innsbruck hinweisen, wo er inzwischen völlig „heimisch“ geworden ist. Für den Wissenschaftler Röd hingegen entsprang der Entschluß, ins Ausland zu gehen, „dem Wunsch nach beruflicher Entfaltung in einem größeren Wirkungskreis“.

Während Flora eine „Rückkehr“ von Nord- nach Südtirol verständlicherweise ausschließt, weil er seit seiner Kindheit in Innsbruck wohnt, antwortet Röd mit dem Hinweis, er habe in gewissem Sinne Südtirol niemals verlassen und stehe weiterhin in familiären und beruflichen Beziehungen.

Ausführlicher äußerte sich Vallazza zu seinem Entschluß, ins Ausland zu gehen. Von familiären und persönlichen Gründen einmal abgesehen, es boten sich für mich als freischaffender Künstler in Österreich konkretere Bedingungen und Möglichkeiten als in Südtirol. Nachdem ich vor drei Jahren meine Lehrstelle auf der Kunstschule in St. Ulrich/Gröden aufgegeben habe, lebe ich seither anzusagen von meiner „Kunst“. Daß ich nun davon leben kann, verdanke ich zum Großteil dem Ausland (wie Österreich und Deutschland), das meine Bilder angekauft und mich mit verschiedenen Aufträgen betraut hat (wie z.B. die Edition Tusch in Wien mit der Mappe von Oswald von Wolkenstein, die Galerie Welz in Salzburg mit einem Mappenwerk zu Horaz, die Galerie Acadomia mit den Mappenwerken zu Rimbaud und E. A. Poe, die Europäische Bildungsgemeinschaft Stuttgart zusammen mit dem Winkler-Verlag in München mit den Illustrationen zu Villon usw.). In Südtirol habe ich Zeit meines Lebens nicht einmal eine Vignette in Auftrag bekommen. Das sind also, unter anderem, mit die Gründe, warum ich ins Ausland gegangen bin.“

Während Flora und Röd in ihren Beziehungen zu Südtirol vor allem Kontakte mit Freunden, Familie und Verwandtschaft erwähnen, schreibt Vallazza

zu: „Meine Beziehungen zu Südtirol sind im wesentlichen nicht anders als die zu Österreich, Italien, zu anderen Regionen und Ländern in und außerhalb Europas. Ich habe gelernt, Kultur als das anzusehen, was weder ortsgelunden ist noch Grenzen kennt. In diesem Zusammenhang anerkenne ich Kultur nur dann, wenn ihre eigentlichen Zielsetzungen über ethnische und geographische Grenzen hinauswachsen. Ich fühle mich sozusagen überall dort daheim, wo ich mich entfalten kann. Daß die sogenannte „Heimat“ dazu nicht unbedingt den dafür günstigen Humus abgibt, wußten auch andere und lange vor mir.“

Zur Frage der Information über Südtirol antwortet Flora: „Ziemlich gute“ (Information), „arbeite gelegentlich im Arbeitskreis Tirol mit, häufige persönliche Informationskontakte, sporadische Lektüre der „Dolomiten“, wobei mir die Leserbriefseite als Psychogramm der Südtiroler sehr interessant ist.“

Vallazza jüngeren erkennt seinen Mangel an direkter Information über Südtirol, erwähnt jedoch Kontakte mit Freunden aus Südtirol, die Kulturzeitschrift „Arunda“ sowie den „SKOLAST“ („Anderes Informationsmaterial gibt es ja meines Wissens wohl (noch) nicht“).

Interessant sind die Bewertungen und Ansichten zur kulturellen Situation in Südtirol. Während Röd und Vallazza eine Art Tauwetter zu erkennen glauben, bewertet Paul Flora vorsichtiger: „Ich beurteile die kulturelle Situation etwas skeptisch. Ich glaube, daß das Verhältnis zwischen den Mächtigen und den jungen, ungebärdigen Kreisen mehr als normal gestört ist. Erstere zeichnen sich durch eine gewisse Verständnislosigkeit und Furcht aus, letztere sind zu mutlos, haben zu wenig Initiative, ihre Zaghaftigkeit nimmt manchmal Formen der Arbeitshemmung an. Positiv empfinde ich, daß man beginnt, miteinander zu reden oder wenigstens aneinander vorbeizureden, wenn auch geteilt.“

Röd beurteilt die derzeitige kulturelle Situation in Südtirol hingegen „vorsichtig optimistisch“, vor allem, weil das Schulfach seit einiger Zeit „zufriedenstellend“ funktioniert und weil die nachrückenden Generationen sich ihrer kulturellen Verpflichtung bewußt sind. Röd räumt sich selbst in dieser Frage aber nur „geringe Kompetenz“ ein.

Kritischer und detaillierter nimmt Vallazza zu diesem Thema Stellung. Er erkennt deutlich die Anstrengungen auf politischem und kulturellem Gebiet, die zu mehr Eigenständigkeit im Denken und Tun der Südtiroler Gesellschaft führen sollen oder können. Vallazza erwähnt dabei die neue Kulturzeitschrift „Arunda“ und die sich „bewährende Zeitschrift SKOLAST“ der SH, die beide im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Südtirol bringen. Allerdings warnt Val-

lazza auch vor allzu verpolitizierter Kulturmaamerei, von welcher Seite auch immer. Er schreibt: „Die kulturelle Situation in Südtirol, scheint mir, hat sich in der letzten Zeit etwas gebessert, das heißt: Von 0,1 ist sie auf 1,1 geklettert. Sie hat in der Tat ein paar Töne von sich gegeben. Zunächst scheint es, daß sie endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufgewacht ist. Es regt sich was im Lande: Es gibt z. B. seit monestem eine Kulturzeitschrift als Pendant zum „Schlern“ (der mehr für Stubenhocker und Wissenschaftler geeignet ist), in der „Arunda“ also, können Dichter, Musiker, Architekten, Maler und Bildhauer und andere kulturbewusste Menschen zu Wort kommen, die vorher, aus mangelnden Möglichkeiten, entweder für die Schublade zu schreiben genötigt waren, was zwar geistigen Quatsch gleichkam, oder sie mußten ihr Gedankengut exportieren, um angehört zu werden. Es gibt nun auch in Südtirol erste Gedichtbände junger Autoren, sogar in Südtiroler Buchhandlungen erhältlich und in den Vitrinen ausgestellt (!). Es gibt die sich mehr und mehr bewährende Zeitschrift „SKOLAST“, die heiße Eisen anfaßt und besonders vordergründige Schulprobleme erörtert und Stellung dazu bezieht. In der Rubrik „Werke, Autoren, Meinungen“ werden regelmäßig im Vernschen Südtiroler Talente vorgestellt, von denen man vorher nichts wußte. Weiter scheint sich nun auch bei den Laienbühnen ein Wind zu regen, der junge Autoren auf die Bretter bringt. Es zerbrechen sich da und dort in Südtirol politisch denkende junge Menschen den Kopf darüber, wie man eine für Südtirol angemessene Politik betreiben könnte. Wenn zwar in diesem Sektor die Ansichten und Vorschläge vorerst noch etwas konfus sind als auf dem kulturellen, Tatsache ist, daß man nicht mehr passiv zusieht, wie die dafür zuständigen Stellen unbefragt und nach ihrem Gutdünken Politik und Kultur manipulieren wie bisher.“

Darin sehe ich die positiven Ansätze, die sich langsam profilieren. Die negativen, scheint mir, liegen darin, daß man Kultur einerseits zu persönlich, zu intimistisch, sprich „heimatgebunden“ auffaßt und andererseits zu extrem politisch (links und rechts) unterzuordnen bestrebt ist. Man vergißt schließlich immer wieder, daß Kultur nicht „machbar“ ist. Es sollte vielmehr Kulturpolitik betrieben werden und weniger politische bzw. verpolitisierte Kultur, die uns in Bereiche führt, die uns von der Vergangenheit her vertraut sind. Die Chinesische Kulturrevolution ist nicht unbedingt ein geeignetes Modell für Südtirol. Offenheit, Toleranz und Einsicht waren der Kultur immer zutraglicher als Statuten und Paragraphen von kulturell bornierten Vereinesmeinern (auch Vereinesmeinern) und politischen Sektierern.“

Auch die letzte Frage, nach den vor- dringlichsten Problemen, die es in nächster Zeit in Südtirol zu bewältigen

gibt, ergab einige interessante Antworten.

Nachdem Röd die Subjektivität seiner Betrachtungsweise in Rechnung stellte, versuchte er es, eine Differenzierung der Probleme unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit vorzunehmen und gab zu bedenken, daß politische, wirtschaftliche und soziale Probleme wegen ihrer gegenseitigen Verflechtung und der Interferenzen, nur von ausgesprochenen Kennern der Lage beurteilt werden könnten.

Vallazza und Flora wagen sich in ihren Stellungnahmen weiter vor. Vallazza spricht als Künstler und beklagt einseitiges Kunst- und Kulturverständnis von seiten der zuständigen Stellen: „Ich müßte Soziologe, Politiker oder Südtiroler-Analytiker bzw. Experte sein (wie z. B. Claus Gatterer), um konkrete Vorschläge machen zu können. So kann ich als Künstler für die Künstler in Südtirol nur hoffen, daß es ihnen in Zukunft besser geht als mir in der Vergangenheit; daß man sie anhört, wenn sie was zu sagen haben, denn in den Wind reden ist auf die Dauer unervierend und nützt schließlich auch dem Wind nichts; daß man in Südtirol statt die 300 und 1 Musikkapellen zu finanzieren ein paar talentierteren Bildhauern, Malern, Architekten und Musikern unter die Arme greift; daß man den Standschützen ein kulturpolitisches Bewußtsein beibringt, damit sie sich ihrer Überflüssigkeit bewußt werden und schließlich, daß man für die Kultur zumindest soviel ausgibt wie für Sport, denn: „Leibesertüchtigung“ allein (so lehrt uns wiederum die Geschichte) schadet dem Volke mehr als sie ihm nützen kann. Auch in Südtirol.“

Flora bemüht neben dem kulturellen auch das politische Gebiet: „Ein Hauptproblem finde ich das Fehlen einer funktionierenden deutschsprachigen demokratischen Opposition, etwas das am allermeisten der SVP schadet. Auf kulturellem Gebiet schiene es mir höchste Zeit, den bajuvarischen Einfluß zurückzudämmen. Man sollte sich viel mehr auf die Bindungen zu Österreich verlassen. Allgemein aber sollten sich die Südtiroler viel mehr auf sich selbst verlassen, allmählich erwachsen werden und das Gefühl verlieren, es sei selbstverständlich, von Bundesdeutscher und österreichischer Seite bedient und beschenkt zu werden.“

Abschließend läßt sich wohl bemerken, daß die einseitige Förderung von Musikkapellen, Schützen, Volkstanzgruppen usw. niemals zu einem aktuellen, lebendigen und geistreichen Südtiroler Kulturgeschehen führen wird. Die übermäßige Konservierung althergebrachter Traditionen („Volkstumsabende“) dient gewiß nicht den Südtirolern selbst — wünschenswert ist sie zum Konsumartikel für Südtirols Touristenmassen und Südtirol selbst allmählich zum Alpenreservat. Wie Flora meint: Die Südtiroler sollten „allmählich erwachsen werden“.

Sorgen ha'm die Leut...

Die volksparteiistische Jugend von Bozen hat beschlossen, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, auf daß dem Waltherdenkmal der ihm gebührende Platz in Bozen wieder eingeräumt werde, widrigenfalls... Und unsere kunstbeßessene Jugend, unser dichterischer Jungwald, da ha'm sie keine andern Probleme als das der Klein- und Groß-Schreibung der Hauptwörter in der deutschen Sprache.

Mensch, muß es denen gut gehn, wenn das ihre ganzen Sorgen sind! Daher sei es einem Altvordern gestattet, seine geliebten Jungkümern darauf aufmerksam zu machen, und dies sogar höchst eindringlich, daß es für sie eine einzige echte Sorge gibt, nämlich die des Überlebens. Dabei denke ich gar nicht an die Atombombe, denn die habe ich nie sehr ernst genommen, solange sie in den Händen einiger Potentaten bleibt, denn zum ersten Male in der Weltgeschichte sind ihre Köpfe die ersten, die bedroht sind. Ich denke vielmehr an die Verknappung der „materiae primae“, vom Eisen und Petroleum bis zum Getreide. Daher stoß' ein mit mir in den Schlachtruß Jungkümern aller Länder vereinigt Euch!

Und was übrigens Herrn Walther betrifft, so ist er beim Standesamt von Lajen nie eingetragen gewesen: wie der zuständige Sachverständige, der Germanist der Innsbrucker Universität, vor einigen Monaten bei einem Vortrag im Bozner Gemeindesaal mitteilte, ist die Möglichkeit, Herr Walther sei auf dem Lajener Ried geboren worden, nichts anders als ein Traum oder ein Glaubenssatz: es fehlt schlichthin jeder Be-

weis, ja jedes ernsthafte Indiz, denn:

1. Der dort bestehende Vogelweiderhof ist erst etliche Jahrhunderte später nachweisbar. Dazu kommt, daß es sich um ein armseliges Höfl handelt, wo nicht einmal die Grundmauern auf einem adeligen Anstz hinweisen.

2. Ein Adeltsgeschlecht der Herren von der Vogelweide ist in Südtirol nicht nachweisbar. Der 200 Jahre später in unmittelbarer Nachbarschaft auf der Waidbrucker Trostburg aufgewachsene Oswald von Wolkenstein weiß nichts davon.

3. Über Walthers Abstammung weiß man gar nichts, er selbst spricht nie davon. Sicher steht fest, daß er nicht aus adeligem Hause herkommt, deshalb war sein sozialer Status, als er um 1200 am Babenberger Hofe in Wien aufkreuzte, der eines lahrenden Sängers, er stand also sehr weit unten. Erst gegen Ende seines Lebens wurde er vom Staufenkaiser Friedrich II. mit einem Gut in Franken belehnt, wodurch er gesellschaftlichen Rang erhielt. Seiner Sprache nach ist er im bajuwarischen Sprachraum aufgewachsen. Er kann also auch fremder Leute Kind sein, zumal das bajuwarische Donautal im Zeitalter der Kreuzzüge immer wieder von fremden Heerhaufen durchzogen wurde.

4. Die Legende vom Lajener Gemeindegänger Walther entstand in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der damalige Pfarrer von Lajen, Casser, der spätere Fürstbischof von Salzburg, in einem Zeitungsartikel darauf hinwies, daß es in Lajen einen Vogelweiderhof gäbe, der vielleicht mit dem gleichnamigen Minnesänger in Verbindung gebracht werden könnte. Darüber ließ sich zwar keine brauchbare Spur finden, jedoch trat gerade damals ein epochales Ereignis ein, das Herrn Walther durch die Künste ge-

schickter Manipulierer inmitten des schönsten Platzes von Bozen zwar nicht in Fleisch und Blut, aber immerhin in weißem Marmorstein erstehen ließ.

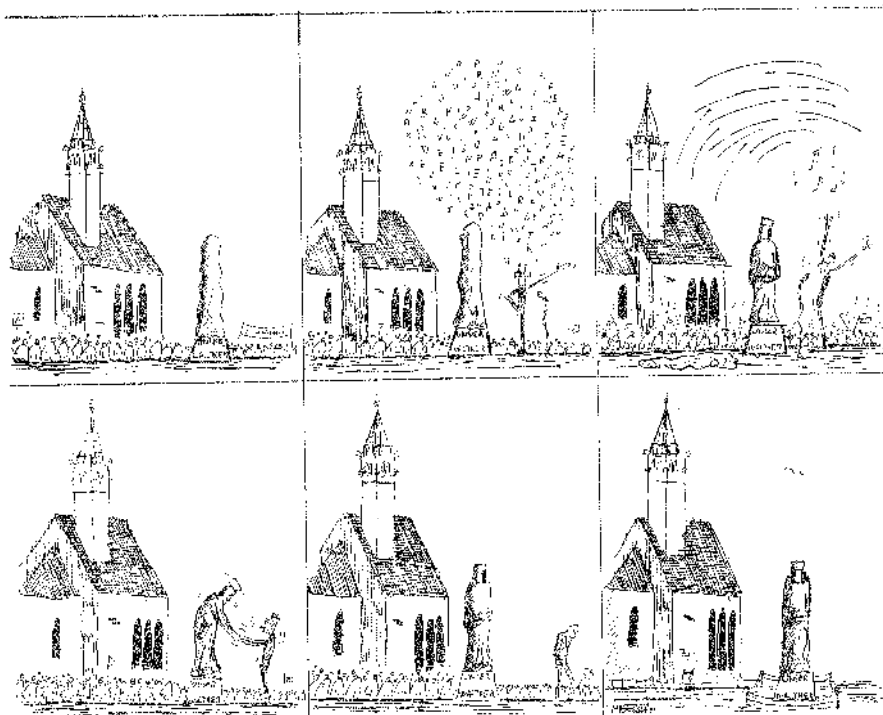
Es hatte sich nämlich im Jahre 1866 ereignet, daß Tirol infolge des siegreichen Einbruches der sarmatischen Borussen in den deutschen Raum aus einem tausendjährigen historischen Gefüge herausgebrochen wurde, nämlich aus dem Bereich des Heiligen Römischen Reiches, wodurch das Selbstbewußtsein des damals stramm nationalliberalen Bürgertums ins Herz getroffen wurde. Da kam ihm die Legende vom großen mittelalterlichen Heros sehr zu Paß, zumal sich die Wiener gleichgerichtete Germanistik entsprechend eingeschaltet hatte. Politische Sprüche, die Walther als Propagandist der Staufenkaiser geprägt hatte, ließen sich baß im Sinne des damaligen Zeitgeistes zurechtbiegen. Walther feierte so als Heros gesamtdeutschen Wollens fröhliche Urständ und zahlreich waren die kleinen Bozner, denen der Name Walther mit auf den Weg gegeben wurde, so wie es nicht viel später all jenen erging, die als Horst oder Sieglinde durchs Leben walteten müssen.

5. Dabei haben wir Südtiroler es ja gar nicht notwendig, uns mit fremden Federn zu schmücken, denn in unmittelbarer Nachbarschaft, kaum zwei Kilometer Luftlinie entfernt, lebte 200 Jahre später Oswald von Wolkenstein, der auf der Trostburg in Waidbruck aufwuchs. Von Herrn Walther und von den angeblichen Vogelweider Herren wußte er jedoch nichts, denn er erwähnt sie nie in seinen politischen Schriften und Dokumenten. Herr Oswald war ja nicht nur ein begnadeter Dichter, sondern auch ein streitbarer Poltiker, der den politischen Händeln seiner Zeit nicht auswich und zuweilen darunter auch zu leiden hatte. Da sich jedoch sein Wirken und Werken nicht im Sinne des national-liberalen Zeitgeistes ausdeuten ließ und auch gesamtdeutsche Anklänge in seinen Dichtungen kaum zu finden sind, ließ man ihn im Dunkeln und hielt sich lieber an die Sage von Herrn Walther.

Ist es heute etwa anders? So wird uns traditionsgemäß, vom demselben Zeitgeiser getragen, der schneidige Andreas-Hofer-Marsch aufgespielt, wo der fescche Ander, trotzdem ganz Deutschland — ach — in Schmach und Schmerz liegt, rasch noch auf dieser Schatz den guten Kaiser Franz hochleben läßt, ganz im Gegensatz zum alten Tiroler Volkslied, wo er sich als armen Leider sieht, der verraten ganz ist vom römischen Kaiser Franz, so ihn verschaukelt hat, um mit dem Korsen ins Geschäft zu kommen.

Und heutzutage machen sie's mit uns armen Leidern genau so, wie es jeder, der will, klar erkennen kann, wenn er die Augen gebraucht, um zu sehen, und die Ohren, um zu hören. Aber wer tut das schon?

Rückführung des Walther-Denkmales



Fortschrittliche Linie angekratzt?

Zum Brief von Florian Kronbichler im letzten SKOLAST mit dem dramatischen Titel „SH — quo vadis?“ sind einige Bemerkungen angebracht.

Kronbichler verneint, im Anschluß auf meinen vorigen Beitrag im SKOLAST, eine Gefahr für die „fortschrittliche“ Linie der SH zu erkennen. Diese Ansicht beruht vermutlich auf einer mangelhaften Lektüre des Artikels. Es wurde nämlich klar festgestellt, daß inhaltliche Differenzen zwischen Sat und der deutschen Sammelpartei bestünden und daß man ihnen nicht aus dem Wege gehen soll, speziell dann nicht, wenn man sich, wie die Hochschülerschaft, als kritisches Element in der Südtiroler Gesellschaft versteht. Im übrigen kann sich jeder an der bisher geleisteten Arbeit selbst ein Bild machen.

Allerdings fällt manch einer im Überdies in eine übertriebene Aktionshektik und betreibt dann Kritik um der Kritik willen. Das bringt nicht viel. Als Katzenjammer mutet es deshalb an, wenn man es wie Kronbichler z. B. „peinlich genug“ findet, in der Abhaltung der Studententagung 1976 (über das Sanitätswesen), auf eine teilweise Zustimmung der SVP gestoßen zu sein (vgl. SKOLAST, 1/1977, Seite 14). Das Prädikat „fortschrittlich“ sollte man wegen dieser Einstellung nicht für sich beanspruchen.

Kronbichler glaubt zudem, die SH würde ihrer Aufgabe wohl eher nachkommen, wenn sie dem Ruf einer „militanten Gruppe“ immer mehr gerecht würde. Hier gehen unsere Auffassungen über den Verein SH dann doch stark auseinander; oder ist militant hier als fortschrittlich zu verstehen? Wie dem auch sei: Der Fix-SH-Vorsitzende hat in seiner Amtszeit gewiß keine militanten Aktionen durchgeführt. Was soll dann der plötzliche Vorwurf an den heurigen Vorstand?

Kronbichler schreibt weiters, die SH-Führung fände es derzeit wohl für wichtiger, „Beziehungen zu irgendjemand zu orten“, als eigene Standpunkte klarzulegen... und er wirft anschließend sogar die „beruhigende“ Frage nach der „politischen Gerichtigkeit des Vereins“ auf. Dieser Vorwurf läßt sich nicht mit einer Uninformiertheit in SH-internen Dingen entschuldigen. Dem ehemaligen Vorsitzenden war bekannt, daß ein Gespräch mit der SVP-Jugend, welches vom SH-Ausschuß gefordert wurde (Kronbichler stimmte nicht dagegen), für das Frühjahr vorgesehen war. In der Tat wäre die Aufnahme von Beziehungen zu „irgendjemand“ nur um der Beziehungen willen nutzlos. Wenn schon, dann versucht man damit mehr Aufmerksamkeit für die Arbeit der Hochschülerschaft zu erreichen. Dazu mag es nun mal dienlich

sein, die eigene Position nicht zu verdogmatisieren (was meistens mit dem Komplex des Verrats der eigenen Prinzipien kollidiert).

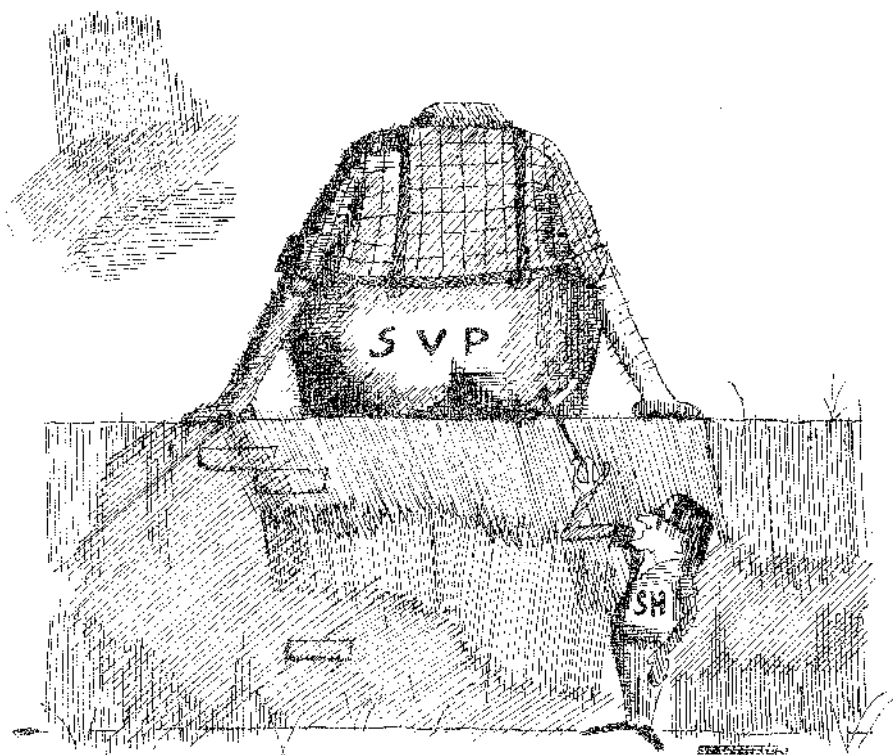
Wenn man es weiters als unangebracht findet, die Konzeptionslosigkeit der SVP-Jugend in ihrem Umgang mit der Hochschülerschaft festzustellen, so ist das Vorsicht am falschen Platz. Es wäre naive zu glauben, man hätte der JG damit etwas Neues gesagt (oder gar eine „präzise Gebrauchsanweisung“ geschickt).

Der ehemalige Vorsitzende findet zudem die Bemerkung, daß das bildungspolitische Engagement der SH nicht sonderlich groß ist, als „beängstigend“ und folgert daraus in schäuderhafter Weise ein angebliches Zurückstecken der SH auf bildungspolitischem Gebiet „im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Volkspartei“. Spätestens hier ist die Seriosität von Kronbichlers Beitrag zu bezweifeln; es muß sich um eine Glosse handeln. Die obige Folgerung entbehrt zudem eines logischen Schlusses, weil man, ausgehend von einer Feststellung über die begrenzten Möglichkeiten der SH, nicht auf eine weitere anzustrebende Verminderung der SH-Tätigkeiten schließen kann. Was soll die künstliche Polemik?

Eine halbwegs vernünftige Selbsteinschätzung der (keinesfalls glänzenden) Situation und der Möglichkeiten der SH als Studentenvertretung, ist nun mal Voraussetzung und Garantie für eine brauchbare Arbeit und eine realitätsbezogene, ernstzunehmende Kritik.

Im übrigen geht es nicht um ein „Bravwerden“, sondern um eine erweiterte Aufmerksamkeit für „Nicht-Bravsein“.
Thomas Menghin

SH, KRITISCH TÄTIG WERDEN...



SH 77: brav und fesch?

oder Kronbichlers Hamstrahl
versengt Vorstandshäupter

Da konnte der Altvorsitzende ja eben noch rettend eingreifen: man hat sich kaum umgedreht, da versucht dieser forsche Nachwuchs bereits zu „orten“, keine Geheimfrequenzen, nein, Beziehungen, und obendrein noch zur JG. Ist nicht zu fassen.

Man verstehe: die munteren Zöglinge sind noch nicht ganz flügge, wer wird es da dem guten alten Störchmann übernehmen, daß er zwischendurch mal mit väterlichem Rat den Kurs korrigiert? Aber nun zum corpus delicti („so wie der Artikel dastcht“ war er wohl als Glosse gedacht?) selbst; man gestatte mir, die einzelnen Absätze kurz zu kommentieren. Wozu Menghin sich da erdrüstet, ist zugegeben unfair: da beschließt man doch ausdrücklich vergangenes Jahr eine gediegene „fortschrittliche“ Linie, programmiert in Birtracht den genauen Schienenverlauf, und da bandelt einer plötzlich mit der SVP an! — Höchste Zeit für den Altvorsitzenden die Zähne zu flet-

sehen und zu demonstrieren, daß er noch nicht zum alten Eisen gehört. Sein Rezept: Standpunkte darlegen -- wie recht er hat! und daraus folgen lassen (ja was denn, zuwenig Farow in der SH?), aber -- etwas bleibt unklar: warum beunruhigt den Ex-Vereinsboß dermaßen die Frage nach den Prioritäten? Sind sie im unantastbaren Kronbichlerschen Schatzkästlein verwahrt? Eine der wichtigsten Prioritäten wird man ja mittlerweile intuitiv neben vor Ortungen bitte placet bei seiner Eminenz einholen.

Was -- im folgenden Absatz -- das Phänomen "Kundenwende" beobachtet, entzieht sich meinem beschränkten Fassungsvermögen. Vielleicht darf man sich das so vorstellen: Großkapitalisten und Pressemonopolisten liegen auf Kauch vor der SH mit „Bitte SH, bitte kehrt um!“ auf den fliehenden Lippen; diese aber bleibt standhaft, denn Kronbichler weist ihr mit apokalyptischer Geste den richtigen Weg: die „Müllanz“. Eine ganz besondere Art von „Tanz“. Unser verspäteter öder wächst nämlich bei solchen Komplimenten um Längen (ein Thaler Cola-Bendit?).

Wir wollen jedoch zur Tagesordnung übergehen: Die letzte Wahl hat endlich -- pardon, was war davor? -- den Starschuh zur großen Frischluftzufuhr gegeben, die ja hier etliche Kulturbüchse an den Rand einer Sauerstoffembolie geführt hat; und was Menghins Diplomatie betrifft -- in der Tat haarsträubend! Guver Rat: er möge sich gefälligst beim kalten Krieger Kronbichler die richtigen Instrumente für seine Ortungen besorgen, am besten im „vendetta“-Stil: die SVP soll sich an uns die Zähne anbeißen.

Ein Wort zum angesprochenen „bildungs-politischen Engagement“ der SH:

nehm, mein Reber Menghin, es ist wirklich groß, und besteht, in Kronbichlers Version vor allem darin, mit zu starkem Pathos Ideen mit zu schwachem Realitätsbezug zu dogmatisieren.

Erfreulicher hingegen ist die Sache mit dem Allgemeinverbreitungsanspruch: den gibt's also doch, das beruhigt. Aber warum will denn der Vorstand, wie behauptet, seine Tätigkeit einfratern? Er war doch eben dabei etwas aufzutauen? Wie denn auch sei, wir sind nun bei einem Passus in Kronbichlers Glosse angefangt, der mehr rosiges Bild von der SH mit dunklen Flecken trübt als dem zweiten Teil des vorletzten Absatzes versichert für den normalbedauften Leser folgendes: wer in der SH aktiv zu sein hat -- so lautet der Auftrag der Studenten -- ist der Vorstand Bawa. Es gibt jedoch eine „Opposition“ (nicht Opposition); darf diese auch aktiv sein? Na ja, sie darf schon, aber man will es nicht und schon gar nicht, daß sie „mehr Aktivität“ entwickelt. Wäre ja noch schöner: bei uns gehört es zu den demokratischen Spielregeln, daß die Opposition still, klein und unaktiv gehalten wird. Ich sehe es ein: die Oppositionsdiskriminierung der SVP hat leider eine zusätzliche böse Auswirkung: in manchen Kreisen breitet sich dasselbe verkümmerte Verhältnis zur Opposition aus: Schade.

Oder sollte nur Kronbichlers demokratische Sensibilität unter seiner aufgeplusterten Einfristung gelitten haben?

Als Fazit bleibt zu sagen; und dies hat der Vorstand sicherlich mittlerweile zu seinem Credo gemacht: bevor man also künftig die Linientone vergißt und verätherische Antennen ausfährt zur „Ortung“ von Beziehungen,

möchte man doch bitte beim Müllanzapostel die richtigen Frequenzen und das restliche Know-how einholen, denn am rentabelsten ist immer noch die Fechtaktik à la Kronbichler mit „Spitzen nach allen Seiten“...

Thomas Benediktler

P.S.: Geschätzte Redaktion, vergiß nicht, meine Zeilen rechtzeitig zur Einsichtnahme an den Altvorsitzenden weiterzuleiten.

Wir sind eine bedeutende italienische Papierfabrik, die zu einer bekannten deutschen Mediengruppe gehört.

Wir suchen einen jungen

Betriebswirtschaftler oder einen Diplomwirtschaftsingenieur

der in der Lage ist, die Stabstelle Kostenkontrolle und Fertigungssteuerung auszubauen und erfolgreich zu leiten.

Wir erwarten:

Überdurchschnittliche betriebswirtschaftliche Kenntnisse, besondere Aufgeschlossenheit und Verständnis auch für technische Fragen. Die Fähigkeit wirtschaftlich zu denken und zu handeln.

Eigeninitiative und Durchsetzungsvermögen. Kenntnis der italienischen Sprache in Wort und Schrift, möglichst auch englisch, jedoch nicht Voraussetzung.

Wir bieten eine interessante und selbständige Aufgabe in einem Unternehmen mit modernem Führungsstil und angenehmem Betriebsklima, sowie leistungsgerechte Bezahlung.

Richten Sie Ihre Bewerbung bitte an:

CONSIGLIERE DELEGATO E DIRETTORE GENERALE-CARRIERE DEL GARDA SpA
38066 RIVA DEL GARDA (TN), Viale Rovereto 15

Promotionen

| | |
|-----------------------------------|--|
| ABART Joachim, Meran | Graduierung zum Diplom-Chemiker an der Universität München. Diplomarbeit: „Aufbau und Eichung eines hochempfindlichen Suszeptibilitätsmeßplatzes.“ |
| AGREITER Karl, Wengen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| ALBER Franz, Meran | Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. |
| AUSSERER Carmen, Bozen | Promotion zum Doktor der modernen Sprachen an der Universität Verona. |
| AUSSERER Einar, Lana | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien. |
| BERGER Maria Christina, | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Karl Philipp Moritz — Das Magazin zur Erfahrungsseelenkunde.“ |
| BORI Julius, Kaltern | Promotion zum Doktor der Psychologie an der Universität Padua. |
| BOSIN Manfred, Meran | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| FRANDSPATTER Gerhard, Bozen | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Florenz. |
| BRERA Claudio, Bruneck | Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Bocconi Mailand. |
| BRUNO Silvana Martina, Podracco | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. |
| CIAMADOM Veronika, Bruneck | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) an der Universität Innsbruck. |
| FEMETZ Ludwig Adam, St. Christina | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien. |
| EDER Christian, Bozen | Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Nuove applicazioni terapeutiche della furonumarina in dermatologia.“ |
| ENDERLE Luis, Leifers | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| FONTANA Josef, Neumarkt | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) an der Universität Innsbruck. |
| GAMPER Toni, Tramin | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. |
| GOEHL Franz, Moos/Passolun | Graduierung zum Diplom-Tierarzt an der Veterinärmedizinischen Universität Wien. |
| GROHE Karlheinz, Bruneck | Promotion zum Doktor-Ingenieur (Hoch- und Tiefbau) am Politecnikum Mailand. |
| GRÜBER Paul, Vintl | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck. |
| GRUBER Johann, St. Walburg/Ulten | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| GSCHLISSER Johann, Sterzing | Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Landwirtschaft) an der Universität für Bodenkultur Wien. |
| HOPFER Hans, Villanders | Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. |
| HOPFER Paul, St. Johann/Ahren | Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Der familiäre Hintergrund der gestörten Selbstbehauptung — Ein Beitrag zur Genese der Störung.“ |
| HRUSCHKA Joachim Götz, Meran | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien. |
| INNERHOPFER Helga, Meran | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. |
| KLOTZNER Franz, Meran | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| KRONBICHLER Johann, Reischach | Promotion zum Doktor der Philosophie (Kunstgeschichte) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Der Barockmaler Michelangelo Unterberger.“ |
| LANER Christa, Bozen | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck. |
| LINDNER Luis, Eppan | Promotion zum Doktor der Biologie an der Universität Florenz. |
| MAHLENECHT Luis, Prad | Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua. |
| MARSHALLER Sebastiao, Schiois | Promotion zum Doktor der Modernen Sprache an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die ‚menschliche‘ Parabel in ‚Mann ist Mann‘ von B. Brecht.“ |
| MASONER Margit, Bozen | Promotion zum Doktor rerum naturalium an der Universität Freiburg im Breisgau. Dissertationsthema: „Regulation der Protochlorophyllsynthese durch Phytochrom: Ein Beitrag zur Physiologie der Plastidentwicklung.“ |
| MAYER Mariene, Kurtinig | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Der Begriff ‚Freiheit in der Erscheinung‘ von Friedrich Schiller.“ |
| MAVR Norbert, Bozen | Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. |
| MAURER Emma, Olang | Promotion zum Doktor der Philosophie (Naturwissenschaftliche Fakultät) an der Universität Innsbruck. |
| MENGHIN Thomas, Neumarkt | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) an der Universität Innsbruck. Diplomarbeit: „Zentrale Planung in der Marktwirtschaft (Planifikation).“ |

| | |
|------------------------------------|---|
| MEYER Lorenz, Bozen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien. |
| MIAN Peter, Bozen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| v. MÜLLER Viktorich, Eppau | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck. |
| MOSER Walter, Bozen | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| MUTSCHLECHNER Karl, Toblach | Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Das Jesuitentheater im 18. Jahrhundert in Briven.“ |
| MÜLLER Josef, Klobenstein | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| NADVORNÍK Dorothée, Meran | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Leben und Werk von Anna Johanna Koberg.“ |
| NARDON Erika, Salten | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Das Problem der Sprache als Problem der Existenz in der Literatur Ingemar Bachmann.“ |
| OBERPERFLER Rudolf, Lichtenberg | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. |
| OBERPERFLER Theodora, Lichtenberg | Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. |
| PARIS Friedrich, St. Fankraz/Ulten | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| PALUWBER Günther, Nals | Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Wien. |
| PERKMANN Udo, Lana | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| PINGGEPÄ Gertrud, Lichtenberg | Promotion zum Doktor der Pädagogik an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Das Problem der Zweisprachigkeit im Kindergarten und in der Volksschule.“ |
| PLATZER Hermann, Lana | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| PLANKENSTEINER Helmut, Bruneck | Promotion zum Doktor der Betriebswirtschaft an der Universität Bocconi Mailand. Dissertationsthema: „Der Hobanack und die Holzbeurteilung.“ |
| v. PRETZ Jutta, Bozen | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. |
| RAFFAENER Roman, Latsch | Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) an der Technischen Universität Wien. |
| RAINER Rudi, Bozen | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| SAN NICCOLO' Mario, Bozen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Bologna. |
| SCHENK Leni, Meran | Promotion zum Doktor der Architektur an der Universität Venedig. Dissertationsthema: „Planung eines Mehrzweckzentrums in Treviso.“ |
| SEEBER Alois, Sand in Taufers | Promotion zum Doktor der Sprachwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Gemeinsprache und Mundart an einer Südtiroler Landmittelschule.“ |
| SENONEK Anton, Wolkstein | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) an der Universität Innsbruck. |
| SCHLECHTLEITNER Peter, Leifers | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. |
| SCHLECHTLEITNER Theo, Leifers | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. |
| SCHWARTZ Egon, Eppau | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| SCHWIENBACHER Klaus, Lana | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| STOFLESSER Norbert, St. Ulrich | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| SULZENBACHER Helga, Ionichen | Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die konkrete Geschichtserfahrung von Elio Vittorini und Heinrich Böll.“ |
| THEINER Hermann, Seiflanders | Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Technik der Perspektive in Günther Grass' „Blechtrommel“.“ |
| THEINER Norbert, Dorf Tiroi | Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Technischen Universität Graz. |
| THOMI Martin, Langtaufers | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geologie) an der Universität Wien. |
| TRUPFER Othmar, Bruneck | Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Architektur) an der Technischen Universität Wien. |
| TSCHELL Heinrich, Ischogl | Promotion zum Doktor der Philosophie (Geographie) an der Universität Innsbruck. |
| ÜBERBACHER Peter, Schabs | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| ÜBERBACHER Johann Josef, Meran | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| v. UNTERRICHTNER Johanna, Brixen | Promotion zum Doktor rerum naturalium (Chemie) an der Universität München. Dissertationsthema: „Untersuchungen an arxiditmanalen Silberhalogeniden.“ |
| WÄCHTER Artur, Mühlten/Taufers | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Ferrara. Dissertationsthema: „Gedankengänge über die Folter bei Josef von Sonnenfels.“ |
| WEGER Siegfried, Mühlbach | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| WIDMANN Oswald, Bozen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |
| WINKLER Alois, Meran | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. |
| WÖRNHART Margareth, Latsch | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck. |
| WÖRNHART Johana, Latsch | Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck. Diplomarbeit: „Die Anwendung der organisatorischen Instrumente im Rahmen der Aufgaben der Arbeitsvorbereitung in Fertigungsbetrieben.“ |
| ZIERNHOLD Christian, Bozen | Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck. |
| ZINGERLE Reinhard, Bozen | Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck. |

Stellenvermittlung

Hochschulabsolventen der Fachrichtungen

Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Rechtswissenschaften sowie Werbefachleute,

die in der Südtiroler Industrie Arbeit suchen, können sich über das Sekretariat der SH an den Industriellenverband wenden. In die periodischen Rundschreiben des Industriellenverbandes an die Industrie werden die Arbeitsansuchen unverbindlich aufgenommen.

Bekanntzugeben sind schriftlich:

- Name und Adresse
- Alter
- Muttersprache
- Fremdsprachen
- Art der Matura
- evtl. Militär
- Art und Ort des Hochschulabschlusses
- evtl. Diplomarbeit bzw. Doktorarbeit
- evtl. indikative Angabe über den bevorzugten Tätigkeitsbereich (z.B. Branche)

Die Angaben einsenden an:

Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus,
Telefon 2 46 14.

..

Wir ersuchen unsere werten Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1977 bei Gelegenheit einzuzahlen (2.000 Lire). Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.

Der Vorstand der SH

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: HANS MAYR
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 500
Abonnement: Italien Lire 2000
 Österreich 6S 70
 Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
